

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Horst Möller

Zeitgeschichte – Fragestellungen,
Interpretationen, Kontroversen

Christoph Stözl/Verena Tafel

Das Deutsche Historische Museum in Berlin

Hermann Schäfer

Das Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Alfred Georg Frei

Geschichte aus den „Graswurzeln“?
Geschichtswerkstätten in der historischen Kulturarbeit

B 2/88
8. Januar 1988

Horst Möller, Dr. phil., geb. 1943; o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984; Weimar, Die unvollendete Demokratie, München 1987²; Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985; Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert, Frankfurt 1986, Mitherausgeber u. a. von: Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1986²; Deutschlands Weg in die Diktatur, Berlin 1983; Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (AHF), seit 1983, sowie der Historischen Bibliographie seit 1987; Enzyklopädie deutscher Geschichte, 1988 ff.

Christoph Stölzl, Dr. phil., geb. 1944. Seit Oktober 1987 Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Museums in Berlin; 1980–87 Direktor des Münchner Stadtmuseums.

Veröffentlichungen u. a.: Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849–1850, München-Wien 1971; Kafkas böses Böhmen. Zur Sozialgeschichte eines Prager Juden, München 1975; Beiträge in Karl Bosl (Hrsg.), Lebensbilder zur Geschichte der Böhmisches Länder, Bd. 1 und 2, 1974 und 1976; Beiträge in Hartmut Binder (Hrsg.), Kafka-Handbuch, Bd. 1 und 2, Stuttgart 1979. Seit 1980 Herausgeber- und Autorenschaft zahlreicher Kataloge des Münchner Stadtmuseums.

Verena Tafel, M. A., geb. 1953. Seit Oktober 1987 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Museum in Berlin. 1986/87 freie Arbeit auf dem Gebiet der Ausstellungskonzeption und Katalogredaktion für Kunst des 20. Jahrhunderts in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: seit 1982 zahlreiche Beiträge zu Katalogen zeitgenössischer Künstler; 1982–86 freie Mitarbeit bei „art, das Kunstmagazin“ und „Handelsblatt“.

Hermann Schäfer, Dr. phil. habil., geb. 1942. Direktor der „Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn; Privatdozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Zuvor u. a. Leiter der „Fachbereiche/Sammlungen“ am Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkrieges in Baden, Stuttgart 1983; Herausgeber (zusammen mit Hugo Ott) des „Wirtschafts-Plöetz. Die Wirtschaftsgeschichte zum Nachschlagen“, Freiburg-Würzburg 1985².

Alfred Georg Frei, Dr. phil., M. A., geb. 1954; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Konstanz und Bordeaux; 1982–1986 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Darmstadt; seit 1986 Kulturamtsleiter in Singen (Hohentwiel).

Veröffentlichungen u. a.: Alltag – Region – Politik. Anmerkungen zur „neuen Geschichtsbewegung“, in: Geschichtsdidaktik, (1984), 2; Geschichtswerkstätten als Zukunftswerkstätten. Ein Plädoyer für aufklärerische Geschichtsarbeit, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), Die andere Geschichte, Köln 1986; (zus. mit Detlef Stender) Geschichte anders entdecken. Auf der Suche nach neuen Wegen der Geschichtsarbeit, in: Alfred G. Frei (Hrsg.), Habermus und Suppenwürze. Singens Weg vom Bauerndorf zur Industriestadt, Konstanz 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,– pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zeitgeschichte — Fragestellungen, - Interpretationen, Kontroversen

I. Begriff und Tradition

Zu keiner Zeit verzichteten Historiker darauf, die Geschichte ihrer eigenen Zeit zu schreiben; schon immer ließen sich Geschichtsschreiber durch ihre Gegenwart zu Fragen anregen und übertrugen solche Anregungen auf Epochen, die jenseits ihres eigenen Erfahrungshorizonts lagen.

Der erkennende Historiker steht zu seinem Untersuchungsgegenstand nicht notwendig in einem Verhältnis vorgegebener Distanz: Die Distanzierung des Untersuchungsgegenstandes ist oft erst Teil seiner Arbeit und trägt zu ihrer Wissenschaftlichkeit bei. Zwischen der prinzipiellen Relativität historischer Interpretation und dem regulativen Postulat der Objektivität oszilliert die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte. Zeitgeschichte unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von der der alten, mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Historie.

Standortgebundenheit konstatierten schon Methodologen des 18. Jahrhunderts, doch ließ auch die Forderung nicht lange auf sich warten, die da lautet, Geschichte müsse vom Gegenstand der Erkenntnis her geschrieben werden. Rankes vielzitiertes Diktum, der Geschichtsschreiber solle darstellen, wie es eigentlich gewesen sei, bereitete sich schon im 18. Jahrhundert vor. Der komplementäre Grundsatz, historische Interpretation müsse vom Selbstverständnis der jeweils untersuchten Epoche ausgehen, prägte den seit dem 18. Jahrhundert sich ausbildenden und bei Ranke zur Höhe gelangenden Historismus.

Führten solche methodologischen Einsichten zum Verzicht auf Zeitgeschichtsschreibung? Keineswegs! Zeitgeschichtsschreibung ist alt — so alt wie Geschichtsschreibung überhaupt. Schon Thukydides' (460—ca. 400 v. Chr.) *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* war Zeitgeschichtsschreibung, schon er bemühte sich indessen um sachgetreue Berichterstattung, die er allerdings durch literarisch wirkungsvolle Einschübe fiktiver Reden auflockerte, in denen Motive, Handlungstypen so

wie politische Konstellationen verdichtet werden sollten. Aufschlußreich ist, wie Thukydides die Begrenzung seines Untersuchungsgegenstandes begründete: Der Peloponnesische Krieg habe die „bei weitem gewaltigste Erschütterung für die Hellenen und einen Teil der Barbaren, ja . . . unter den Menschen überhaupt“ gebracht. Und weiter: Was vor diesem Krieg geschehen sei, das sei „wegen der Länge der Zeit unmöglich genau zu erforschen“.

Beide Begründungen des Thukydides' finden sich auch im neuzeitlichen Verständnis von Zeitgeschichte. Das beschriebene historische Ereignis machte die Miterlebenden zutiefst *betroffen*; es war erkennbar, weil es zeitlich *nahe* lag. Nicht in jeder Epoche hat solch fundamentale Betroffenheit den Charakter der Zeitgeschichtsschreibung indes in gleichem Maße geprägt. Weder Friedrich der Große, der wie Caesar zur Feder griff, um 1775 die *Histoire de mon temps* zu schreiben, noch die übrigen Historiker des 18. Jahrhunderts, die wie Schläzer, Gatterer oder Spittler ihre historischen Werke bis an die Schwelle der eigenen Zeit heraufführten, fühlten sich in ihrer persönlichen oder kollektiven historisch-politischen Existenz fundamental erschüttert.

Wandel brachte erst die Französische Revolution; sie berührte wie kein anderes Ereignis seit der Reformation die Geschichtsschreiber im Kern ihrer politischen und moralischen Überzeugungen. Die Revolution stimulierte die Zeitgeschichtsschreibung, und auch der Begriff findet sich: Lorenz von Stein beispielsweise deutete die Zeitspanne zwischen 1789 und 1830 bzw. 1848 als einheitliche Epoche revolutionärer Umwälzung und nannte seine zuerst 1842 und dann 1850 in erweiterter und aktualisierter Form publizierte Darstellung ausdrücklich einen „Beitrag zur Zeitgeschichte“.

Es ist kein Zufall, daß sich die Periodisierung der Zeitgeschichte national unterschiedlich ausprägen kann, da für die Erfahrung fundamentaler Umbrüche das kollektive historisch-politische Gedächtnis

einer Nation, das die Fachhistorie reflektiert, eine konstitutive Funktion besitzt. So beginnt die „Histoire contemporaine“ in Frankreich mit dem Ausbruch der Revolution am 14. Juli 1789, obwohl die moderne Revolutionsforschung dieses Datum durchaus relativiert hat. Und in England bildet die Parlamentsreform von 1832 einen solchen Einschnitt, daß mit ihr die „Contemporary History“ beginnt. Der Begriff „Current History“ bezeichnet unverkennbar die Gegenwärtigkeit und Unabgeschlossenheit, die zeitgeschichtliches Verständnis im engeren Sinne charakterisiert.

Auch der Begriff „Zeitgeschichte“ besitzt in der deutschen Sprache eine lange Tradition; in der Pluralform „Zeitgeschichten“ ist er bereits 1657 beim Barockdichter Sigmund von Birken nachweisbar und wurde seit Johann Christian Günther im 18. Jahrhundert immer wieder gebraucht, meist mit

Bezug auf die jeweils neueste Geschichte, über die sich die Schriftsteller und Publizisten öfter äußerten als die Fachhistoriker. Während des 19. Jahrhunderts schrieben dann nicht allein Außenseiter Zeitgeschichte, sondern nahezu alle großen Neuzeithistoriker, seien es nun Ranke, Sybel oder Treitschke. Und keiner dieser Historiker scheute sich, Wertungen in die Darstellung einzubringen, wengleich Ranke in dieser Hinsicht erheblich zurückhaltender war als die beiden anderen Genannten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als sich Zeitgeschichte im heutigen Verständnis zu konstituieren begann, tauchten wesentliche der hier ange deuteten methodologischen Sachverhalte in modifizierter Weise wieder auf. Eine „Stunde Null“ ist der 8. Mai 1945 für die Historiographie nicht gewesen, so fundamental dieser Einschnitt auch war.

II. Der Ausgangspunkt: 1945 und die Periodisierung der Zeitgeschichte

Der Ausgangspunkt der deutschen Zeitgeschichtsschreibung nach 1945 scheint auf den ersten Blick in Ost und West identisch zu sein. So suchte 1946 Alexander Abusch, im sowjetischen Sektor von Berlin lebend, den *Irrweg einer Nation* zu ergründen, während der Westberliner Friedrich Meinecke Betrachtungen über *Die deutsche Katastrophe* anstellte: Beide fragten nach dem Ort der nationalsozialistischen Diktatur in der deutschen Geschichte, beide fragten nach deren Kontinuität, beide fragten aus einer individuellen und kollektiven Erfahrung heraus, die kaum erschütternder vorstellbar ist. Trotz aller Unvollkommenheit der unmittelbar nach dem Ende des Dritten Reiches einsetzenden Deutungsversuche bescheinigte Meinecke doch den frühen Interpretationen einen uneinholbaren Vorzug gegenüber den späteren, mochten diese auch noch so quellengesättigt sein: Schriftliche Quellen, so schrieb er, können eines nicht ersetzen — den „Hauch der Zeitatmosphäre, in der sich unser Schicksal vollzog und die man kennen muß, um dies Schicksal ganz zu verstehen“. Dabeigewesen zu sein konstituiert jedoch keineswegs schon allein historisches Verständnis oder auch nur eine angemessene Wiedergabe der Fakten. Viele Augenzeugenberichte sind bereits im alltäglichen Leben unzulänglich — wieviel unzulänglicher müssen sie sein, wenn komplexe historische Vorgänge und eine unübersehbare Zahl von Schauplätzen einer historischen Epoche beschrieben werden sollen!

Schon hierin wird die Unzulänglichkeit der seit einigen Jahren diskutierten und aus den USA reimportierten Methode der sogenannten Oral History deutlich: Für eine nachträgliche Rekonstruktion sehr begrenzter individueller Erlebniswelten mag sie unter bestimmten methodischen Voraussetzungen ergänzende Aufschlüsse bieten, nicht aber für größere innen- und außenpolitische, wirtschafts- oder gesellschaftsgeschichtliche Zusammenhänge. In gewisser Weise handelt es sich methodisch sogar um eine Regression im Zeitalter nur mündlicher Geschichtsüberlieferung. So sagt beispielsweise der subjektiv durchaus glaubwürdige Bericht eines deutschen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg, in seinem Frontabschnitt habe es keine Massenerschießungen gegeben, gar nichts aus über die tatsächliche Existenz und das Ausmaß von NS-Verbrechen. Auch verwandte soziale Indikatoren zur gesellschaftlichen Identifizierung der befragten Personen führen noch keineswegs zur kollektiven Biographie oder gar zur angemessenen Erfassung der Mentalität sozialer Großgruppen. Bereits Zufälle oder geographische Faktoren verstärken die Begrenztheit der individuellen Lebenserfahrung — so wird etwa ein heimatvertriebener Landwirt aus Ostpreußen bei vollkommener Ähnlichkeit sonstiger Indikatoren eine andere Erfahrung des Kriegsendes haben als einer in Oberbayern. Der Zeithistoriker wird, soweit dies möglich ist, auf mündliche Befragung beteiligter Zeitgenossen nicht verzichten

– doch nicht anstelle, sondern zur Ergänzung anderer Quellen.

In jedem Falle aber gilt: Historische Objektivität wird weder durch zeitliche Ferne noch durch zeitliche oder räumliche Nähe zu geschichtlichen Ereignissen oder Epochen garantiert. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht auch die Zielsetzung der beiden erwähnten Autoren: Abusch und Meinecke erstrebten nicht nur eine geschichtsphilosophische Deutung und Einordnung der nationalsozialistischen Diktatur; es ging beiden kaum minder um die Selbstvergewisserung ihres eigenen Standorts gegenüber dem Nationalsozialismus, es ging ihnen in einem buchstäblichen Sinn um „Vergangenheitsbewältigung“. Und diese weniger wissenschaftliche als moralische Absicht prägte für lange Zeit den Weg der Zeitgeschichtsschreibung, auch wenn dieser Zweck nicht mehr ausdrücklich kundgetan wurde. In dieser Hinsicht unterschied sich die nach 1945 entstehende Zeitgeschichtsschreibung denn doch von der Zeitgeschichtsschreibung früherer Generationen. Angesichts der nach und nach immer klarer vor Augen tretenden Ungeheuerlichkeit und des unvorstellbaren Ausmaßes nationalsozialistischer Verbrechen durchzieht Abscheu die frühe Literatur über die NS-Diktatur.

Auch die versuchte Ehrenrettung der ‚guten Traditionen der deutschen Geschichte‘ – beispielsweise in Gerhard Ritters 1948 publizierten Studien *Europa und die deutsche Frage* – hatte ein moralisches Motiv. So war die Herausstellung des anderen, besseren Deutschlands symptomatisch für die frühe, jahrzehntelang dominierende Widerstandsforschung, die Hans Rothfels mit seinem zuerst 1948 in den USA, dann 1949 in Deutschland publizierten Buch über *Die deutsche Opposition gegen Hitler* inaugurierte.

Dieser moralische Charakter der Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft mündete in der einen oder anderen Weise in politische Pädagogik. Die frühe Auseinandersetzung mit der Hitler-Diktatur war nicht primär Ausfluß wissenschaftlichen Interesses. Moralische Kritik und politische Funktionalisierung mit dem Ziel der Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie ergänzten einander und sind selbst heute aus der Zeitgeschichtsschreibung kaum wegzudenken.

Aber solche Ziele hatten auch wissenschaftliche Folgen: Zwar blieb das Dritte Reich singulärer Gegenstand der Zeitgeschichtsschreibung, aber gerade die politische Pädagogik führte zu einer historischen Einsicht, die durch die Diskussion über das

Kontinuitätsproblem immer wieder bekräftigt wurde: Die Lehren, die aus der NS-Diktatur zu ziehen waren, bedurften der historischen Einbettung. Neben der großen Kontinuitätsdiskussion wurde stillschweigend ein anderer Aspekt internalisiert. Nicht nur die Diktatur selbst war Zeitgeschichte, vielmehr gehörte zu ihr die unmittelbare Voraussetzung der NS-Herrschaft, das Scheitern der Demokratie und die Auflösung der Weimarer Republik. Sehr bald schon verdichtete sich – durch die Gründung der Bundesrepublik stimuliert – das Lehrstück totalitärer Herrschaft zur Trias: Scheitern der Demokratie, Diktatur, Neuaufbau der Demokratie in Westdeutschland. Der Lernprozeß war erfolgreich, der Gegenstandsbereich der Zeitgeschichte umgrenzt. Fritz René Allemann brachte diesen Zusammenhang auf die bezeichnende Formel „Bonn ist nicht Weimar“.

Hans Rothfels und andere Historiker verständigten sich bald auf ein Epochenjahr, mit dem sie die Zeitgeschichte beginnen ließen – das Jahr 1917. In diesem Jahr ereigneten sich zwei für die Weltpolitik im 20. Jahrhundert konstituierende Ereignisse: die Oktoberrevolution in Rußland und der Kriegseintritt der USA, der den Krieg endgültig zum Weltkrieg machte. Nimmt man dann noch das Jahr des Kriegsendes hinzu, so ist kaum bestreitbar, daß die Jahre 1917/18 einen epochalen Einschnitt von weltgeschichtlicher Dimension brachten. Und in dieser Hinsicht ist Rothfels' Schlußfolgerung zuzustimmen: „Es beginnt also bei Kriegsende sowohl die globale Einheit wie die polare Zweiteilung der Welt sich abzuzeichnen.“

Bemerkenswert ist zweierlei an dieser Abgrenzung: Zum einen erfolgte die Feststellung, Zeitgeschichte beginne 1917/18, sozusagen postum – mehr als dreißig Jahre nach diesen Daten; zum anderen grenzte diese Datierung die Zeitgeschichte in einer Strenge ab, zu der nur wenige historische Analogien bestehen. Neben einem klar erkennbaren Beginn steht ein offenes Ende. Als Analogie für eine solche Periodisierung kommt in der neueren Geschichte wiederum nur das Verständnis der Französischen Revolution in den Augen der mit- und nachlebenden Generationen in Frage. Und da zeigt sich denn auch der Pferdefuß: Niemand außerhalb Frankreichs würde heute die Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts zur Zeitgeschichte zählen. Zeitgeschichte altert, sie ist dennoch immer gegenwärtig. Diese Gegenwärtigkeit ist dann gegeben, wenn ein fundamentales historisches Ereignis fortwirkend das nationale Selbstverständnis konstitu-

iert. Die Geltung solcher fortwirkenden historischen Phänomene ist normalerweise national begrenzt, obwohl beispielsweise im kommunistischen Machtbereich das Jahr 1917 ein Schlüsseljahr der postulierten Weltrevolution bildet und selbstverständlich auch vom Jahr 1789 oder vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg mit der Gründung der USA übernationale Impulse für die Durchsetzung der Menschenrechte und das westliche Verfassungs- und Demokratieverständnis ausgingen.

Der Begriff „Zeitgeschichte“ ist also ebenso fließend wie sein Gegenstandsbereich — ganz gleich, ob man den Begriff als fragwürdig und tautologisch ansieht oder ihn für besonders treffend hält. Aber auch in sachlicher Hinsicht führt die Periodisierung zu Problemen. Hatten schon Meinecke und verstärkt Ritter auf die europäische Dimension des Faschismus aufmerksam gemacht, so wurde die Frage nach den gemeineuropäischen Bedingungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus zum Thema einer der bedeutsamsten Interpretationen der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung: Ernst Nolte deutete den europäischen Faschismus als ein epochal begrenztes Phänomen. In seinem nach einer Reihe von Vorstudien 1963 veröffentlichten ersten Hauptwerk *Der Faschismus in seiner Epoche* begreift er den Faschismus — und auch den Nationalsozialismus als radikal-faschistische Variante — wesentlich als Antwort auf die bolschewistische Revolution in Rußland und die von ihr ausgehende fundamentale Herausforderung sowie auf die Krise des liberalen Systems in Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Auch hier also spielt die Epochen-schwelle 1917/18 eine entscheidende Rolle.

Die für das kollektive Gedächtnis charakteristischen Schlüsselprobleme differieren keineswegs nur national, sondern ebenso im Hinblick auf ihre positive oder negative Bewertung. Nicht allein die deutsche Geschichte kennt Epochen, mit denen sich die nachlebenden, vor allem aber die noch mitlebenden Generationen schwertun, sofern sie sich ihrer Geschichte mit Freiheit zuwenden können. Solche zeitgeschichtlichen Phänomene sind beispielsweise in Frankreich die historisch realistische Darstellung der Résistance, noch stärker aber die Kollaboration zu Zeiten der Vichy-Regierung und der deutschen Besatzung, in Italien die faschistische Herrschaft Mussolinis, in Spanien der Bürgerkrieg 1936 und die Etablierung der Diktatur Francos, in Österreich das Schicksal der autoritären Regime der dreißiger Jahre und die Frage, in welchem Ausmaß der Anschluß an NS-Deutschland 1938 von

großen Teilen der Bevölkerung begrüßt wurde — Österreich also keineswegs nur Opfer war —, schließlich die Existenz faschistischer Bewegungen und der Quisling-Regime im Machtbereich der NS-Diktatur zwischen 1939 und 1945. Nach 1945 gehören zu solchen Epochen-Einschnitten in der Tschechoslowakei etwa die dem kommunistischen Umsturz 1948 folgenden „Säuberungen“ und später die Nachgeschichte des „Prager Frühlings“ 1968, in Ungarn der Aufstand von 1956 und nach der Beseitigung von Imre Nagy die darauf folgende „Zusammenarbeit“ mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Solche Epochen werden in autoritären Regimen entweder aus der historischen Darstellung ausgeblendet oder — partiell — durch Staats- bzw. Parteiführung offiziell „bewältigt“. Ein Beispiel bildet die Verurteilung der stalinistischen Terrorherrschaft auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 durch Chruschtschow oder 1986/87 durch Gorbatschow. Diese Auseinandersetzungen mit zeitgeschichtlichen Epochen dienen kaum je einem objektiven historischen Verständnis; vielmehr werden sie für politische Gegenwartszwecke instrumentalisiert.

Neben diesem national und je nach dem politischen System differierenden Umgang mit belastend wirkenden zeitgeschichtlichen Phänomenen ist für die Periodisierung der Zeitgeschichte in der Regel die Themenstellung ausschlaggebend; hierin unterscheidet sie sich nicht von der Periodisierung früherer Epochen. So führt eine wirtschaftsgeschichtliche Thematik — in der für die erste Phase beispielsweise der Zusammenhang zwischen Krieg und Inflation 1914 bis 1924 sowie später die 1929 einsetzende, bis in die frühen dreißiger Jahre anhaltende Weltwirtschaftskrise Schlüsselrollen spielen — oft zu anderen zeitlichen Phasenbildungen als etwa eine Erforschung des internationalen Systems oder der innenpolitischen Konstellationen.

Beispielsweise kann die Zeit von 1918/19 bis 1945 insgesamt als Zeit revolutionärer Krisenhaftigkeit in Europa begriffen werden, der eine tiefgreifende Instabilität des europäischen Mächtesystems korrespondierte. Zwar schwächte der Versailler Vertrag zeitweise Deutschlands Großmachtstellung, beseitigte sie jedoch keineswegs prinzipiell. So blieb Deutschlands ökonomische Potenz als Basis des Wiederaufstiegs und der Revision von Versailles im Kern unangefochten, wie bei allem Friedenswillen und völkerrechtlich orientierter Verständigungsbereitschaft gerade auch die Außenpolitik Stresemanns zeigte. Der Versailler Vertrag war entweder

zu hart oder zu weich (K. D. Erdmann): Durch seine Härte zwang er Deutschland zu einer im Prinzip von allen politischen Kräften getragenen Revisionspolitik; indem Deutschland Großmacht blieb, wurde diese Revision ermöglicht. Der Versailler Vertrag war „künstlich, insofern er nicht das wirkliche Verhältnis der Kräfte zum Ausdruck brachte“ (R. Aron). Die unverkennbare Dialektik von Außen- und Innenpolitik, die gerade an der Entwicklung der beiden kontinentalen Großmächte Deutschland und Frankreich manifest wird, sollte auch die zeitgeschichtliche Periodisierung mitkonstituieren: Die Instabilität der europäischen Demokratien seit dem Ersten Weltkrieg und die Instabilität des europäischen Mächtigesystems bedingten und korrespondierten einander.

Die totalitären Diktaturen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus basierten auf einer sui generis weltpolitisch ausgerichteten expansionistischen Ideologie, seien es nun die sozial- und weltrevolutionäre Zielsetzung der kommunistischen Sowjetunion oder der großgermanische Rassismus der NS-Diktatur — beider Zielsetzung ging über den zeitlich parallelen japanischen Expansionismus schon intentional weit hinaus. Die Labilisierung und Dynamisierung des internationalen Mächtigesystems verstärkte sich. Eine in diesem Sinne weltrevolutionäre Strategie schloß taktische Wendungen zur *zeitweiligen* Stabilisierung der internationalen bzw. europäischen Ordnung oder andererseits ein Zusammengehen der ideologisch feindlichen revolutionären Flügelmächte Europas — der kommunistischen Sowjetunion und NS-Deutschlands — keineswegs aus, wie der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 bis zum 22. Juni 1941 demonstrierte.

Der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Kalte Krieg besaß neben der weltpolitischen ebenfalls eine innenpolitische, die politische Wertordnung manifestierende Dimension. Die westliche Vormacht, die USA, die spätestens mit dem Kriegseintritt 1917 ihre isolationistische Position verlassen hatte, ließ sich in dieser Auseinandersetzung durchaus von einem wertorientierten weltpolitischen Sendungsbewußtsein leiten. Eine derartige Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Ideale erinnert an den Siegeszug der „Ideen von 1789“. Und tatsächlich standen nach 1945 hinter dem machtpolitischen Gegensatz der Blöcke gegensätzliche ideelle und ethische Maximen. Sie gehen auf das 18. Jahrhundert zurück und fanden erstmals in den Revolutionen der amerikanischen Kolonien und Frankreichs Ausdruck. Diese Wertvorstellungen

richteten sich gegen das zur totalitären Diktatur geronnene aufgeklärte Fortschrittspathos des Kommunismus, das die menschenrechtlichen Ideale von 1776 und 1789 nicht mehr als Ziel, sondern als Zwischenstufe im zielgerichtet fortschrittlichen welthistorischen Prozeß ansah: Sein Ziel lag demzufolge im Gedanken einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft; diese utopische Zielsetzung schien die zumindest zeitweilige, jedenfalls bis heute andauernde Suspendierung der Menschen- und Bürgerrechte zu legitimieren.

Die Konturen dieser wertorientierten Polarität werden verwischt, wenn die begrenzte lebensweltliche Perspektive mehr oder weniger zufällig ausgewählter einzelner dazu führt, die Jahrzehnte zwischen 1930 und 1960 zu einer epochalen Einheit zusammenzufassen. Dies verdeckt die Relevanz der Zäsuren von 1933 und 1945 zugunsten einer vermeintlichen Kontinuität der deutschen Geschichte von 1930 bis 1960, die in dieser Form tatsächlich nichts anderes wäre, als die künstliche Rekonstruktion extrem begrenzten individuellen Bewußtseins. Die Frage nach der Kontinuität über die Umbrüche der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hinweg muß ebenso gestellt werden wie die nach den historischen Voraussetzungen der NS-Revolution von 1933. Eine klare Unterscheidung von Demokratie und Diktatur ist jedoch unverzichtbar. Den Generationen, die die NS-Diktatur und die sowjetische Herrschaft in der SBZ und DDR noch miterlebt haben, war sie deutlicher bewußt als den Nachlebenden. Ein sehr anschauliches Beispiel dafür bildet der politische Bewußtseinswandel der Berliner Studenten vor und unmittelbar nach dem Mauerbau 1961 bis zur zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Die sich vermindernde Prägekraft solcher Erfahrung verweist auf einen in der Zeitgeschichte oftmals beschleunigten Perzeptionswandel. Er kann sowohl die historische Forschung zu neuen Fragen stimulieren als auch diese behindern, wenn bestimmte zeitgeschichtliche Einschätzungen festgeschrieben werden. Insgesamt zeigen solche Perzeptionsprobleme so wie die Periodisierung der Zeitgeschichte überhaupt, daß Wertorientierung, Ausformung der Weltpolitik im 20. Jahrhundert und Gegenstandskonstitution der Zeitgeschichte einander korrespondieren.

Trotz Einigkeit über einen Großteil der ereignisgeschichtlichen Verläufe ist die westdeutsche Zeitgeschichtsschreibung bis heute interpretatorisch nicht auf einen Nenner zu bringen — weder in ihrer Einschätzung der Revolution von 1918/19 noch der Auflösung der Weimarer Republik, der Struktur

des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, der Nachkriegsentwicklung. Der Dissens erstreckt sich jedoch nicht auf die bei allen Zeithistorikern tatsächlich außer Frage stehende Bewertung des NS-Terror systems als verbrecherisch.

Die großen zeitgeschichtlichen Streitfragen der letzten dreißig Jahre sind immer auch Wendepunkte politischen Denkens gewesen, sie indizieren jeweils eine Veränderung des politischen Erfahrungshorizonts. Die Pluralität der Interpretationen zeigt, wie fruchtbar politische Anstöße für zeitgeschichtliche Forschung sein können. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, solche Anregungen aus dem politischen Leben der Gegenwart für grundsätzlich wissenschaftsschädigend zu halten. Vielmehr kön-

nen sie außerordentlich förderlich wirken, wenn sie zur Entwicklung neuer Problemstellungen beitragen und eine undogmatische Überprüfung der Fragestellungen am historischen Untersuchungsgegenstand — nicht aber an gegenwartsbezogener politischer Zwecksetzung — erfolgt. Die zeitgeschichtlichen Streitfragen, unterschiedliche Interpretationsansätze, Methoden und Bewertungen führen jedoch keineswegs zu einer — politisch oder auf andere Weise außerwissenschaftlich motivierten — Beliebigkeit geschichtswissenschaftlicher Aussagen. Vielmehr gibt es einen großen Bestand empirisch erarbeiteten gesicherten Wissens, der nicht willkürlicher, dilettantischer Interpretation ausgesetzt werden kann.

III. Wissenschaftliche Kontroversen und ihre politischen Implikationen

Die drei wichtigsten Interpretationsansätze, die jeweils für einige Jahre die wissenschaftliche Diskussion über den NS-Staat bestimmten, sind: *erstens* die seit den fünfziger Jahren dominierende Totalitarismuskonzeption, *zweitens* die seit Beginn der sechziger Jahre einsetzende Debatte über die Tragfähigkeit eines epochal begrenzten Faschismusbegriffs und seine Anwendung auf den Nationalsozialismus, schließlich *drittens* die seit Ende der sechziger Jahre geführte und noch anhaltende Kontroverse, ob es sich bei der NS-Diktatur um ein zielgerichtetes, totalitäres und monokratisches oder ein von Fall zu Fall improvisierendes polykratisches Herrschaftssystem konkurrierender Personen- und Machtgruppen handelte.

Der erste große wissenschaftliche Erklärungsversuch in der Nachkriegszeit — die Charakterisierung des Dritten Reichs als totalitär — resultierte ebenso sehr aus methodologischen wie politischen Anstößen. Die Ereignisse des Jahres 1917 sind zwar für das Totalitarismus-Modell weniger signifikant als für das Faschismus-Modell, aber die mit dem Epochenjahr 1917 verbundene zeitgeschichtliche Konzeption wirkt auch im Totalitarismus-Modell nach. Vor allem gilt das für die weltpolitische Polarität der neuen Weltmächte USA und Sowjetunion, die den Kalten Krieg seit Ende der vierziger Jahre präfigurierte; doch kommt dem Jahr 1917 auch hier insofern eine Schlüsselstellung zu, als die Oktoberrevolution eine der entscheidenden Voraus-

setzungen für den Kampf von Faschismus und Bolschewismus gegen die liberalen Demokratien bildete.

Mehr noch als durch die zeitgeschichtlich-methodologische Konzeption war das Totalitarismus-Modell aber durch die spezifische politische Erfahrung bedingt, die die Zeitgenossen während der NS-Diktatur gemacht hatten: Verwandte Züge in der Herrschaftsstruktur von Stalinismus und Nationalsozialismus waren unübersehbar. Zu diesen Analogien zählte das Ziel einer totalen Erfassung der Bevölkerung, der Einsatz einander entsprechender Machttechniken wie terroristischer Geheimpolizei, Nachrichtenmonopol und Einparteienstaat mit dazugehöriger, dem Anspruch nach alleingültiger Herrschafts- und Gesellschaftsideologie. Diese Merkmale lagen der Totalitarismus-Konzeption Carl J. Friedrichs zugrunde. Weitere Ähnlichkeiten zwischen dem Staat Hitlers und dem Staat Stalins wären unschwer hinzuzufügen, beispielsweise der Persönlichkeitskult, die zum Teil terroristische Unterdrückung weiter Kreise der Bevölkerung und die bis zu systematischem Mord gehende Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen. Und auch die Hunderttausende zur Emigration zwingende physische und psychische Bedrohung war analog: Für den aus politischen Gründen Verfolgten oder gar Ermordeten machte es schließlich keinen Unterschied, ob er zum Opfer nationalsozialistischer oder kommunistischer Gewaltherrschaft wurde.

Der Kalte Krieg stimulierte zweifellos diese Interpretation des Dritten Reiches (und der Sowjetunion) mit Hilfe des Totalitarismus-Modells. Nicht zufällig waren Politikwissenschaftler in den USA — wo bereits 1939 ein Symposium über „the Totalitarian State“ stattfand — an der Ausarbeitung beteiligt. Sie gingen von der fundamentalen — durch keine Begriffsspielerei hinwegzudisputierenden — Gegensätzlichkeit der liberalen Demokratie ihres eigenen Landes zu den Diktaturen aus. Eine groß angelegte Interpretation der NS-Diktatur mit Hilfe dieses Erklärungsmodells entstand ebenfalls in den USA: 1955 publizierte Hannah Arendt ihr Hauptwerk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* auch in deutscher Sprache — ein Werk, das im übrigen weit ins 19. Jahrhundert zurückgriff und sich keineswegs auf die deutsche Geschichte beschränkte. Hannah Arendt analysierte zwar im dritten Teil ihres Buches — ausgehend von dem eben erwähnten Modell Carl J. Friedrichs — die Techniken totalitärer Herrschaft, konzentrierte aber die beiden ersten Teile auf die ideologische und politische Vorgeschichte — vor allem des Antisemitismus in Deutschland und Frankreich.

Die Totalitarismus-Konzeption prägte auch die bedeutendste historiographische Gesamtleistung zur Zeitgeschichte, die alle drei zeitgeschichtlichen Epochen umfassenden großen Werke Karl Dietrich Brachers, denen sich beispielsweise die von Gerhard Schulz, Walther Hofer und Hans Buchheim anschlossen. Brachers Pionierleistung begann mit der umfassenden Strukturanalyse der Weimarer Republik. Sein zuerst 1955 erschienenes und bis jetzt in siebenter Auflage publiziertes Werk *Die Auflösung der Weimarer Republik* ist — nachdem ihm anfangs auch Unverständnis entgegenschlug — heute ein international anerkanntes Standardwerk.

Die anfänglichen Einwände von Historikern richteten sich gegen politikwissenschaftliche Fragestellungen Brachers, der eine funktionale Analyse des Machtverfalls der Demokratie lieferte, nicht aber eine am traditionellen Historismus orientierte intentionale Interpretation. Die politische Auseinandersetzung entzündete sich an Brachers kritischer Interpretation des Reichskanzlers Brüning, aber auch an seiner Darstellung des Preußenschlags vom 20. Juli 1932, in der das Ausbleiben massiven Widerstands der demokratischen Kräfte kritisch analysiert wurde. Hierdurch fühlten sich besonders mehr oder weniger beteiligte Zeitgenossen wie Carl Severing und Arnold Brecht provoziert.

Eine Preußen einbeziehende Perspektive — die seit den siebziger Jahren mit neuen Fragestellungen fortgeführt wurde — hat unter anderem auch deshalb historiographiegeschichtliche Bedeutung, weil auf diese Weise nicht allein die föderative Struktur des demokratischen Parlamentarismus in Deutschland in den Blick gerät, sondern auch die Diskussion über den tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen „Sonderweg“ eine neue Dimension erhält: Zur problematischen Entwicklung der Weimarer Republik auf Reichsebene gab es in einigen Ländern, allen voran Preußen, eine politische und gesellschaftliche Alternative. Beide Perspektiven — die funktionale Analyse der Auflösung und der Belastungsfaktoren sowie die der möglichen positiven Alternative — sind hier eng aufeinander bezogen und ergänzen sich.

Wie in den Werken Brachers, so wird auch in der derzeit führenden, die Forschung zusammenfassenden Handbuchdarstellung der deutschen Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, dem 1973 bzw. 1976 grundlegend neu bearbeiteten Band 4 von Gebhardts *Handbuch der deutschen Geschichte*, den Karl Dietrich Erdmann verfaßte, die Segmentierung der deutschen Geschichte in mehrere zeitgeschichtliche Perioden überwunden. Die erwähnte Trias Scheitern der Demokratie, Diktatur, Neuaufbau der Demokratie stellt Erdmann im Zusammenhang dar. Übrigens behandelt er in seinem Werk nicht nur die Westzonen, sondern bezieht alle späteren Nachfolgestaaten des Deutschen Reichs in seine bis 1949 reichende Darstellung ein — auch dies hat eine politische Pointe, hält doch Karl Dietrich Erdmann auf diese Weise an der Einheit der deutschen Nation fest, wie er noch 1985 programmatisch erklärte.

Das zeitgeschichtliche Werk Karl Dietrich Brachers ist im übrigen mit dem Wort „Totalitarismus-Modell“ nur partiell charakterisiert, hat er doch bereits in seinem 1956 in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* veröffentlichten Aufsatz *Stufen totalitärer Gleichschaltung* auf das Herrschaftsprinzip „divide et impera“ und damit auf die Existenz konkurrierender Machtgruppen hingewiesen und methodisch einer Interpretationsrichtung den Weg geöffnet, deren inhaltliche Wertungen er allerdings ablehnte. Die Erkenntnis vom Führungschaos im Dritten Reich und von der Existenz zahlreicher konkurrierender Machtzentren, die Erkenntnis schließlich, daß die Gleichschaltung nicht perfekt durchgeführt worden sei, ist also tatsächlich keineswegs erst seit Mitte/Ende der sechziger Jahre entstanden, wie es

gelegentlich den Anschein hat. Vor allem aber sind diese Einsichten mit einer empirisch modifizierten Totalitarismus-Theorie durchaus vereinbar. Dies gilt es angesichts des oft kurzen historiographischen Gedächtnisses ebenso in Erinnerung zu rufen wie die Tatsache, daß sich die bedeutenden großen Werke über Hitler von Alan Bullock bzw. Joachim Fest keineswegs in biographischer Thematik erschöpfen, wie das etwa für eher begrenzte und konventionelle Deutungen von ‚Hitlers Weltanschauung‘ gilt. Bullock beispielsweise behandelt große politikgeschichtliche Komplexe der NS-Diktatur, während Fest auf der Grundlage der neueren Forschung Strukturfragen angeht, die weit über die Person Hitlers hinausweisen — so etwa im Anschluß an Ralf Dahrendorf und David Schoenbaum die Frage, ob die NS-Herrschaft eine gesellschaftliche Modernisierung in Deutschland bewirkt habe.

Die unklare Begrifflichkeit, mit der der Streit über den Charakter der NS-Diktatur zuweilen geführt wird, verstellt oft die Probleme. Alle Beteiligten haben nämlich eine Reihe von Forschungsergebnissen der anderen Seite längst akzeptiert. Im Grunde geht es nicht mehr um die Feststellung, ob das Dritte Reich polykratisch, monokratisch oder totalitär war — all diese Züge sind nachweisbar, wie auch die große Synthese von H.-U. Thamer 1986 dokumentiert. Und selbstverständlich schließt auch eine planmäßige politische Zielsetzung Improvisationen keineswegs aus — wohl jede Politik ist immer wieder zu Improvisationen gezwungen. Kern des Streits ist vielmehr die Gewichtung dieser Kennzeichen. Dazu gehört die Frage, ob das Führungschaos gewollt war — wie Bracher meint — oder ob es auf der Unfähigkeit des Diktators beruhte, wie es H. Mommsen sieht.

Die zweifellos wichtigste Darstellung über die innere Herrschaftsstruktur des Dritten Reiches in den Jahren 1933 bis 1939, M. Broszats 1969 publiziertes Werk *Der Staat Hitlers*, stellte diese Diskussion auf eine neue Grundlage und akzentuierte stark den Improvisationscharakter der NS-Herrschaft, ohne doch so weit zu gehen wie Hans Mommsen, der immer wieder seine These vom „schwachen Diktator“ Hitler vertreten hat, diese indes bisher nicht durch eine Gesamtanalyse untermauerte. Die Kontroverse erstreckt sich mittlerweile auf eine ganze Reihe von Einzelproblemen, insbesondere auf die Frage, seit wann der Massenmord an den Juden geplant war. Dabei geht es nicht um die von Broszat 1977 überzeugend zurückgewiesene Behauptung David Irvings, Hitler trage keine persönliche Ver-

antwortung am Genozid und habe den Befehl dazu nicht gegeben. Verfechter der Improvisationsthese wie Broszat bezweifeln aber, daß der Massenmord notwendig in der Konsequenz des nationalsozialistischen Antisemitismus lag und lange vor dem Beginn der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ auch geplant wurde. Die alternative Einschätzung lautet: Auf der Basis des NS-Antisemitismus vollzog sich eine eher eigengesetzliche — sozusagen situationsopportunistische — Verschärfung im Zusammenhang der Kriegslage. Erst während des Krieges sei schließlich der Plan zur völligen Ausrottung des europäischen Judentums gefaßt worden. Das Verbrechen des millionenfachen Massenmords selbst steht indes in allen wissenschaftlichen Interpretationsrichtungen außer Frage; nach wie vor ist aber eine Einigung über ihre Deutung nicht in Sicht. A. Hillgruber, H. Graml, H. Krausnick und eine Reihe anderer Autoren vertreten weiterhin mit guten Gründen die Einschätzung der *planmäßigen* Radikalisierung der antijüdischen Politik, deren lange beabsichtigter Schlußpunkt der systematische Mord in den ‚Vernichtungslagern‘ gewesen sei. Die Erklärung nationalsozialistischer Eroberungspolitik, der großgermanischen Politik (H. D. Looch) und die NS-„Großraumordnung“ (L. Gruchmann) des Dritten Reiches sind ebenso von den erwähnten methodischen Prämissen abhängig wie die der Außenpolitik, die u. a. A. Hillgruber, K. Hildebrand, H. A. Jacobsen, N. Rich und G. Weinberg und zuletzt Ch. Bloch grundlegend analysiert haben: Auch in dieser Beziehung besitzen die Frage der Planmäßigkeit, der Steuerung durch Hitler, der Einfluß anderer Politiker, die Rolle des Auswärtigen Amtes sowie die Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität bzw. dem Verhältnis der Hegemonialpolitik des Kaiserreichs, der Revisionsziele der Weimarer Republik und des NS-Expansionismus eine zentrale Bedeutung. Der entscheidende und unterscheidende Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß die NS-Außen- und Rassenpolitik untrennbar zusammengehören. Für Hitlers letztlich utopischen „Entwurf totalitärer Herrschaft stellen sie die einander bedingenden Seiten seiner programmatischen Zielsetzungen dar“ (K. Hildebrand).

Auch bei der Untersuchung anderer Probleme in der Interpretation der NS-Diktatur setzte sich die unterschiedliche Gesamtdeutung in abweichende Bewertungen um. Die Einzelforschung bewegte sich in den Bahnen, die durch die Grundlagen-Kontroversen vorgezeichnet worden sind, wie Klaus Hildebrand in seinem prägnanten, zuerst 1979 (1987 stark erweitert und aktualisiert) publizierten

Überblick *Das Dritte Reich* bemerkt, der die gehaltvollste Analyse der Entwicklung der NS-Forschung enthält. Ein besonders aufschlußreiches Beispiel ist die Widerstandsforschung, an der instruktiv der methodische und thematische Wandel sowie seine politischen Implikationen abzulesen sind. Gegen ein totalitäres Regime mit perfekten und geplanten Unterdrückungsmechanismen konnte Widerstand in aller Regel nur die Ausnahme sein. Im Mittelpunkt der Forschung stand zunächst die Militäropposition, der Widerstand kleiner konservativer Gruppen und von Einzelpersonen, deren Handeln in christlichen, konservativen, aber auch sozialdemokratischen Überzeugungen wurzelte.

Hatte die DDR-Forschung schon immer intensiv den kommunistischen Widerstand dargestellt und den kirchlichen, konservativen, sozialdemokratischen und militärischen kaum berücksichtigt, so verhielt es sich in der Bundesrepublik umgekehrt. Von Vorläufern abgesehen, begann seit Ende der sechziger und verstärkt seit Mitte der siebziger Jahre auch die Forschung in der Bundesrepublik, den kommunistischen Widerstand zu entdecken. In gewisser Weise stehen diese Arbeiten in Analogie zu den schon früher von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Studien zum sozialdemokratischen Widerstand: Jeder entdeckte seine „Väter“, und jeder leitete daraus politische Folgerungen für die Geschichte der Bundesrepublik ab. Hierbei allerdings wurde nicht selten die ethische mit der politischen Qualität verwechselt: Schon seit Ende der vierziger Jahre erschienen die Männer des 20. Juli 1944 häufig als konstruktive politische Vorbilder für den demokratischen Neuaufbau der parlamentarischen Republik. Tatsächlich aber sind die politischen Ziele des Widerstands vom 20. Juli meist weit entfernt von den politischen Maximen, nach denen in Westdeutschland eine parlamentarische Demokratie begründet wurde. Weder ist diese politische Diskrepanz den Männern vom 20. Juli vorzuwerfen, noch nimmt diese Diskrepanz ihren Taten etwas von ihrer moralischen Qualität. Insofern können sie vorbildhaft sein. Normative Vorbilder in inhaltlich-politischer Hinsicht können sie für eine parlamentarische Demokratie zum großen Teil aber nicht sein.

In methodischer Hinsicht Neuland erschloß das seit Mitte der siebziger Jahre im Institut für Zeitgeschichte München unter Leitung von M. Broszat entwickelte Forschungsprojekt *Bayern in der NS-Zeit*, dessen reicher empirischer Ertrag in sechs Bänden publiziert wurde (1977–1983). In einer

Reihe von Fall- und Regionalstudien gelang es, Widerstandshandeln gruppen- wie institutionsspezifisch zu untersuchen und den Alltag der NS-Herrschaft in regionaler und thematischer Hinsicht exemplarisch zu erforschen. Das in der Grundkonzeption enthaltene Begriffspaar „Anpassung und Resistenz“ erlaubte es, die zahlreichen Zwischenstufen in den Griff zu bekommen und sozusagen das normale Verhalten von Menschen unter der NS-Diktatur darzustellen, wenngleich die Tragfähigkeit des Begriffs „Resistenz“ auch bestritten wurde (R. Löwenthal). Jedenfalls zeigte sich: Das Verhalten der Bevölkerung war in der Regel weniger von politischen Konzepten geprägt als von den jeweiligen professionellen und gesellschaftlichen Besonderheiten, oft aber auch von lokalen Zufälligkeiten, denen gegenüber die NSDAP in gewisser Weise machtlos war – machtlos, weil es sich nicht um planmäßigen politisch organisierten Widerstand handelte, sondern um ein Entziehen und Nichtmitmachen. Natürlich zeigt das Projekt auch Opportunismus in der Bevölkerung, aber im ganzen verwischen sich die Schwarz-Weiß-Zonen beträchtlich.

Die Untersuchung des Alltagsverhaltens, die aber ebenso wie die Kulturgeschichte des „Dritten Reiches“ noch in den Anfängen steckt, ist deswegen von erheblichem methodischen Gewinn, weil die Zeitgeschichtsschreibung nach Brachers frühen Vorstößen außer den wenigen während der fünfziger Jahre zumeist in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* publizierten Aufsätzen über Grundsatzfragen und der durch Ernst Nolte vorgebrachten komparatistischen Methode sich lange Zeit nur wenig mit ihrer Methodologie befaßt hat.

Als eine Form des Widerstands gegen das NS-Regime gilt inzwischen unbestritten auch die politische Emigration aller Richtungen von den Kommunisten über die Sozialdemokraten und Vertreter des politischen Katholizismus bis zu den Konservativen. Sie umfaßte etwa 30 000 Personen und war Teil einer mehr als eine halbe Million – zum großen Teil jüdischer – Menschen umfassenden Emigrationswelle aus dem deutschen Kulturraum seit 1933. Ein erheblicher Teil der Emigranten gehörte zur kulturellen Elite, so daß man auch von einem „Exodus der Kultur“ sprechen kann. Fast 9 000 biographische Studien finden sich in dem vom Institut für Zeitgeschichte und der Research Foundation for Jewish Immigration (New York) 1980–1983 publizierten *Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*.

Zu den wertvollen Dokumentationen über bestimmte Bevölkerungsgruppen bzw. Institutionen zählen auch die Quellenveröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte (Bonn) über die Lage der katholischen Bevölkerung bzw. der Kirche (D. Albrecht, U. v. Hehl, H. Hürten, L. Volk, H. Witetschek u. a. seit 1965).

Die vorgestellten Konzeptionen lassen in der Gesamtdeutung wie in der Detailforschung einen signifikanten Wandel des politischen Erfahrungshorizonts erkennen. Die Totalität der NS-Herrschaft mußte naturgemäß in den ersten Jahren nach dem Krieg stärker empfunden werden als heute, der Drang zu globaler Deutung, aber auch zur moralischen Bewertung mußte damals stärker sein. Dieser Erfahrungswandel bedarf der Untersuchung — einer Untersuchung, die nicht nur die politischen Aspekte berücksichtigt, sondern auch historiographische Traditionen stärker als üblich in die Analyse einbezieht.

So gehört es zu den bemerkenswerten Tatbeständen, daß keine der zeitgeschichtlichen Kontroversen — so fruchtbar sie auch waren — in ihrer Ausgangsfrage völlig neu war. Über den „schwachen Diktator“ spottete schon Trevor-Roper in seinem zuerst 1947 veröffentlichten Buch *Hitlers letzte Tage*, aber auch für die Polykratie-Debatte findet sich die Grundlage bereits vor vierzig Jahren in Ernst Fraenkels 1940 in den USA publiziertem Buch *The Dual State* und Franz Neumanns ebenfalls in den USA zuerst 1942 erschienener Studie *Behemoth — Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*. Frühe biographische Studien oder „Weltanschauungsanalysen“ legten bereits Konrad Heiden und Rudolf Olden vor. Und ähnliches gilt, wie Ernst Noltes Sammelband über *Faschismustheorien* ausweist, auch für die Faschismus-Konzeption.

IV. Entwicklung zeitgeschichtlicher Fragestellungen

Innerhalb der hier behandelten Aspekte der Zeitgeschichte — der methodologischen, moralischen, politischen und wissenschaftlichen Dimension — hat eine Verschiebung stattgefunden, die man als Normalisierung der Zeitgeschichtsschreibung ansehen kann. Offensichtlich fällt diese Normalisierung bei der Erforschung der NS-Diktatur schwerer als bei anderen zeitgeschichtlichen Themenkomplexen, wie der 1986 ausgebrochene und Aufsehen erregende sogenannte Historikerstreit belegt; tat-

Aber, um zwei Beispiele außerhalb der NS-Thematik zu nennen, auch die Kontroverse über die politischen Weichenstellungen und das Rätemodell von 1918/19 am Beginn der Weimarer Republik geht auf einen Vorläufer von 1935 zurück, auf Arthur Rosenbergs These von der Möglichkeit eines dritten Weges zwischen Weimarer Parlamentarismus und Bolschewismus. Auch die durch Fritz Fischers Buch *Griff nach der Weltmacht* seit 1961 angeregte Diskussion über die Alternative ‚Bruch oder Kontinuität‘ der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hat Vorläufer zumindest seit den vierziger Jahren: In anderer Weise wurde die Kontinuitätsproblematik schon in den Studien von Meinecke, Ritter und Ludvig Dehio aufgenommen.

Der die Zeitgeschichtsforschung charakterisierende Erfahrungswandel, der die Konzeptionen prägte, setzt sich, durch jeweilige Aktualisierung der Problemstellung modifiziert, in empirische Forschung um. Das vergleichsweise geringe Maß an Grundlagendiskussion in der Zeitgeschichte erklärt sich aus der Tatsache, daß jeweils brauchbare Forschungskonzeptionen zur Verfügung standen. Methodologische Probleme wurden also in der Regel an den Untersuchungsgegenständen selbst und nicht auf einer von ihnen abgehobenen prinzipiellen Ebene diskutiert. Wie die immer wieder bewiesene Bewährung dieser Konzeptionen zeigt, hat die *Zeitgenossenschaft*, die, wie gesagt, zu den konstituierenden Faktoren der Zeitgeschichte zählt, einen fortdauernden Wert für die Forschung behalten. Das Alter der Konzeptionen zeigt aber auch, daß sowohl die komparatistische als auch die am Modell des Totalitarismus bzw. der Polykratie orientierte Interpretation im Verständnis der Zeitgenossen selbst wurzeln. Gleich, ob an einer intentionalen oder funktionalen Methode orientiert, zieht die Zeitgeschichtsforschung daraus bis heute Gewinn.

sächlich aber handelt es sich hier weniger um eine Forschungsdebatte, sondern um einen Streit über die politische und moralische Dimension der NS-Diktatur in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Einige Diskussionsbeiträge sind indes widersprüchlich, stehen doch oft politische Bekenntnisse den wissenschaftlichen Erkenntnissen im Wege: M. Broszat etwa plädiert für eine „Historisierung“ des Nationalsozialismus und beteiligt sich zugleich an der gegenwartsbezogenen Instrumentalisierung

der NS-Diktatur für konkrete politische Auseinandersetzungen.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist inzwischen nicht allein im Sinne des weltpolitischen Schnittpunkts im Kalten Krieg, sondern auch in ihrer gesamten innen- und außenpolitischen Entwicklung Thema der Geschichtsforschung geworden, nachdem sie während der fünfziger und sechziger Jahre vornehmlich unter politologischen und soziologischen Fragestellungen untersucht worden war. Die Erforschung und Darstellung der bundesrepublikanischen Geschichte weicht insofern von derjenigen der übrigen europäischen Staaten mit Ausnahme der DDR ab, als sie unter der doppelten Belastung des langen Schattens der NS-Diktatur auf der einen und der Teilstaatlichkeit auf der anderen Seite steht: Der Übernahme der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches und der sich daraus ergebenden historisch-politischen, psychologischen und moralischen Konsequenzen für die Bundesrepublik steht die Deutung durch die DDR-Geschichtsforschung gegenüber, die die Zeitgeschichte bezeichnenderweise erst 1945 beginnen läßt und die „fortschrittlichen Traditionen der deutschen Geschichte“ für sich reklamiert. Von der gemeinsamen deutschen Verantwortung für die NS-Diktatur dispensiert sich die DDR vor allem unter Hinweis auf ihren prinzipiellen „Antifaschismus“ sowie den kommunistischen Widerstand gegen Hitler. Die diesem Selbstbildnis widersprechenden Fakten des kommunistischen Anteils an der Zerstörung der Weimarer Demokratie, des Hitler-Stalin-Pakts 1939 und der aus ihm resultierenden gemeinsamen Aufteilung Polens bzw. weiterer Teile Osteuropas durch beide Diktaturen ignoriert die DDR oder deutet sie zum Zweck einer Entschuldung des Kommunismus im allgemeinen und damit der DDR im besonderen.

Zur faktisch vollzogenen deutschen Teilung stehen im Hinblick auf die bundesrepublikanische Geschichte sowohl die völkerrechtlich fortbestehende Offenheit der ‚deutschen Frage‘ als auch das grundgesetzliche Wiedervereinigungsgebot in einem dauernden Spannungsverhältnis. Die Forschung wurde überdies von einer politisch motivierten, künstlich zugespitzten Entgegensetzung stimuliert: Ist die Bundesrepublik Deutschland durch Restauration oder Neubeginn geprägt? Sowie es in der Geschichte je eine ‚Stunde Null‘ gibt, so wenig sinnvoll erscheint hier die Interpretationskategorie „restaurativ“. Tatsächlich verschränken sich mit unterschiedlicher Akzentuierung in jeder historischen

Epoche — auch in revolutionären — Kontinuität und Diskontinuität. Beschleunigtem Strukturwandel auf einigen Sektoren können Retardationen oder langfristiger Wandel auf anderen gegenüberstehen.

Was konnte 1949 restauriert werden? Das Kaiserreich? Die Weimarer Republik? Die NS-Diktatur? Tatsächlich nichts von alledem. Die Gründung der Bundesrepublik und ihre Politik erfolgte teils zwangsläufig, teils bewußt im Gegensatz zu wesentlichen prägenden Traditionen der deutschen Geschichte vor 1945, vor 1933 und vor 1918:

1. Der deutsche Nationalstaat konnte bis heute nicht wieder erreicht werden.
2. Die Verfassungsordnung des Grundgesetzes steht in unzweifelhaftem Gegensatz zur NS-Diktatur, in wesentlichen Prinzipien aber auch zum Weimarer „Semiparlamentarismus“ (K. D. Bracher). Die Aufnahme positiver Verfassungstraditionen (Rechtsstaatlichkeit, demokratische Parteibildung, Parlamentarismus, Föderalismus, Selbstverwaltung) führten zu einer konsequenten Form der parlamentarischen Demokratie, die in vergleichbarer Form vor 1918 überhaupt nicht und 1919 bis 1932 nur auf Länderebene, insbesondere in Preußen, bestand.
3. Die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik mußte sich bereits durch die Integration von insgesamt zwölf Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen derart verändern, daß eine einfache Restauration auch in diesem Sektor ausgeschlossen war. Davon abgesehen, hatte die NS-Diktatur seit der Revolution von 1933 soziostrukturelle Veränderungen in der gesellschaftlichen Hierarchie herbeigeführt, und die Vertreibung hatte seit 1945 einer in Preußen lange Zeit gesellschaftlich dominierenden Schicht — den sogenannten Junkern — endgültig die materielle Basis entzogen, was — ebensowenig wie die gesellschaftliche und politische Entmachtung des Offizierskorps — gleichfalls erhebliche gesellschaftliche Veränderungen bewirkte.
4. Das System der von A. Müller-Armack so genannten ‚sozialen Marktwirtschaft‘, deren erfolgreicher Protagonist Ludwig Erhard wurde, unterscheidet sich gravierend von der wirtschaftspolitischen Struktur NS-Deutschlands, aber auch von derjenigen der Weimarer Republik. Ähnlich verschieden entwickelten sich Tarifpartnerschaft und Gewerkschaftsbewegung. Die zum ökonomischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik gehörenden weitreichenden sozialpolitischen Maß-

men gehen ebenfalls über das in den Epochen vor 1945 Übliche qualitativ und quantitativ erheblich hinaus.

5. Das bundesrepublikanische Parteiensystem ist nicht nur infolge der Größe und der weit geringeren Zahl von Parteien stabiler, sondern es wurde von Beginn an durch mehrere große und integrationsfähige verfassungskonforme Parteien getragen. Auch die jeweils stärkste Oppositionspartei blieb während der gesamten Geschichte der Bundesrepublik – anders als dies zur Zeit der Weimarer Republik der Fall war – auf einen Fundamentalkonsens gegenüber der Verfassungs-, Staats- und Gesellschaftsordnung verpflichtet, die sie mitgeschaffen bzw. entwickelt hatte. Die Oppositionsparteien des Bundestags waren oftmals auf Länder- und Kommunalebene die Regierungsparteien. Überdies hat es in Form der CDU/CSU eine echte, überkonfessionelle Neugründung gegeben, die ohne Vorbild aus der Zeit vor 1945 bzw. 1933 ist.

6. Die in erster Linie von Konrad Adenauer vorangebrachte wertorientierte innen- und außenpolitische Westintegration beendete in wesentlichen Grundfragen den tatsächlichen oder vermeintlichen „deutschen Sonderweg“. Die mehrschichtige Westintegration bedeutete in außenpolitischer Hinsicht geradezu eine diplomatische Revolution, existierte doch zuvor kein deutscher Staat, der sich nicht unter Akzentuierung seiner geostrategischen Lage Ost- und Westoptionen offengehalten hätte. Die zeitweilige Verfolgung hegemonialer Ziele basierte darauf. Diese Politik sah Adenauer als Schaukelpolitik an, die er aufgrund westlicher Wertorientierung wie machtpolitischer Überlegungen ablehnte. An der Prioritätenskala „Freiheit, Frieden, Einheit“ ließ er nicht rütteln. Zur Westintegration der Bundesrepublik gehörte im übrigen der Verzicht auf militärpolitische Souveränität durch Integration der Bundeswehr in die Befehlsstruktur der NATO – auch dafür gibt es in der deutschen Geschichte kein Vorbild.

Gegenüber diesen einen radikalen Neubeginn einleitenden Fundamentalentscheidungen fallen für die Gesamtbeurteilung weder einzelne personelle Kontinuitäten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur ins Gewicht noch die erheblich gravierendere und keineswegs nur Einzelfälle betreffende personelle – nicht aber rechtspolitische – Kontinuität im Justizwesen. Bei objektiver Gewichtung der hier nur stichwortartig zu nennenden Faktoren gilt also: Diskontinuität und konstruktiver Neubeginn überwogen in massivstem Ausmaß die Konti-

nuitäten; die Restaurationsthese ist empirisch im Hinblick auf das gesamte politische und sozialökonomische System der Bundesrepublik Deutschland unzutreffend.

Die empirische Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik ist inzwischen weit fortgeschritten und erstreckt sich in manchen Bereichen bereits bis zum Ende der sechziger Jahre. Seit Thilo Vogelsangs erster und noch immer wertvoller Gesamtdarstellung *Das geteilte Deutschland* (zuerst 1966), die, mehrfach weitergeführt, inzwischen zu einem Bestseller geworden ist, erschienen auch neuere forschungsorientierte, prägnante und gehaltvolle Zusammenfassungen (Anselm Doering-Manteuffel 1983; Rudolf Morsey 1987). Schließlich wurde 1987 eine repräsentative sechsbändige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen, in der insbesondere die den Zeitraum von 1949 bis 1969 darstellenden Werke von Hans-Peter Schwarz und Klaus Hildebrand nicht allein großangelegte Synthesen sind, sondern zugleich zahlreiche Quellengruppen erschließen und als Forschungsleistung Neuland betreten. Die Autoren dieser maßstabsetzenden Werke konnten Aktenmaterial benutzen, das zum Teil noch der Sperrfrist von 30 Jahren unterliegt. Dazu gehören auch für die Geschichte einer parlamentarischen Demokratie erstrangige Quellen, wie etwa die Protokolle von Fraktionsitzungen und Parteigremien.

Auf der anderen Seite verfügen die Historiker, die durch die prinzipielle Zugänglichkeit eines Großteils der Quellen zur deutschen Zeitgeschichte bis 1945 ohnehin verwöhnt waren, für die Nachkriegszeit über Massen direkt zugänglichen Quellenmaterials. Auf vielen Feldern können die Zeithistoriker in demokratischen Staaten bereits arbeiten, lange bevor amtliches Aktenmaterial der Forschung zugänglich wird. Die zunehmende Öffentlichkeit politischer Entscheidungsbildung erweitert die Quellenbasis des Zeithistorikers beträchtlich. Die sukzessive Verschiebung der Sperrfristen stellt überdies ständig neue Aufgaben, auch wenn beispielsweise eine historische Analyse der Außenpolitik oftmals erst später möglich wird, da auch die Archive anderer Staaten zugänglich sein müssen. Oft bildet indes die Massenhaftigkeit der Quellen ein Problem: In der Regel kann für größere Themenstellungen nur ein Bruchteil des tatsächlich verfügbaren vielschichtigen Quellenmaterials ausgewertet werden.

Probleme könnten sich künftig für personenbezogene zeitgeschichtliche Forschung aus zwei sehr un-

terschiedlichen Gründen ergeben. Erstens: Aus einem sich ausdehnenden Anwendungsbereich der Personen- und Datenschutzgesetzgebung, wenn diese restriktiv gehandhabt wird und nicht hinreichend berücksichtigt, daß Persönlichkeiten des öffentlichen Interesses auch für die spätere Geschichtsforschung zentrale Bedeutung haben können. Zweitens: Aus der zunehmenden Tendenz führender Politiker, ihre auch amtliches Material enthaltenden Nachlässe an Parteistiftungen zu geben. Zwar haben diejenigen Parteistiftungen, die professionell geführte Archive gründeten (vor allem die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung) große geschichtswissenschaftliche Verdienste bei der Sammlung, Erschließung und Erforschung von Parteiakten, doch wäre es nicht unproblematisch, wenn sich ein in manchen Kirchen-, Verbands-, Gewerkschafts- und parteibezogenen Themenstellungen erkennbarer Trend fortsetzte, daß jeweils die „eigene“ Geschichte untersucht und dargestellt würde und Historiker, die den jeweiligen Überzeugungen und Bindungen fernstehen, sich an solchen Arbeiten kaum noch beteiligten. Eine derartige Parzellierung liegt in der Zeitgeschichte näher als für andere historische Epochen. „Historische Kommissionen“ bei Parteivorständen dürften eher zur Verstärkung solcher Tendenzen beitragen — jedenfalls dann, wenn sie nicht a priori auf parteioffizielle Geschichtsbilder Verzicht leisten. Die Verwischung der Grenze zwischen Wissenschaft und Politik geht in aller Regel auf Kosten der Wissenschaftlichkeit. Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis muß im Sinne Max Webers das „regulative Prinzip“ auch der Zeitgeschichte bleiben. „Parteihistorie“ verengt die Optik durch ein kurzgeschlossenes Gegenwartsinteresse; sie erschwert folglich die Annäherung an dieses Ziel aller echten Wissenschaft und ist zutiefst rück-schrittlich.

Manche Themen können heute auf der Basis von Quellen behandelt werden, für die frühere Epochen keine Parallele kennen: So ist Wahlforschung noch für die Zeit der Weimarer Republik äußerst mühsam und bisher nur regional, zeitlich und parteimäßig begrenzt geleistet; Historiker der Geschichte der Bundesrepublik hingegen finden ein durch Statistiker und Meinungsforscher vorzüglich aufbereitetes Quellenmaterial vor, das schon kurz nach einer Wahl gemäß zentralen Fragestellungen geordnet und ausgewertet ist.

Nicht nur die thematische und zeitliche Erweiterung bzw. Verschiebung der Zeitgeschichte, son-

dern auch der Wandel der Quellenbasis, die bei manchen Themen völlig veränderten technischen Möglichkeiten zur Auswertung von Statistiken sowie die Existenz sozialstatistischer Massenakten dokumentieren also das eingangs erwähnte ‚Altern‘ der Zeitgeschichte. Die Fülle des täglich in den Medien Berichteten und technisch ohne Schwierigkeit Abrufbaren verändert in gewisser Weise den Quellenwert der Nachricht, wie andererseits traditionelle Quellengattungen einem Wandel unterliegen und nicht selten an Gehalt verlieren. Dazu trägt auch die beliebige Reproduzierbarkeit bei, die die Geheimhaltung von Entscheidungsvorgängen erschwert. Ein Kabinettsprotokoll, das nicht nur den Beteiligten, sondern einer ganzen Reihe weiterer Personen zugänglich ist, wird immer weniger inhaltsreich oder beschränkt die Inhaltswiedergabe auf ohnehin zur Veröffentlichung vorgesehene Informationen; das Telefongespräch ist für spätere Historiker nur dann auswertbar, wenn darüber eine Aktennotiz angefertigt wurde. Die Politikerrrede — noch zu Zeiten Bismarcks, Stresemanns, Eberts und Adenauers eine bedeutsame Quelle — ist heute meist mehr oder weniger stark ein Produkt von Ghostwritern: Sie prägen meist die Form der Aussage und oft auch die Inhalte mit, die Texte sind also für den Redner, der nur noch ausnahmsweise der Autor ist, bedingt aussagekräftig. Ähnliches gilt für das Interview oder die öffentliche Resonanz einer Rede, die häufig mehr Ergebnis einer durch Journalisten veröffentlichten Meinung ist — insofern zweifellos ebenfalls eine Quelle, doch für andere Fragestellungen.

Solche Perzeptionsprobleme müssen angemessen — und das heißt nicht allein vom erkennenden Subjekt her, sondern auch objektbezogen — analysiert werden. Die Überfülle der Ereignisse in der Gegenwart behindert oftmals die Erkenntnis der Zeitgenossen. Die *vita activa* erschließt nicht allein die Welt, sondern verstellt auch Zusammenhänge, die nur der nachträglichen Kontemplation transparent werden, die das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden weiß.

Die Struktur politischer Entscheidungsbildung und die sich immer stärker verfeinernden und differenzierenden Fragestellungen komplizieren also ebenso wie die unübersehbare Zahl der in Demokratien beteiligten Akteure und Gruppen das historiographische Bild. Die Tatsache, daß es in der Zeitgeschichte nach wie vor an großen Biographien fehlt — dies gilt auch für die Weimarer Zeit — mag in der Pluralisierung von Entscheidungsprozessen

ebenso begründet sein wie in der geschichtswissenschaftlichen Methodendiskussion, die dieses Genre zu Unrecht zeitweilig sehr zurücktreten ließ. Gerade die komplexen Bezüge, in denen beispielsweise ein heutiger Staatsmann steht, stellen zwar eine besondere Herausforderung für den Biographen dar, bieten aber zugleich die Chance, zu dieser Komplexität einen Zugang zu gewinnen, in dem sich wesentliche Linien wie in einem Brennglas bündeln. Die Zeitgeschichtswissenschaft kann so wenig wie andere historische Disziplinen auf die themenbezogene Pluralität unterschiedlicher Interpretationskategorien und je spezifischer Methoden verzichten.

Eine zusätzliche Problematik der jüngsten Zeitgeschichte resultiert aus der Interdependenz der modernen Welt: Nicht allein die internationalen Beziehungen und die militärischen Bündnissysteme sind ‚weltpolitischer‘ und damit komplexer geworden, sondern auch eine Fülle anderer Sektoren der Zeit-

geschichtsschreibung, beispielsweise die Wirtschaftsbeziehungen, die kulturellen Wechselwirkungen zwischen den entferntesten Regionen, die alltägliche Lebenswelt: Moderne Informationstechnik und verkehrsmäßige Erschließung der Welt bilden die Medien dieser Entwicklung. Beschleunigung des technologischen Wandels, immer größere Informationsdichte, sich ständig steigernder Nachrichtenumsatz machen Egon Erwin Kischs „rasenden Reporter“ zu einer behäbigen Figur von gestern und vermitteln ein Gefühl ständig beschleunigter Veränderung der Welt, die die Sensation von heute oft schon nach wenigen Tagen schal und abgestanden werden läßt. Aktualität wird zum Selbstzweck, der Historiker aber darf ihr nicht erliegen, sondern muß aus dem „Unschärfbereich der Gegenwart“ (Christa Wolf) heraustreten und durch Distanzierung Konturen und Signatur der Vergangenheit erfassen und sie in der Gegenwart aufheben, so wie er diese erst durch sie verstehen — und relativieren — kann.

Das Deutsche Historische Museum in Berlin

Perspektiven und Ziele, Entstehung und gegenwärtiger Stand

I. Für und Wider

Schon lange bevor das Deutsche Historische Museum am 28. Oktober 1987 in Berlin feierlich gegründet wurde, war es eine bekannte Größe. Ausführliche Aufsätze und Essays in allen renommierten Zeitungen galten ihm, eine Demonstration wurde seinetwegen in äußerst unwirtlicher Kälte abgehalten, Meinungsumfragen gestartet. Inzwischen kursieren zahlreiche Mythen, Legenden und Schlagworte. Um einige zu nennen: „DKM – Deutsches Kohl-Museum“, „Monument zentralistischer Staatsmacht“, „Geschichtspalast“ oder „Kopfgeburt repräsentationssüchtiger konservativer Politiker“. Das Museum in statu nascendi war bereits vor seinem „Geburtstag“ zu einem Streitfall geworden – auf politischer wie auf wissenschaftlicher Ebene.

Die politischen Kritiker, in vorderster Linie DIE GRÜNEN/Alternative Liste sowie Persönlichkeiten innerhalb der FDP und SPD, wenden sich gegen die – wie sie meinen – „undemokratische“ Art und Weise der Museumsgründung und verknüpfen damit die Befürchtung, in Berlin entstehe eine moralische Anstalt zur nationalen Sinnstiftung, eine konservative Indoktrinationsmaschinerie. Die wissenschaftlichen Gegner, etwa Hans Mommsen und Jürgen Habermas, prophezeien „ein künstliches Fossil des nationalstaatlichen 19. Jahrhunderts“, eine „bildungsbürgerliche Veranstaltung“ zur „Entsorgung der Geschichte“, zur Verharmlosung der nationalsozialistischen Vergangenheit – Argumente, die auch im sogenannten „Historikerstreit“ aufgetaucht waren.

II. Die Debatte hat Tradition

Warum jedoch birgt die zweifellos wichtige und nützliche Auseinandersetzung um das Projekt „Deutsches Historisches Museum“ soviel emotionalen Sprengstoff? Weshalb mobilisierten sich für und wider das Haus bereits im Vorfeld mehr Menschen mit Stellungnahmen, als entsprechend teure Bundesbauobjekte oder andere vergleichbare Kunstmuseumsprojekte sie jemals hervorrufen konnten?

Die deutsche Geschichte ist – und das unterscheidet uns sicherlich von manchen Nachbarn – hierzulande eine Frage von Gut und Böse, von Schuld und Sühne, mit einem Wort: von Moral. Diese ethische Bewertung von Vergangenheit ist jedoch nicht nur Konsequenz der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke), sondern sie hat – wie der Berliner Historiker Hagen Schulze¹⁾ dies kürzlich in einem Vortrag in Oxford dargelegt

hat – als Argument in politischen Debatten eine beachtliche Tradition. Schon bei den Beratungen in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 war sie Diskussionspunkt. Verfolgt man zusätzlich die Geschichte des Zweifels an der deutschen Identität und der Schwierigkeiten mit derselben, so landet man unweigerlich bei Friedrich Schiller, Heinrich Heine und Friedrich Nietzsche. In dem Augenblick also, in dem sich im Lauf des 18. Jahrhunderts Termini wie „Nationalgeist“, „Nationalcharakter“ oder „Nationalbewußtsein“ zu Schlüsselbegriffen entwickelten und dabei eine Verknüpfung von Vergangenheit mit Zukunftsprogrammen und Utopien (wer sind wir, woher kommen wir, wohin gehen wir?) implizierten, meldeten sich sofort die kritischen Stimmen zu Wort, wurde zudem das politische Thema zugleich eines, das unter historischen, unter philosophischen Gesichtspunkten diskutiert wurde.

¹⁾ In erweiterter Form wird der hier knapp umrissene Vortrag mit dem Titel „Was ist deutsche Geschichte?“ im Herbst 1988 in der Corso-Reihe des Siedler Verlags, Berlin, erscheinen.

Das Bemühen, ausgehend von einem Sprach- und Kulturbegriff „deutsch“ wegweisend Werte für eine politische und wirtschaftliche Einheit zu entwick-

keln, gelang nicht. Im Gegenteil: Der Deckmantel des so sehr emotionalen Slogans „national“ konnte zunehmend mißbraucht werden als Legitimation für die jeweilige Machtpolitik. 1945 allerdings zerbrach endgültig die Zukunftsvision von Nation. Eine mögliche Erinnerung an Nationalgeschichte war zum einen beschämend, zum andern untauglich als Prinzip für den Aufbau eines politischen und gesellschaftlichen Systems. Der „Verlust der Geschichte“ setzte ein, wie Alfred Heuss 1959 konstatierte, und eine Konzentration auf andere Schwerpunkte innerhalb der Geschichtswissenschaft erlebte Hoch- und Blütezeiten. Wirtschafts- und Sozial-, Regional- und Lokalgeschichte, „Geschichte von unten“ und „Alltagsgeschichte“ entwickelten sich zu populären Gebieten der Forschung mit dem Ansatz, auf diesen in Opposition zur Politik- und Staatsgeschichte stehenden Feldern „historische Kontinuität“ zu finden.

Dessen ungeachtet zog vor rund fünfzehn Jahren die deutsche Geschichte wieder in das politische Bewußtsein der Bundesbürger ein. Es war das Ende der Wirtschaftswunderzeit. Ein zufälliges Zusammentreffen? Das lebhafteste Interesse an historischen Ausstellungen wie „Rhein und Maas“ (1972 in Köln), „Kurfürst Max Emanuel — Bayern und Europa um 1700“ (1976 in München), „Staufer“ (1977 in Stuttgart), „Wittelsbacher“ (1980 in Bayern), „Preußen“ (1981 in Berlin) oder allerjüngst „Berlin-Berlin“ zur 750-Jahr-Feier der Stadt ist dabei nur *ein* Aspekt. Ein anderer schlägt sich in der enormen Nachfrage nach historischer Literatur nieder, ein dritter in der Vielzahl von Symposien, Tagungen und Veranstaltungen zum Thema Geschichte. „Mit dieser erneuten Wendung zur Geschichte“, meint Hagen Schulze in seinem aufschlußreichen Vortrag, „verbunden mit der zunehmenden Virulenz der deutschen nationalen Frage, wachsen die Gefahren. Wo wieder das Bewußtsein der Nation geweckt wird, da wuchern wie früher die Mythen und Legenden. Schon häufen sich Anzeichen für ein deutsches Sonderbewußtsein, für den Glauben, zwischen Ost und West in der Mitte Europas eine schicksalhafte Mission zu besitzen. Jetzt, da die lange Nachkriegszeit zu Ende gegangen ist und die Suche nach der nationalen Geschichte begonnen hat, ist es Sache

der Historiker, anders als ihre Vorgänger im 19. Jahrhundert politische Wünsche nicht zu befriedigen, sondern sie kritisch zu überprüfen. Der Entwurf eines einheitlichen, stromlinienförmigen Bildes der deutschen Nationalgeschichte ist heute nicht mehr möglich; die Traditionsbrüche und Diskontinuitäten sprechen ebenso dagegen wie die Erkenntnis, daß ein einheitliches nationales Geschichtsbild in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft erfolglos bleiben muß. Die Frage kann heute nicht mehr lauten: Was ist die deutsche Geschichte? Sie muß vielmehr lauten: Innerhalb welcher Grenzen können wir über deutsche Geschichte debattieren? Dabei ist deutlich, daß der deutsche Nationalstaat keineswegs, wie Richard v. Weizsäcker noch 1972 vor dem Deutschen Bundestag meinte, das Richtmaß deutscher Geschichte sein kann; wäre dies der Fall, gäbe es die deutsche Geschichte erst frühestens seit der Zeit, in der der Nationalstaat ein klar beschriebenes Ziel war, also nicht vor Beginn des 19. Jahrhunderts. Andererseits reichen durchaus Kontinuitäten in frühere Zeiten zurück, allen politischen Unterbrechungen zum Trotz. Der geographische Raum Mitteleuropa war gerade dadurch, daß er im Gegensatz zur europäischen Peripherie bis 1871 immer einem bunten Flickenteppich glich und seit 1945 wieder in mehrere Staaten zerfallen ist, in negativer Weise eine politische Einheit. Die Zersplitterung der europäischen Mitte war jahrhundertlang Voraussetzung des europäischen Gleichgewichts, mithin Sache aller europäischen Mächte; daraus folgt, daß die Geschichte dieses Raumes mit seinen vielfältigen, verwirrenden, einander überlagernden politischen Strukturen nur im Zusammenhang mit der Geschichte ganz Europas zu begreifen ist.

Die deutsche Geschichte muß also, um ihre Zusammenhänge zu finden, entnationalisiert werden. Das gilt auch für den zweiten Strang der historischen Kontinuität, die Kulturgeschichte . . . Nur im Zusammenhang mit der europäischen Kultur ist die Entwicklung der deutschen Sprache und der deutschen Literatur denkbar . . . Im europäischen Zusammenhang jedenfalls gewinnt die deutsche Geschichte, was ihr als Nationalgeschichte fehlt: Eigenart und Kontinuität.“

III. Zu den Aufgaben

Diese Ambivalenz zwischen „Eigenart und Kontinuität“ zu zeigen, wird das Arbeitsprinzip des Deutschen Historischen Museums sein. Mit dem Haus soll ein Zentrum entstehen, daß seine Besucher zur kritischen Auseinandersetzung anregen kann, aber auch Verstehen ermöglichen und Identifikationsmöglichkeiten anbieten soll. Nicht „gelehrter, sondern gewitzter“ solle der Besucher das Museum verlassen, schrieb einst Walter Benjamin. In diesem Sinn soll die zukünftige zentrale Diskussionsstätte den Wissens- und Erfahrungsstand des Neugierigen bereichern, seine historische Vorstellungskraft anregen und eigene selbständige Urteile erleichtern. Das Wechselbad auf dem Weg zu diesem Ziel wird eine Verbindung von Sachinformation, Anschauung, ja auch Unterhaltung sein, wobei zwei vorstellbare und befürchtete Ausrichtungen von vornherein ausgeschlossen sind: Das Museum wird weder „Weihestätte“ noch „Identifikationsfabrik“ sein.

In völliger Unabhängigkeit, ohne jegliche politische Weisungen oder Winke, entwickelten 16 Historiker, Kunsthistoriker und Museumsfachleute unterschiedlichster Ausrichtung *) eine Positionsschrift, die Grundlage des Deutschen Historischen Museums ist. Auch in Zukunft wird jene Denk- und Planungsgemeinschaft mit dem Schicksal des DHM verbunden sein. Als Beirat wird sie der allmählich wachsenden Institution zur Seite stehen.

Ausschließlich Aufgabe des Gründungsdirektors wird der Aufbau des Hauses in personeller Hinsicht

sein. Sein Sachwissen und das seiner Mitarbeiter sind entscheidend für die fachliche Qualität. Das heißt nicht, daß die Museumsarbeit im politisch luftleeren Raum stattfindet. Die Abhängigkeit von den im Parlament jeweils beschlossenen öffentlichen Haushalten hat das DHM mit allen städtischen oder staatlichen Museen gemein. Doch diese finanzielle Abhängigkeit impliziert genausowenig wie bei den vergleichbaren Instituten ein inhaltliches Gängelband.

Die Konzeption fordert vom DHM ausdrücklich, in Zukunft nicht ein einheitliches und schon gar nicht ein regierungsamtliches Geschichtsbild zu präsentieren, sondern stellt ihm die bislang noch nirgends unternommene Vorgabe, spiegelbildlich die konkurrierenden Geschichtsbilder unserer pluralistischen Gesellschaft zu reflektieren.

Um der doppelten Aufgabe gerecht werden zu können, einerseits grundlegende Strukturen und längerfristige Prozesse anschaulich werden zu lassen — wie etwa die Christianisierung, die Industrialisierung, die Frage nach den Bedingungen und Prozessen von Herrschafts- und Staatsbildung sowie die Frage nach Arbeit und Wirtschaft im Wandel der Zeit, um nur einige aus dem umfangreichen Katalog zu nennen —, andererseits konkrete Daten und Ereignisse zu visualisieren, sieht die Konzeption eine dreigeteilte Grundstruktur für die Räume der ständigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vor.

IV. Räumliche und inhaltliche Gliederung

Den inneren Kern bilden sogenannte „Epochenräume“. In ihnen „wandert“ der Besucher durch die Zeit. Wer darüber hinaus mehr über Ursachen und Wurzeln oder auch über die Rezeptionsgeschichte bestimmter Ereignisse wissen möchte, den laden „Vertiefungsräume“ zu gründlicherer Umschau und Reflexion, zum Innehalten und Stehenbleiben ein. Dort können internationale Verflechtungen

und Verbindungen studiert werden, dort kommen kontroverse Sichtweisen zu Wort. Chronologisch folgen die „Vertiefungsräume“ den Hauptumbruchphasen der europäischen Vergangenheit: „1200“ — „1300“ — „1800“ — „1914/18“ — „1933“ — „1945“.

Das dritte Angebot findet sich in den „Themenräumen“. Sie sind für immer wiederkehrende Fragestellungen vorgesehen, beispielsweise „Verhältnis der Geschlechter“, „Arbeit und Beruf im Wandel“, „Spiritualität, Religion und Kirchen“, „Die Entwicklung von Wissenschaft, Bildung und Schule“, „Das Recht, die Rechtsprechung und der Straf-

*) Der Kommission gehören folgende Mitglieder an: die Professoren Hartmut Boockmann, Gerhard Bott, Karl-Dietrich Erdmann, Horst Fuhrmann, Thomas Gaetgens, Lothar Gall, Werner Knopp, Jürgen Kocka, Richard Löwenthal, Heinrich Lutz (verstorben am 18. 5. 1986), Eberhard Roters, Hans-Peter Schwarz, Michael Stürmer und Rudolf Vierhaus sowie Wolf Jobst Siedler und Christoph Stölzl.

vollzug“. In diesen Räumen sollen langdauernde Lebensformen in ihren jeweils zeitspezifischen Besonderheiten erfahrbar werden.

Die Frage, was zur deutschen Geschichte gehört und was nicht, ist für verschiedene Perioden unterschiedlich zu beantworten. Zum einen ist die bereits weiter oben erwähnte kulturelle und sprachliche Zugehörigkeit relevant. Kriterien sind zum anderen aber auch das Selbstverständnis und das Zugehörigkeitsgefühl der Zeitgenossen. Scharfe Grenzziehungen, das stellt die Konzeption vom 24. Juni 1987 eindeutig und unmißverständlich fest, „sind weder möglich noch wünschenswert“. Das Hauptaugenmerk innerhalb der einzelnen Räume des DHM wird ohnehin mehr der Darstellung von Entwicklungen größerer Zusammenhänge und von Verflechtungen gelten, die sich keineswegs nationalgeschichtlich eingrenzen lassen. „Unsere Geschichte ist die deutsche Geschichte, zugleich aber immer auch mehr als diese“, heißt es in der Konzeption und weiter: „Infolgedessen kann die Darstellung der deutschen Geschichte sich nicht auf das

Gebiet beschränken, das heute von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR eingenommen wird. Charakteristisch für die deutsche Vergangenheit sind die sich ändernden Grenzen der von Deutschen besiedelten Gebiete in der Mitte Europas. Die Deutschen haben in einer Vielfalt von Staaten gelebt, und das deutsche Siedlungsgebiet war von einem Kranz aus Rand- und Mischzonen umgeben. Folglich wird das Deutsche Historische Museum die deutsche Geschichte in sich wandelnden Räumen darstellen . . . Dies zu zeigen heißt nicht, einen Anspruch auf wiederzubelebende Zugehörigkeiten oder Abhängigkeiten zu erheben; überdies muß es im Bewußtsein der wechselseitigen Prägung und Einflüsse geschehen . . . Der europäische Charakter der deutschen Geschichte ist zu betonen. Deshalb ist die Geschichte der heutigen Nachbarstaaten unter den Gesichtspunkten der politischen Beziehungen, des ökonomischen und kulturellen Austausches und des Konfliktes, zugleich aber in vergleichender Perspektive in die Darstellung einzubeziehen.“

V. Zur Sammlung von Objekten

Die Erfüllung dieser knapp skizzierten Aufgaben ist nur möglich in einer Darbietung von Objekten, die in ihrer Zusammenstellung oder Konfrontation mit anderen Gegenständen oder Medien Anstöße geben, begeisternde oder ernüchternde Signale aussenden. Warum aber — diese grundsätzliche Frage erhebt sich hier und da in der Diskussion um Sinn und Zweck des Deutschen Historischen Museums —, muß man zu diesem Behufe sammeln? Ließe sich denn nicht allen inhaltlich gesetzten Zielen mit einer groß angelegten Reihe geschichtlicher Ausstellungen nachkommen? Zweifellos sind große Ausstellungen wichtig. In hohem Maß sogar. Doch der Komplex „Wechselausstellung“, der ins Programm des DHM gehören wird wie das Salz in die Suppe, soll später zur Sprache kommen. Zunächst zurück zum Stichwort „Sammlung“, das heißt zum Bewahren, Restaurieren, Konservieren und zum wissenschaftlichen Bestimmen von „interessanten Gegenständen, die sonst keinen Ort haben“²⁾, die dem Vergessen anheimfallen würden.

Welch elementare direkte Wechselbeziehung zwischen Sammlung und Ausstellung besteht, darauf

weist der erfahrene Berliner Museumsman Eberhard Roters, bis vor kurzem Direktor der Berlinischen Galerie, in seinem Aufsatz „Kein Nachwort — ein Vorwort“³⁾ hin. Er nennt das Verhältnis von „Sammlung und Ausstellung „eine Korrespondenz, einen Austausch, ein ständiges Geben und Nehmen. Ohne eine eigene Sammlung kann eine Kunstinstitution heute kaum mehr eine weltbedeutende Ausstellung veranstalten, denn die Sammlung ist das Kapital des Museums und nicht nur des Museums, sondern der Kommune. Rein äußerlich gibt sich das dadurch zu erkennen, daß der internationale Leihverkehr zwischen den Museen fast nur noch als striktes Geschäft auf Gegenseitigkeit funktioniert . . . Der vitale Zusammenhang zwischen Sammlung und Ausstellung ist den Lebensbedingungen eines Rosenstrauchs vergleichbar. Wer die Blüte haben will, muß den Wurzelstock pflegen.“

Diese Pflege ist für das Deutsche Historische Museum eine Aufgabe, der in den kommenden Jahrzehnten nachgegangen wird: auf dem Markt, aber auch bei Aktivierung von Solidarität mit dem DHM von der Seite der anderen Museen. Denn die

²⁾ Hartmut Bockmann, Weder Lehrbuch noch Posterschau, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27. 11. 1986.

³⁾ Veröffentlicht in: Museumsjournal, Nr. 3, Januar 1988, herausgegeben vom Museumspädagogischen Dienst Berlin.

Sammlungen der öffentlichen Hand sollten im Idealfall keine Erbhöfe, auch keine Ellenbogenkonkurrenten sein. Sie alle, wo auch immer tätig, hüten und vermehren öffentlichen Besitz. Dem Steuerzahler, der die Arbeit ermöglicht, wäre es wahrscheinlich kaum klarzumachen, warum manche Individuen mit letztlich gleichem kulturpolitischen Auftrag sich wie auf freier Wildbahn verhalten. Anstelle von Konkurrenz strebt das DHM deshalb Kooperation an. Etwa bei der Sicherung des manchmal Entgleitenden oder bei der gemeinsamen Konservierung besonders gefährdeter Gegenstände. In den Rahmen dieser anvisierten Kooperation fällt der Kontakt mit allen Museen im Bundesgebiet. Sie sind, das wissen Fachleute natürlich, allesamt „Eisberge“. Nur ein geringer Prozentsatz der angesammelten Objekt-Masse steht im Blickfeld, der Großteil lagert unter der Oberfläche — in den Depots.

Wäre es nicht denkbar und sinnvoll, manches davon als — stets kündbare, befristete, vielleicht auch

lang gewährte — Leihgabe in Berlin zu zeigen? Dieser Traum, das DHM unter anderem auch zu einem Schaufenster für bislang verborgene Schätze — wobei dies freilich nicht auf den Versicherungswert gemünzt ist — werden zu lassen, ist in erster Linie Angebot und nicht etwa, wie besorgte Politiker und Museumsleute aus dem einen oder anderen Bundesland voller Pessimismus argwöhnen, Aufforderung zum Beutezug. Anders als bei herkömmlichen historischen Museen, deren Anfänge zumeist ins 19. Jahrhundert zurückreichen⁴⁾, anders auch als bei dem 1952 gegründeten Museum für Deutsche Geschichte im Ostberliner Zeughaus Unter den Linden wird es dem DHM kein Anliegen sein, möglichst komplette Spezialsammlungen aufzubauen, etwa Münzkabinette oder Waffensammlungen. Was sagt das Objekt? Wie bringen wir es zum Sprechen? So lauten die Fragen, die sich vor Erwerbungen stellen, wobei zusätzlich darauf geachtet wird, daß die Gegenstände in möglichst vielfältigen Zusammenhängen gesehen werden können.

VI. Das Deutsche Historische Museum als Katalysator

Sammlung, aber auch Forschung sind neben der Präsentation zentrale Gebiete dieses wie jedes anderen Museums. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Gegenständen und Themen soll jedoch in einem hohen Maß öffentlich diskutiert werden. Aus diesem Grund strebt das DHM an, sich zu einem Zentrum für Workshops und Symposien auf dem Gebiet der Geschichtsvermittlung zu entwickeln.

In Einklang mit diesem Ziel, eine Diskussionsstätte zu werden, an der zentrale Fragestellungen im Dialog mit den historischen Objekten aufgeworfen werden können, wo Fäden verknüpft, aber auch Impulse für eine allgemeine und medienübergreifende Auseinandersetzung über den jeweiligen Gegenstand ausgehen sollen, steht die Verpflichtung, Wechselausstellungen zu veranstalten. Damit wird das DHM zunächst — das heißt im kommenden Jahrzehnt im Martin-Gropius-Bau — auftreten. Die Wechselausstellungsräume werden im zuerst errichteten Komplex des Neubaus sein. Aber auch nach der Vollendung des Gebäudes für die ständi-

gen Sammlungen werden die Wechselausstellungen notwendiges Spielbein zum Standbein sein.

Warum? „Sie müssen sein, denn auch sie verleihen Glanz“, meint Eberhard Roters⁵⁾. Sie müssen aber auch aus anderen Gründen sein: Nur große Themen, die sehr anspruchsvoll gesetzt sind, ziehen hochqualifizierte Helfer an, deren Wissen und Können den Fundus liefern für die Gestaltung der Museumsräume. Nur große Themen bringen das kulturpolitisch fruchtbare Spiel von These und Antithese, von Verifizierungen und Falsifizierungen, von Zustimmung und Widerspruch in Gang, das später auch das Gesicht des Museums prägen soll.

Mit dem Bereich „Wechselausstellungen“ sieht das DHM ein Podium vor, das von vielen benutzt werden kann. Etwa von einzelnen deutschen Regionen und Ländern, von Nachbarregionen oder Nachbarländern. Auf dieser Bühne können freie Ausstellungsmacher und „Gastregisseure“ ebenso wirken wie freie Gruppen, z. B. Geschichtswerkstätten oder Vereine. Denkbar ist aber auch, daß andere

⁴⁾ Vgl. Hartmut Boockmann, *Geschichte im Museum?*, München 1987.

⁵⁾ Vgl. Anm. 3.

Museen, vielleicht sogar im Dialog, sich vorstellen oder mehrere Ausstellungen zu ein- und demselben Themenkomplex ausrichten. Sicherlich werden Wechselausstellungen zu bestimmten Anlässen inszeniert. Andererseits bietet sich hiermit die Möglichkeit, den europäischen Aspekt des Unternehmens zu unterstreichen.

Vielleicht macht die bislang geschilderte Fülle und das Volumen des lediglich kurz und oberflächlich gestreiften Vorhabenprogramms plausibel, daß die Sachverständigenkommission, die seit 1985 über das Positionspapier nachsann, ein ansehnliches Raumprogramm vorschlagen mußte. Der Flächenbedarf von 36 000 Quadratmeter Nutzfläche (nicht zu verwechseln mit der Ausstellungsfläche) ist nicht — um Mißverständnisse auszuräumen — eine Vorgabe der Politiker, sondern der inhaltlichen Planer.

Folgende Überlegungen waren Grundlage für die Raumvorstellung und Maßgabe für den Architekturwettbewerb, der im März 1988 zu Ende gehen wird. Als notwendig wurden für 13 verschiedene Bereiche Räume mit folgenden Quadratmetern erachtet:

1. Empfangsbereich	ca. 2 000 qm
2. Ständige Ausstellung	ca. 16 000 qm
3. Wechselausstellungen und Veranstaltungen	ca. 5 000 qm
4. Seminarraum, Diskussionsforum (als Fernsehstudio nutzbar)	ca. 500 qm
5. Kindermuseum, Museumspädagogik	ca. 700 qm
6. Besucherbibliothek und Videothek	ca. 400 qm
7. Verwaltung, Forschung und Sammlung	ca. 2 540 qm
8. Werkstätten	ca. 2 450 qm
9. Fundus für Ausstellungsmaterialien	ca. 500 qm
10. Zwischen- und Hauptdepot für Museumsbestände	ca. 5 000 qm
11. Kino und Vortragssaal	ca. 300 qm
12. Restaurant	ca. 600 qm
13. Hausmeisterwohnungen	ca. 300 qm
	<u>36 290 qm</u>

Ist das zuviel?

Sicher wird es schwierig sein, alles Gezeigte, Wechselausstellungen und ständige Schausammlungen der gesamten Ausstellungsfläche bei einem einmaligen Besuch zu erfassen. Doch wer verlangt dieses? Wer meint denn, alle Abteilungen des Deutschen Museums in München mit einer reinen Ausstellungsfläche von 45 000 Quadratmetern bei einem einzigen Rundgang erleben zu müssen? Nimmt ein Museum den Gesichtspunkt „Einmal besucht — alles konsumiert“ zur Richtschnur, dann müßte das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg mit einer Ausstellungsfläche von 27 000 Quadratmetern schließen, ganz zu schweigen vom Metropolitan Museum in New York oder dem British Museum in London. Niemand käme auf die Idee, jetzt plötzlich vom jüngst gebauten Wallraf-Richartz-Museum in Köln (gesamte Nutzfläche: 25 000 qm) Dezentralisierung zu verlangen. Wer bei einem Mal gleich alles im Griff oder Blick haben möchte, dem sei abgeraten, den Museumskomplex in Berlin-Dahlem zu besuchen. Museen dieser Größenordnung sind mit Zeitungen zu vergleichen. Sie bieten viel Information und jede Menge Neuigkeiten, doch keiner wird gezwungen, alles von der ersten Schlagzeile bis zur letzten Kinoanzeige zu lesen.

Das Angebot sollte so vielfältig sein, wie nur irgend möglich. Die Auswahl bleibt dem Benutzer überlassen. Diese Maxime machen und machten sich vor allem die Museumsplaner in Frankreich zu eigen, von denen wahrscheinlich so mancher Anstoß zu Museumsgründungen im Bundesgebiet gekommen sein dürfte. Das Centre Pompidou hat eine Ausstellungsfläche von 35 500 Quadratmetern (gesamte Nutzfläche: 100 000 qm). 150 000 Quadratmeter mißt allein die Ausstellungsfläche des ab Frühjahr 1986 sukzessive eingeweihten Museums für Forschung und Technik „Cité des Sciences et de l'Industrie“ in den ehemaligen Schlachthofhallen von La Villette im Norden von Paris. Im Musée Gare d'Orsay in Paris, das im Dezember 1986 eröffnet worden ist, wird einzig und allein Kunst des 19. Jahrhunderts gezeigt — auf einer Dauerausstellungsfläche von 15 050 Quadratmetern (Gesamtfläche: 42 875 qm). Der Louvre in Paris erhält einen neuen Eingangsbereich, der insgesamt allein schon 55 692 Quadratmeter umfassen wird.

Verglichen mit diesen Objekten wahrhaft „nationaler“ Repräsentation, nimmt sich das Raumvorhaben des Deutschen Historischen Museums geradezu bescheiden aus.

VII. Geschichte der Idee und gegenwärtiger Stand

Nach der inhaltlichen Vorstellung des Deutschen Historischen Museums nun einige Bemerkungen zur Entstehungsgeschichte. Die weitverbreitete Vorstellung, das Deutsche Historische Museum sei die alleinige Erfindung von Bundeskanzler Helmut Kohl, ist zu relativieren. Der Bundeskanzler setzte sich von 1984 an zwar mit sehr großem persönlichen Engagement für das Projekt ein; der erste Gedanke über die Notwendigkeit eines „Museums für deutsche Geschichte“ aber wurde schon 1973 in Berlin formuliert — zu einer Zeit, da mit Klaus Schütz als Regierendem Bürgermeister von Berlin die SPD die Geschicke dieser Stadt bestimmte.

Am 26. Oktober 1973 veröffentlichte Jürgen Engert (heute Chefredakteur beim Sender Freies Berlin) in der Wochenzeitung „Christ und Welt“ einen Aufsatz mit dem Vorschlag, als Antwort auf das Museum für Deutsche Geschichte im Ostberliner Zeughaus — ein Haus, das den Auftrag hat, ein Propaganda-Institut zu sein und dessen Gegenstandspräsentation Hartmut Boockmann als beliebige Aneinanderreihung von „Surrogaten jeder Art, freien Erfindungen und gelegentlich auch wirklichen Relikten aus älteren Jahrhunderten“ analysiert — in West-Berlin ein Museum für Deutsche Geschichte einzurichten: „Deutschland ist in zwei Staaten getrennt, verklammert nur noch durch die Einheit der Nation“, schrieb Engert damals. „Sie aber wird zu einem Schlagwort ohne Inhalt werden, wenn es nicht gelingt, das Gefühl für Gemeinsamkeiten über Grenzen wachzuhalten. Ein Museum für deutsche Geschichte ist deshalb auch von diesem Blickwinkel her von höchster Aktualität . . . Ein Museum für deutsche Geschichte wäre geeignet, Geschehenes in Zusammenhänge zu bringen . . . Die SED versucht, die deutsche Geschichte für ihre Zwecke zu okkupieren. Ihr nationaler Alleinvertretungsanspruch, der gegenwärtig noch defensiv ist, wird eines Tages offensiv gegenüber der Bundesrepublik formuliert werden, und dafür sollte man gerüstet haben.“

Vorausgegangen war 1971 die Einrichtung der Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin mit dem Titel „Fragen an die Deutsche Geschichte“, dessen planerische Vorstufen in noch eine weitere Vergangenheit zurückreichen. 1972 wurde das lang umstrittene „Historische Museum“ in Frankfurt eröffnet. Der erste Politiker, der ein Traditionsbewußtsein in der Bundesrepublik vermißte und in der

Absicht, ein Gegenbild zur DDR-Geschichtsschreibung zu lancieren, den Anstoß zu einer Museumsgründung gab, war Bundespräsident Gustav Heinemann. Auf seine Initiative hin wurde die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt“ vom Bundesarchiv in Koblenz eingerichtet und am 28. Juni 1974 eingeweiht.

Die Idee einer Dokumentation und Präsentation der ganzen deutschen Geschichte wurde aber vor allem in Berlin weiterverfolgt, so 1978 von dem SPD-Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe. 1979 äußerte zudem Bundespräsident Walter Scheel Gedanken über eine Dauerausstellung zur deutschen Geschichte. „die das positive Erbe, aber auch die schweren Belastungen der deutschen Vergangenheit darstellen und einem breiten Publikum zugänglich machen sollte“⁶).

Peter Jochen Winters brachte das Thema am 15. August 1981 (dem Tag der Eröffnung der Preußen-Ausstellung) in die öffentliche Diskussion. Ausgehend vom überraschend großen Echo des Preußen-Projekts und mit eindeutigem Bezug auf die „zwei voneinander getrennten Staaten gegensätzlicher politischer Ordnung“ plädierte der Autor in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für die Errichtung eines historischen Museums: „Die Zeit ist reif, in Berlin — und nur in Berlin — ein repräsentatives Museum für deutsche Geschichte zu gründen und in ihm vor allem eine ständige Ausstellung über die Geschichte des deutschen Volkes von den Anfängen der Vor- und Frühgeschichte bis in unsere Tage einzurichten . . . Es geht darum, mit allem Aufwand an historischer Gewissenhaftigkeit eine breite, jede Einseitigkeit vermeidende, differenzierte Darstellung der deutschen Geschichte zu präsentieren, die neben den politischen auch die wirtschaftlich-sozialen, kulturellen, wissenschaftlich-technischen, religiösen und militärischen Aspekte unserer Historie berücksichtigt. Eine solche Geschichtsschau . . . ist geeignet, das Geschichtsbewußtsein einer breiten Öffentlichkeit wachzuhalten. Die Einrichtung eines historischen Museums in Berlin wäre ein Beitrag zur Aufrechterhaltung und Festigung der Geschichts-, Gefühls-, Sprach- und Kulturgemeinschaft aller Deutschen, kurz: der Einheit der deutschen Nation.“

⁶) Zitiert nach Hans Mommsen, in: Gd-aktuell, (1986)3, S. 310.

Mit Richard von Weizsäcker als Regierendem Bürgermeister begann der Senat aktiv mit Planungen und Vorbereitungen; eine breite öffentliche Diskussion kam alsbald in Gang. Auf Einladung des Senators für Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten verfaßten im Januar 1982 die vier Historiker Hartmut Boockmann, Eberhard Jäckel, Hagen Schulze und Michael Stürmer eine Denkschrift, „ob und wie ein Deutsches Historisches Museum in Berlin aufzubauen sei“. Die Berliner Morgenpost wurde zum Forum einer lebhaft geführten Debatte. Zwar diskutierte am 27. Oktober 1982 der Deutsche Bundestag über Pläne für ein Berliner Museum für deutsche Geschichte, doch die Ausarbeitung der Idee wurde nur in Berlin weiterverfolgt.

Der damalige Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, Stephan Waetzoldt, verfaßte im Januar 1983 auf Veranlassung des Berliner Senats eine museumspraktisch orientierte Denkschrift. Im Herbst desselben Jahres veranstaltete im Reichstagsgebäude der Senator für kulturelle Angelegenheiten, Volker Hassemer, das erste Hearing zur „Konzeption eines Forums für Geschichte und Gegenwart“ als Vorschlag zur Nutzung des Berliner Martin-Gropius-Baus. Nach 1984 engagierte sich — wie bereits erwähnt — Bundeskanzler Kohl in zunehmendem Maß und kündigte im „Bericht über die Lage der Nation“ vom Februar 1985 an, die Bundesregierung werde der Stadt Berlin zum 750. Geburtstag ein „Deutsches Historisches Museum bauen und einrichten“.

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus reagierte sofort und setzte am 18. Mai 1985 eine Kommission ein, um ein Konzept für ein „Museum für Geschichte und Kultur“ zu erarbeiten. Einiges davon ist eingegangen in die heute gültige Grundlage des Deutschen Historischen Museums, in die Konzeption, mit deren Ausarbeitung am 7. Oktober 1985 16 namhafte und unabhängige Historiker und Museumsfachleute von der Bundesregierung und dem Land Berlin beauftragt wurden. Diese Schrift wurde am 21. April 1986 dem Bundeskanzler übergeben, am 28. April 1986 zunächst auf einer Bundespressekonferenz und anschließend in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. 3 000 Exemplare des ersten Entwurfs wurden zudem Ende April 1986 an fachkundige Persönlichkeiten, an Institutionen und an alle Parlamentarier des Bundes und Berlins sowie an Vertreter der Bundesländer versandt, die sich zum Teil schriftlich äußerten oder sich in einer der drei Anhörungen bis zum März 1987 zu Wort meldeten. Zusätzlich veranstaltete die SPD am

2. Juni 1986 ein Hearing in Bonn, die Alternative Liste organisierte ein weiteres in Berlin. Der erste Entwurf zur Konzeption des DHM war auch Thema auf dem Historikertag im Oktober 1986 in Trier. Die Stellungnahmen sind in das endgültige Gutachten der Sachverständigenkommission eingeflossen, die die Schrift am 24. Juni 1987 dem Bundeskanzler und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, überreichte.

Auf bundespolitischer Ebene war das Procedere folgendes: Vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Oscar Schneider, wurde der Innenausschuß informiert (15. November 1985). Ihm sowie den Mitgliedern des Innenausschusses lag am 23. April 1986 die erste Fassung der Konzeption vor. Im Bundestag wurde im Juli 1986 im Rahmen einer Großen Anfrage der GRÜNEN und am 4. Dezember 1986 während der Plenardebatte zur Kulturpolitik darüber diskutiert. Sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundestags waren zu den beiden Hearings eingeladen, die am 8./9. Dezember 1986 und am 16./17. März 1987 in Bonn zur Museumskonzeption von der Sachverständigenkommission veranstaltet wurden. Daran nahmen nicht alle Parteien teil. Im Zuge der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag der Jahre 1986, 1987 und 1988 wurde der Haushalt der beiden Museen, des Hauses der Deutschen Geschichte in Bonn sowie des DHM in Berlin verabschiedet. Am 18. März 1987 sagte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag „In Bonn entsteht ein Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin ein Deutsches Historisches Museum. Die deutsche Geschichte soll so dargestellt werden, daß sich die Bürger darin wiedererkennen — offen für kontroverse Deutungen und Diskussionen, offen für die Vielfalt geschichtlicher Betrachtungsmöglichkeiten. In einer freien Gesellschaft gibt es nach unserer Überzeugung kein geschlossenes und schon gar nicht ein amtlich verordnetes Geschichtsbild. Niemand — niemand! — hat das Recht, anderen seine Sicht und seine Deutung der Geschichte aufzudrängen.“

Die Bundesregierung informierte am 13. August 1987 die Vorsitzenden der Fraktionen im Deutschen Bundestag und in den Ländern über die überarbeitete Museumskonzeption. Zudem wurde sie allen Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses zur Verfügung gestellt. Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen wurde am 17. Oktober 1987 unterrichtet. Auf Länderebene beschloß die Ministerpräsidentenkonferenz am 22./23. Oktober 1987 auf Vorschlag der Ständigen Konferenz der Kultus-

minister der Länder, die Grundkonzeption der Sachverständigen sei eine geeignete Grundlage für den Aufbau des Museums.

Am 28. Oktober 1987 wurde das Museum im Rahmen eines Festaktes im Reichstagsgebäude in Berlin gegründet. Als Einstandsgabe überreichte der Bundeskanzler dem Museum ein Exemplar der ersten Ausgabe des „Liedes der Deutschen“ von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, veröffentlicht am 1. September 1841 von Julius Campe in Hamburg.

Nach dem politischen Glanz der Eröffnungszereemonie und dem großen publizistischen Echo, mit dem das Ereignis kommentiert worden ist, beginnt nun die Phase zäher und beharrlicher Arbeit an der

Verwirklichung. Provisorische Unterkunft für das bislang kleine Aufbauteam sind zwei Räume im Berliner Martin-Gropius-Bau. Als endgültige Trägerorganisation ist für die Zukunft eine Stiftung vorgesehen. Modelle wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin oder das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg könnten Vorbild sein. Für den Aufbau haben die Bundesrepublik und das Land Berlin eine GmbH gegründet, deren Aufsichtsrat aus 14 Mitgliedern besteht, von denen die Hälfte aus Berlin kommt, die andere Hälfte sind Vertreter von Bundesministerien. Die Bundesregierung hat die Länder gebeten, Vorschläge zur endgültigen Trägerschaft zu entwickeln. Von vornherein war die Initiative des Bundes darauf begrenzt, das Museum auf den Weg zu bringen.

VIII. Der Standort

Zu den umstrittenen Punkten des DHM gehört auch sein zukünftiger Berliner Standort am Ufer der Spree, zwischen der Kongreßhalle und der Moltkebrücke, schräg gegenüber vom Reichstag und vis-à-vis der Schweizerischen Gesandtschaft⁷⁾. Dieses Gebäude, 1870 errichtet und 1910/11 erweitert, legt als letztes noch erhaltenes Haus Zeugnis ab von der einstigen Wohnbebauung des seit 1845 im sogenannten Spreebogen entstandenen Alsen-Viertels. Auch vom Bau des ehemaligen Preußischen Generalstabs, in der Zeit des Nationalsozialismus Reichsministerium des Innern, 1867 gebaut und 1873 erweitert mit Orientierung an der „Berliner Traufhöhe“ von 22 Metern, steht kein Stein mehr. Die ersten Zerstörungen der alten Anlage am „Königsplatz“ vor dem Reichstag (heute „Platz der Republik“) setzten 1938 ein mit den Abrißarbeiten im Zuge der Planungen von Albert Speer für eine gigantische Neugestaltung der Reichshauptstadt. In den Kriegsjahren 1943 bis 1945 wurde das Quartier zu einem Großteil Opfer der Luftangriffe und der Kämpfe um das Regierungsviertel. Nach Kriegsende sprengte man überdies die meisten Gebäude Reste, so auch 1951 die Ruinen der Krolloper und 1958 die des Generalstab-Gebäudes. Jenes Gelände — heute eine wildwüchsige Grünzone, die sich an den Tiergarten anschließt, wo nur noch

Rudimente der ursprünglichen Platzgestaltung zu erkennen sind — gehört mit zur Grundfläche des künftigen Deutschen Historischen Museums.

Gerade weil der Bauplatz zu den historisch bedeutungsvollen Orten mit einem wechselvollen Schicksal in Berlin gehört, eignet er sich in unseren Augen als Stelle für einen Bau, dessen Aufgabe es ja sein soll, die Erinnerung wachzuhalten.

Das zukünftige Museumsgebäude wird als Bundesbaumaßnahme errichtet. Dazu hat im August 1987 die Bundesbaudirektion einen offenen nationalen Architektenwettbewerb mit internationaler Beteiligung ausgelobt. Bis zum 5. März 1988 sind die Entwürfe bei der Bundesbaudirektion abzugeben. Das Museumsgebäude soll in Bauabschnitten errichtet werden. Der erste Bauabschnitt umfaßt etwa 24 000 Quadratmeter Hauptnutzfläche, die Baukosten werden auf 250 Mio. DM geschätzt. Mit dem zweiten Bauabschnitt, der nach heutigen Vorstellungen etwa 130 Mio. DM kosten wird, soll ab dem Jahr 2000 begonnen werden. Damit kein Stückwerk entsteht, soll der Entwurf des Gebäudes aber von vornherein auf die endgültige Größe hin angelegt werden. Noch in dieser Legislaturperiode soll der endgültige Bauentwurf fertiggestellt werden. Der Baubeginn ist für 1992 vorgesehen.

In diesem Zusammenhang soll noch auf ein letztes Argument aus den Reihen der Kritiker eingegangen werden. Es besagt: Wenn schon die Gründung un-

⁷⁾ Zur städtebaulichen Analyse des Standortes siehe: Auslobungstext Wettbewerb Deutsches Historisches Museum, Bundesbaudirektion Berlin, 1987, S. 34–38 und S. 62–84.

umgänglich ist, warum kann dann nicht das Reichstagsgebäude diese Institution beherbergen? Der Reichstag symbolisiert in den Augen des Bundestags (und seines Präsidenten, Philipp Jenninger, dem Hausherrn des Reichstags) wie in den unsrigen die Tradition des deutschen Parlamentarismus. Zwar kann seit dem Viermächteabkommen über Berlin (1971) der Bundestag als Plenum dort nicht mehr tagen, doch als Stätte für zahlreiche Fraktions- und Ausschußsitzungen wird der Reichstag auf politischer Ebene ständig genutzt. Außerdem beherbergt der Reichstag die Büros der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Der Reichstag ist nach wie vor also ein außerordentlich aktives politisches Haus.

Abgesehen von diesen politischen Bedenken sprechen zwei pragmatische Gesichtspunkte gegen eine Nutzung des Reichstagsgebäudes für das künftige Deutsche Historische Museum: Einerseits wurde

im Lauf der Planungen eine Vielzahl von neuen Museumsgedanken- und Vorstellungen entwickelt — beispielsweise im Bereich der Didaktik, der Ausstellungstechnik, beim Einsatz von Medien —, deren Realisierung der Institution die Chance gäben, zu einem wegweisenden Prototyp auf dem Gebiet von Museumseinrichtungen zu werden. Das Haus ist als multifunktionales Museumszentrum geplant mit Platz und Spielraum für Experimente und neue Formen. Ein Arrangement mit dem vorgegebenen Grundriß und der kaum zu verändernden Statik des Reichstags ist undenkbar. Andererseits stellt der 1894 nach den Plänen von Paul Wallot errichtete Reichstag allein schon durch seine Höhe von heute ca. 40 Metern einen wilhelminisch-pompösen Monumentalbau dar, der keineswegs dem aufklärerischen, republikanisch-demokratischen Geist entspricht, in dem wir heute Geschichtsdarstellung anstreben.

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Strukturgeschichtliche Darstellung im Museum

Das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ wird nach allen vorliegenden Plänen 1992/93 in Bonn eröffnet werden. Den entscheidenden Anstoß zur Realisierung dieses bereits Ende der siebziger Jahre innerhalb des Bundesministeriums des Innern diskutierten Projektes gab Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982: „Unsere Republik, die Bundesrepublik Deutschland, entstand im Schatten der Katastrophe. Sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte. Wir wollen darauf hinwirken, daß möglichst bald in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet

der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation.“

Etwa auf der Hälfte der Wegstrecke seit dieser Erklärung bis zur Eröffnung haben die vorbereitenden Arbeiten inzwischen einen Stand erreicht, der Anlaß zu diesem Zwischenbericht ist. Darüber hinaus kommen wir dabei auch gerne dem erfreulicherweise breiten Interesse der Öffentlichkeit nach, das die Errichtung des Hauses der Geschichte begleitet. Die folgenden Ausführungen wollen die bisherige Entstehungsgeschichte des Hauses zusammenfassen sowie Zielsetzungen und Aufgaben, Stand der Arbeiten und Pläne skizzieren.

I.

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland soll im Regierungsviertel der Bundeshauptstadt ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum werden. Es ist ein Angebot an die jährlich fast 400 000 Bonn-Besucher, von denen viele die Verfassungsorgane des Bundes, namentlich Bundestag und Bundesrat, in ihrer Arbeit erleben und bei denen Interesse an historisch-politischen Informationen zur Bundesrepublik vorausgesetzt werden kann. Ein Besuch des Hauses der Geschichte ist in diesem Zusammenhang geeignet, Kenntnisse über die jüngere Geschichte unseres Landes zu vermitteln; er kann historisches Bewußtsein fördern und Anstöße zur Besinnung über die Entstehungsgeschichte unserer Gegenwart geben.

Aufgrund der Regierungserklärung berief der Bundesminister des Innern 1983 eine unabhängige Sachverständigenkommission mit den Universitätsprofessoren Dr. Lothar Gall (Frankfurt), Dr. Klaus Hildebrand (Bonn), Dr. Horst Möller (Erlangen) und Museumsdirektor Dr. Ulrich Löber (Koblenz) und erteilte ihr den Auftrag, eine erste inhaltliche Konzeption für das Haus der Geschichte der Bun-

desrepublik Deutschland zu entwickeln, den zeitlichen Rahmen für die Präsentation genauer abzustimmen sowie Hinweise zur didaktischen Konzeption zu geben.

Die von der Kommission erarbeitete Fassung des Gutachtens wurde Ende 1983 der Öffentlichkeit vorgestellt und an die Länder sowie an über hundert gesellschaftliche Gruppen (Kirchen, Parteien, Verbände etc.), Institutionen und Einzelpersonen mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Auf diese Weise wurde eine breite Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit sichergestellt. Die SPD-Bundestagsfraktion führte im Mai 1984 ein Hearing zum Gutachten durch, dessen Ergebnisse — positive wie negative Stellungnahmen — ebenfalls veröffentlicht wurden.

Kritik und Anregungen wurden von der Sachverständigenkommission eingehend geprüft und zu erheblichen Teilen in die letzte, im Juli 1984 veröffentlichte Fassung des Gutachtens eingearbeitet. Dieses im Jahr 1985 auch vom Bundeskabinett ge-

billigte Gutachten ist die wesentliche konzeptionelle Arbeitsgrundlage für die Realisierung des Hauses der Geschichte und muß darum näher erläutert werden. Dabei ist vorab zu betonen, daß — natürlich — ein erstes Gutachten über die Konzeption eines Museums keineswegs dessen Inhalte detailliert oder umfassend beschreiben oder gar den Charakter eines Text- oder Drehbuches zur musealen Realisierung vorwegnehmen kann. Es ist beinahe überflüssig, darauf hinzuweisen, daß jede museale Realisierung auch die Verfügbarkeit von Exponaten sowie ausstellungsgestalterische, museumsdidaktische, medientechnische und weitere

Gesichtspunkte — nicht zuletzt übrigens auch jene der innenarchitektonischen Rahmenbedingungen — berücksichtigen muß.

Freilich muß von einer inhaltlichen Konzeption abgesehen werden, wenn die museale Realisierung in Angriff genommen wird. Wenn die Exponate die Inhalte bestimmen, dominieren allzuleicht Schaufeffekte, und das wissenschaftliche Fundament könnte beeinträchtigt werden, wenn nicht gar ganz verlorengehen — keine geringe Gefahr, der manche Ausstellung erliegt, obwohl sie es eigentlich nicht dürfte.

II.

Absicht und Ziel des Gutachtens war, „die in der Ausstellung zu behandelnden Themenkomplexe im Zusammenhang zu umreißen“¹⁾. Wie stellt sich nun der inhaltliche und zeitliche Rahmen der ständigen Ausstellung dar?

Im Mittelpunkt steht die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einer die Vergangenheit mit ihrem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erbe umfassend integrierenden Betrachtungsweise. Auch der Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes und die Einbindung der Bundesrepublik in Tradition und Entwicklung der westlichen Welt gehören in diesen Zusammenhang.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es, wie die Sachverständigen in ihrem Gutachten besonders hervorheben, „der engen Verbindung von politischer Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Geistes- und Mentalitätsgeschichte und nicht zuletzt der Geschichte der sogenannten materiellen Kultur, der Entwicklung der alltäglichen Lebensformen und Lebensbedingungen: Sie präsent und anschaulich zu machen und den Besucher nicht nur mit vergangener Politik, sondern stets zugleich auch mit vergangener Lebenswelt zu konfrontieren, gehört nach Meinung der Kommission zu den großen Herausforderungen des Vorhabens. Die Darstellung müßte sich also gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen bewegen und diese immer wieder aufeinander beziehen.“

Die politische Geschichte in engerem Sinne soll den „Orientierungs- und Leitsektor“ bilden, aber „nicht, weil ihr generell die dominierende Rolle im geschichtlichen Leben zukommt, sondern weil sie aus unmittelbar einsichtigen Gründen die äußeren Marksteine der Entwicklung setzt und darüber hinaus in Aktualisierung und anlaßbedingter Diskussion bestimmter Fragen zentrale Problemfelder markiert“ (Gutachten, S. 2).

Diese Hinweise auf eine politikgeschichtlich orientierte *Gliederung* des Konzeptes sind immer wieder mißverstanden oder mißinterpretiert worden, wenn hieraus die Dominanz der Politikgeschichte über andere historische Erfahrungsebenen abgeleitet wurde. Doch soll und wird eine solche Dominanz vermieden werden, weil das Konzept des Hauses der Geschichte durchlässig und offen gehalten werden kann für die verschiedensten Aspekte sozial-, wirtschafts-, kultur-, kunst- und mentalitätsgeschichtlicher Prägung. Die Geschichte der Bundesrepublik ist eben am ehesten nach ihrer politischen Entwicklung in kürzere Phasen zu unterteilen, was aber nicht bedeuten muß, daß die Politikgeschichte andere historische Betrachtungsebenen zwangsläufig dominiert. Sozial-, wirtschafts-, kultur-, mentalitäts- und kunstgeschichtliche Aspekte unterliegen Veränderungen in längerfristigen Zeiträumen als die gewissermaßen kurzatmigere Politikgeschichte. Es ist darum geradezu eine besondere Chance dieses Konzeptes, politikgeschichtliche Phasen durch Perioden der Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Kunst- und Mentalitätsgeschichte zu erweitern, Überlagerungen zu zeigen und — wo möglich — akzentuiert gegenüberzustellen. Diese unterschiedlichen historischen Erfahrungsebenen sind außerordentlich

¹⁾ Horst Möller, Das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1986, S. 57 (s. Literaturhinweis am Schluß des Beitrages).

wichtig und dürfen im Bonner Haus der Geschichte keinesfalls von der Politikgeschichte an den Rand gedrängt werden. Das Konzept des Hauses ist durchaus offen für eine solche strukturgeschichtliche Interpretation.

Die mit der Realisierung einer solchen strukturgeschichtlichen musealen Darstellung verbundenen Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen. In der Tat liegt, wie schon die Sachverständigenkommission urteilte, hier eine der „großen Herausforderungen“ des gesamten Projektes, für das es bislang kein Vorbild gibt. Doch wer um die Schwierigkeiten strukturgeschichtlicher Gliederungen wissenschaftlicher Bücher weiß, wird vielleicht dem Museum in dieser Beziehung größere Chancen einräumen. Hier ist es nämlich nicht nur möglich, von Akzenten oder Fragen der Gegenwart auszugehen, hier kann auch durch entsprechende Exponate eine historische „Tiefenschärfe“ hergestellt werden, die weiter zurückreicht als bis 1933 oder 1918/19.

Die Vorschläge der Gutachter sehen für die Zeit vor 1945 zwei eigene Ausstellungseinheiten vor. Es kann daher keine Rede davon sein, die Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland — insbesondere die nationalsozialistische Gewaltherrschaft — in diesem Hause auszuklammern. Einzelne markante Exponate werden darüber hinaus die Möglichkeit bieten, die strukturgeschichtliche museale Präsentation noch weiter — bis 1871, 1848, 1815, in die Zeit des Absolutismus und vielleicht sogar noch früher — zurückreichen zu lassen. So verstanden, bietet das Konzept des Hauses der Geschichte die Chance, die unterschiedlichen Ebenen der gleichzeitigen Alltagswelt verschiedener Bevölkerungsschichten gegenüberzustellen und darüber hinaus die Auswirkungen politischer Entscheidungen und Entwicklungen auf deren Lebenswelt herauszuarbeiten.

Es war eine der wichtigsten Entscheidungen auf dem bisherigen Wege des Hauses der Geschichte, ihm eine eigene Sammlungstätigkeit zu ermöglichen. In der Tat ist das Zusammenbringen historischer Exponate Grundvoraussetzung für die Arbeit eines Museums. Die Faszination von Originalen ist schwer zu ersetzen, und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland will sie nutzen. Das dreidimensionale Objekt steht hier — wie für den Historiker das Dokument und für den Kunsthistoriker das Kunstobjekt — als eine historische Quelle im Zentrum des Interesses.

Damit es hineingestellt werden kann in den vielfältigen geschichtlichen Zusammenhang, bedarf die-

ses Exponat als Quelle der besonderen Bemühung. Jedenfalls ergibt sich die Konzeption einer Darstellung meist nicht aus den Gegenständen selbst; diese gewinnen ihre Aussagekraft im Museum erst aus schöpferischer Kraft, durch die Einbindung in ein Ensemble oder mit Hilfe einer Inszenierung im historischen Kontext. Selbstverständlich wird das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland — ähnlich wie andere Museen — sich der Inszenierung als Mittel musealer Darstellung bedienen: Exponate müssen — wo möglich und sinnvoll — auf eine Weise angeordnet werden, die bereits von der Art ihrer Zusammenstellung („Komposition“, „Collage“ etc.) Rückschlüsse auf den Erklärungszusammenhang bietet. Exponate sind die wichtigsten Bausteine jeder musealen Darstellung; in einem Ensemble, in einer Inszenierung können sie wie Belege wirken. Eine solche Präsentation von Objekten kann, wie Gottfried Korff (der Verantwortliche für die große Berliner Preußen-Ausstellung) formulierte, gewissermaßen eine Balance zwischen intellektuellem und emotionalem Impuls herstellen.

Die Sammlungsbemühungen des Hauses der Geschichte zielen nicht nur auf Objekte der Politikgeschichte, sondern ebenso und besonders intensiv auf solche der Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Mentalitäts- und Kunstgeschichte. Dies entspricht dem inhaltlichen Konzept des Hauses, und damit wird auch ein Teil der klassischen Trennung in Museumssparten aufgehoben. Auch Kunstobjekte sind beispielsweise integraler Bestandteil des entstehenden Sammlungskonzeptes des Hauses, insbesondere wenn sie Themen bundesdeutscher Geschichte bzw. ihrer Vorgeschichte akzentuieren.

Gewiß ist es nicht alltäglich, daß die Sammlung eines Museums erst im Anschluß an dessen Konzeption entsteht, doch ist dies in unserem Fall nur folgerichtig: Zahlreiche interessante historische Objekte der Nachkriegszeit warten noch auf ihre Entdeckung für den musealen Zweck. Das auf Initiative des Hauses der Geschichte vor dem Abbruch des Plenarsaales des Deutschen Bundestages sichergestellte Mobiliar mag als ein Beispiel solcher „musealer Entdeckung“ gewertet werden. Vielleicht wird das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das erste Museum überhaupt sein, das mit einem umfassenden Sammlungskonzept systematisch an den Erwerb von Objekten für die Depots herangeht. Aus diesem Zusammenhang heraus wird die Auseinandersetzung mit dem schwedischen Museumskonzept „SAMDOK“

— des „Sammelns und Dokumentierens“ aus dem lebendigen Gebrauch heraus — zu einer Selbstverständlichkeit.

Welche formalen Vorgaben bestehen für einen Rundgang durch die ständige Ausstellung?

1. Das Gutachten unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei Arten von Ausstellungseinheiten und geht von folgendem formalen Aufbau aus:

— Mit einem chronologisch gegliederten, dem historischen Zeitablauf seit 1945 folgenden Sektor (A), in dem auf den verschiedenen Ebenen — politische Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Geistes- und Mentalitätsgeschichte, Geschichte der materiellen Kultur — die Entwicklung der letzten vierzig Jahre mit der politischen Geschichte als einer Leit- und Orientierungsschiene dargestellt wird,

sind unmittelbar verbunden und jeweils hierauf bezogen

— spezielle „Schwerpunkträume“ (B), in denen besonders wichtige Themen und Zusammenhänge (einschließlich ausführlicher historischer Rückgriffe) intensiver behandelt und vertieft werden. Mit diesen Schwerpunkträumen sollen zugleich inhaltliche Akzente gesetzt, die Bedeutung und das Gewicht des jeweiligen Komplexes unterstrichen werden.

2. Insgesamt wird die ständige Ausstellung in fünf große Ausstellungsbereiche unterteilt, die den Phasen der Nachkriegsgeschichte folgen. Jeder dieser Abschnitte und der ihm entsprechende Ausstellungsbereich ist wiederum in eine unterschiedliche Anzahl von A- bzw. B-Einheiten unterteilt, so daß folgende Gliederung entsteht:

I. Vom Reich zur Bundesrepublik Deutschland (1945–1949)

- A 1: Politik der Siegermächte
- A 2: Demokratiegründung in Westdeutschland
- A 3: Wirtschafts- und sozialpolitische Grundentscheidungen
- B 1: Last und Verantwortung der Vergangenheit
- B 2: Historische Voraussetzungen der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland
- B 3: Weg zur Teilung Deutschlands
- B 4: Vertreibung, Flucht und Integration

B 2

II. Gründerjahre der Bundesrepublik Deutschland (1949–1955)

- A 4: Konstituierung der parlamentarischen Demokratie
- A 5: Westintegration und Verteidigungsbeitrag
- A 6: Innenpolitische Fundamentalgesetzgebung
- B 5: Realverfassung
- B 6: Parteienkonsens in Grundfragen
- B 7: Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik
- B 8: Aufbau der Bundeswehr

III. Höhepunkt und Krise der Ära Adenauer (1956–1963)

- A 7: Entwicklung des politischen Systems
- A 8: Vollendung der Westintegration und Deutschlandpolitik
- A 9: Entwicklung des Sozialstaats
- B 9: Praktischer Vollzug der Teilung Deutschlands
- B 10: Europa und die deutsch-französischen Beziehungen

IV. Zwischen Kontinuität und Wandel (1963–1969)

- A 10: Von der kleinen zur Großen Koalition
- A 11: Neue Wege der Außenpolitik
- B 11: Revolution der materiellen Lebensbedingungen
- B 12: Aufbruch und Protest

V. Die Zeit der sozial-liberalen Koalition

- A 12: „Mehr Demokratie wagen . . .“
- A 13: Die Neue Ostpolitik
- B 13: Probleme der siebziger Jahre
- B 14: Die Bundesrepublik Deutschland in der Welt

3. Die Innenarchitektur trägt diesen inhaltlichen Bedingungen Rechnung: Die insgesamt rund 4 000 m² umfassende Ausstellungsfläche ist so gegliedert, daß die skizzierten fünf Ausstellungsbereiche auf fünf voneinander getrennte, doch jeweils offene, hallenähnliche Großräume aufgeteilt werden können. Die Besucherführung von einem Ausstellungsbereich in den nächsten ist klar; zugleich bietet sich dem Besucher von Ebene zu Ebene ein Blick voraus bzw. zurück. Dies entspricht gewissermaßen der „Perspektive“ der Museumsbesucher: Je nach Alter überschauen sie Teile bzw. Phasen der

30

historischen Wirklichkeit der Bundesrepublik; nach historischen Kenntnissen bzw. Erinnerungsvermögen können sie sich Standpunkte und Blickwinkel der Vergangenheit zu eigen machen, zurückliegende „Aussichten“ zurückholen – in Richtung Vergangenheit ebenso wie in Richtung Zukunft.

In diesem Zusammenhang ist nachzutragen, daß der Neubau des Hauses der Geschichte realisiert wird auf der Grundlage eines Entwurfs des Architektenehepaares Hartmut und Ingeborg Rüdiger aus Braunschweig. Dies ist das Ergebnis eines Architektenwettbewerbs des Jahres 1986, für den 172 Entwürfe eingingen. Die Architekten zu ihrem Entwurf: „Der bauliche und gestalterische Ausdruck des Gebäudes muß für unterschiedliche Besucher die Auseinandersetzung mit der demokratischen Geschichte unseres Staates ermöglichen. Er muß zu einem offenen Umgang mit der Geschichte anregen und Feierlichkeit und Monumentalität vermeiden.“

Die Architekten verzichten bewußt auf einen zentralen Zugang. Sie führen die Besucher durch zwei gegenüberliegende Eingänge vom Bürgersteig par-

allel zur Straße in das Gebäude; ein anderer Zugang führt aus der U-Bahn-Station ins Foyer des Hauses. Eine zentrale Multivisionswand im Foyer bereitet den Besucher auf die Ausstellungen vor und ist zugleich markante Schlußstation des Rundgangs.

Unmittelbar vom Foyer aus zugänglich sind nicht nur die Ebenen der ständigen Ausstellung, sondern auch der 500 bis 600 m² umfassende Raum für Wechselausstellungen, Vortrags- und Filmsaal sowie Seminar- bzw. Workshopräume. Da das Haus der Geschichte nicht nur als Ausstellungs-, sondern auch als Informations- und Dokumentationszentrum konzipiert ist, kommen der im Zwischengeschloß liegenden und vom Foyer aus sichtbaren Bibliothek/Mediothek sowie den Seminar- und Arbeitsräumen besondere Bedeutung zu. Der Ausstellungsbesucher ist eingeladen, sich der verfügbaren Medien (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Bilder, Audio- und Videokassetten etc.) zu bedienen, um seinem von der musealen Präsentation angeregten Interesse zu folgen, seinen Fragen und Problemen im Informationszentrum gezielt nachzugehen.

III.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollte man den „roten Faden“ eines Rundgangs durch die ständige Ausstellung hier im Detail skizzieren. Hinweise auf die Schwerpunkte der einzelnen Ausstellungseinheiten bieten die oben genannten Überschriften der sogenannten A- bzw. B-Räume. Die inhaltliche Entfaltung der einzelnen Themen muß an wissenschaftlichen Kriterien gemessen werden. Die Sachverständigenkommission ließ sich von der Überzeugung leiten, „daß wissenschaftliche Fragen keine Abstimmungsfragen sind und daß es in einem demokratischen Staat wie der Bundesrepublik nicht Aufgabe des Historikers sein kann, parteipolitisch akzentuierte Geschichtsbilder zu liefern oder zu legitimieren“²⁾. „Ein offenes Geschichtsbild, das . . . auf Pluralität und Perspektivität hin ausgerichtet ist“, hat Lothar Gall als Leitlinie des Gutachtens bezeichnet. „Pluralität heißt dabei nicht zuletzt, daß jeweils auch die kontroversen Positionen zu Wort kommen müssen, daß die unterschiedlichen Auffassungen über verschiedene Vorgänge und Entwicklungen – etwa in der Mitbestimmungsfrage oder der Frage der Wiederbe-

waffnung in den fünfziger Jahren – ihren Niederschlag finden.“³⁾

Dabei wird es jedoch nicht darum gehen, „historisch gewordene Kontroversen in der Gegenwart ‚nachzukämpfen‘, sondern sie gerade in ihrem geschichtlichen Bezug zu veranschaulichen“⁴⁾. Auf diese Weise werden bei einem Rundgang durch das Haus der Geschichte Pluralität und Gegensätzlichkeit politischer Ziele und Handlungen in der Geschichte der Bundesrepublik deutlich – für jeden Besucher eine zusätzliche Herausforderung zu eigener Urteilsbildung über historische Vorgänge unter der Perspektive späterer Erfahrung. Die zum Wesen der parlamentarischen Demokratie gehörende Pluralität von Meinungen wird auf diese Weise auch im Bonner Haus der Geschichte deutlich werden. Die parlamentarische Demokratie kennt kein verordnetes Geschichtsbild!

Im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kann und wird es weder ein „regierungsamtliches Geschichtsbild“ noch einen „Allein-

²⁾ Horst Möller (Anm. 1), S. 57ff.

³⁾ Ebd., S. 59.

⁴⁾ Ebd.

vertretungsanspruch zeitgeschichtlicher musealer Interpretation“ geben, um nur zwei der kritischen Schlagworte aus jüngster Zeit aufzugreifen. Eine allgemeinverbindliche Interpretation der musealen Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik, die quasi staats-offiziöse Gültigkeit beanspruchen könnte oder wollte, gibt es nicht. Dies hat auch Bundeskanzler Kohl in aller Deutlichkeit betont, so z. B. in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987: „Die deutsche Geschichte soll so dargestellt werden, daß sich die Bürger darin wiedererkennen – offen für kontroverse Deutungen und Diskussionen, offen für die Vielfalt geschichtlicher Betrachtungsmöglichkeiten. In einer freien Gesellschaft gibt es nach unserer Überzeugung kein geschlossenes und schon gar nicht ein amtlich verordnetes Geschichtsbild. Niemand – niemand! – hat das Recht, anderen seine Sicht und seine Deutung der Geschichte aufzudrängen.“

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland will von Anfang an ein lebendiges Diskussionsklima schaffen und dieses durch besondere Veranstaltungen (Vorträge, Workshops, Diskussionen, Filmvorführungen, Theater- und Kabarett-aufführungen etc.) zusätzlich fördern. Die große Eingangshalle soll zu einem Forum von – durchaus auch politischen – Begegnungen werden. Der vorgesehene Raum für Wechselausstellungen soll nicht nur eigenen Ausstellungen dienen, sondern offen sein für Denkanstöße unterschiedlichster Art.

Das Interesse an Museen und Ausstellungen ist erfreulicherweise groß; es wird begleitet von einer

Skepsis, ja manchmal einem Mißtrauen, das verständlicherweise vor allem deswegen aufkommen kann, weil museale Präsentation zur Vereinfachung komplexer historischer Zusammenhänge zwingt. Insofern steht der Chance strukturgeschichtlicher Darstellung auch ein Risiko gegenüber. Jede Ausstellung, und noch mehr jedes Museum, ist ein Wagnis, das – wie manche meinen – größer ist als das Abfassen eines historischen Textes. Niemand hat Illusionen über die bevorstehende Aufgabe und ihre Schwierigkeiten. Intensives Nachdenken muß wichtiger sein als übereilte Festlegungen. Nicht jedes Zwischenergebnis auf dem Weg zur musealen Realisierung wird für eine Diskussion auf breiter Ebene geeignet sein.

Andererseits dürfen Chancen und Risiken historischer Museen auch nicht überschätzt werden. Niemand erwartet, daß ein Museumsbesuch breites historisches Wissen vermitteln oder auf alle Fragen eindeutige Antworten bereithalten könnte. Aber es ist auch nicht zu verfeuern, daß über Museen und Ausstellungen historische Probleme in die Debatte kommen. Meinungsbildung ergänzt oder korrigiert wird, die Auseinandersetzung mit der Geschichte gefördert wird, Fragestellungen erweitert oder präzisiert, Richtungen möglicher Antworten gewiesen werden können. Dies erhoffen wir uns auch im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hier müssen verschiedene Meinungen vertreten werden können; Rede und Gegenrede, lebendige Diskussion ist erwünscht.

IV.

Im Laufe des Jahres 1988 soll das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ seine endgültige Form als rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts erhalten. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist vorbereitet. Mit der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag und Bundesrat wird das Haus der Geschichte eine selbständige, das heißt eine unabhängige Stiftung.

Derzeit arbeitet es auf der Grundlage eines am 1. März 1986 in Kraft getretenen Erlasses, der im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts begründete. Bewußt wurde das Haus nicht als nachgeordnete Behörde gegründet, sondern die

Rechtsform einer unselbständigen, später selbständigen Stiftung gewählt, um ihm die erforderliche politische Unabhängigkeit zu gewähren. Als unselbständige Stiftung hat das Haus der Geschichte ein Kuratorium mit je sechs Vertretern des Deutschen Bundestages, sechs Vertretern der Länder (davon ein Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen) sowie sechs Vertretern der Bundesregierung. Die konstituierende Sitzung des Kuratoriums fand am 1. Oktober 1986 statt. Vorsitzender wurde Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider. Das Kuratorium beschließt die Grundzüge der Programmgestaltung für das Haus der Geschichte und den Beitrag zum Haushaltsvorschlag. Dem *Wissenschaftlichen Beirat* gehören bis zu 25 Sachverständige an.

die vom zuständigen Bundesbauminister im Benehmen mit dem Kuratorium berufen werden. Die konstituierende Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates fand am 12. Dezember 1986 statt, zu seinem Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz gewählt. Aufgabe des Wissenschaftlichen Beirates ist, Kuratorium und Direktor des Hauses der Geschichte bei der Programmgestaltung zu beraten. Ein *Arbeitskreis gesellschaftspolitisch relevanter Kräfte* hat ebenfalls beratende Funktion; seine Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen vom Kuratorium berufen. Entscheidungsberechtigt sind: die Evangelische Kirche, die Katholische Kirche, der Zentralrat der Juden, die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, der Bund der Vertriebenen, der Bund der Mitteldeutschen, der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Sportbund, der Deutsche Bundesjugendring, die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände. Konstituierende Sitzung des Arbeitskreises war am 13. November 1986, zum Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Wilhelm Schneemelcher gewählt.

Mit dem Erlaß vom März 1986 wurden die im Jahre 1983 beauftragten Sachverständigen, die das Gutachten zur Errichtung eines Hauses der Geschichte anfertigten, zum Gründungsdirektorium berufen und mit der Leitung der Arbeit des wissenschaftlichen Aufbaustabes beauftragt. Die Amtszeit der Gründungsdirektoren lief mit Ende des Jahres 1987 aus, alle vier Gründungsdirektoren wurden vom Bundesbauminister im Benehmen mit dem Kuratorium nunmehr in den Wissenschaftlichen Beirat berufen. Die Aufgaben der Gründungsdirektoren gingen mit 1. Juli 1987 auf den ersten hauptamtlichen Direktor der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über.

Die derzeitige Tätigkeit der insgesamt 20 Mitarbeiter des Hauses der Geschichte ist vor allem auf die Vorbereitung des Neubaus, die Mitwirkung an den Planungsarbeiten in Zusammenarbeit mit Bundesbaudirektion und den Architekten sowie auf die Innenausstattung des Neubaus, die Anlage von Exponatsammlungen und die Fortentwicklung der musealen Präsentation auf der Grundlage der vorliegenden Konzeption konzentriert. Voraussichtlich im Herbst 1988 wird das Haus der Geschichte eine erste „Werkstattausstellung“ präsentieren, die auf die Dauerausstellungen des Hauses hinführen und Gelegenheit zur Erprobung ausstellungstechnischer, gestalterischer und museumspädagogischer

Konzepte bieten soll. Bislang konnten bereits eine Reihe von Gastausstellungen in provisorischen Ausstellungsräumen gezeigt werden:

- „Der Bundespräsident“ als Gastausstellung des Bundesarchivs Koblenz (Sommer 1986);
- „Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933 bis 1941“, Dokumentation der Deutschen Bibliothek Frankfurt (Oktober bis Dezember 1986);
- „40 Jahre Volkshochschule 1946 bis 1986“, Gastausstellung des Deutschen Volkshochschulverbandes (Februar bis April 1987);
- „Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime“, Gastausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg (Mai bis Juni 1987);
- „Deutsche jüdische Soldaten 1914 bis 1945“, Gastausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg (September bis November 1987).

Weitere Gastausstellungen und eigene Ausstellungsprojekte befinden sich in der Vorbereitung.

Das Haus der Geschichte entsteht in einer Zeit, in der sich in der Bundesrepublik eine gewisse Polarisierung von Geschichtsbildern zu entwickeln scheint. Dem Haus der Geschichte geht es weder um Majorisierung kritischer Stimmen noch um eine Harmonisierung des Geschichtsbewußtseins. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in seiner Rede zum 8. Mai 1945 ein Zeichen für ein solches Geschichtsbewußtsein gesetzt, das weit entfernt ist von billiger Polarisierung und simpler Harmonisierung. Dürfen wir nicht, hiervon ausgehend, auf die Möglichkeit hoffen, daß nationale Identität durch ein Geschichtsbewußtsein artikuliert werden kann, welches den vielen Besonderheiten der bundesdeutschen Identität Rechnung trägt? Vielen Solidaritäten muß Raum gewährt werden; Spannungen politischer, sozialer, religiöser und anderer Art müssen ertragen und verarbeitet werden. Nicht einseitige Geschichtsbilder sind gefragt, sondern ein Geschichtsbewußtsein, das die Balance unterschiedlicher Identitäten und Gegensätze zu verarbeiten in der Lage ist. Ein solches Geschichtsbewußtsein kann eine politische Kultur schaffen, die unserer freiheitlichen und demokratischen Ordnung entspricht. Das Haus der Geschichte will hierzu seinen Beitrag leisten.

Literaturhinweise:

„Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn“, herausgegeben vom Bundesminister des Innern, Bonn, Juli 1984 (zitiert als „Gutachten“).

Ulrich Löber, „Haus der Geschichte“ in Bonn, in: Museumskunde, herausgegeben vom Deutschen Museumsbund, Band 49 (1984), Heft 3, S. 189–196.

Horst Möller, Das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1985, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, München–New York–London–Paris 1986, S. 57–61.

Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Protokoll vom 9. Mai 1984, herausgegeben von Freimut Duve, Bonn 1984.

Lothar Gall, Pluralität und Perspektivität, in: Das Parlament vom 17./24. Mai 1986 (Themenausgabe „Lust und Leid an der Geschichte. Vom Umgang mit der Vergangenheit: Meinungen, Tendenzen, Analysen“).

Helga Grebing: Mut zu kontroversen Selbstdarstellungen, ebd.

Geschichte aus den „Graswurzeln“?

Geschichtswerkstätten in der historischen Kulturarbeit

„Neuer Saft in den Graswurzeln“, schrieb Gunther Hoffmann über seinen Leitartikel in der „Zeit“ vom 30. Mai 1986. Mit „Graswurzeln“ sind Basisbewegungen gemeint, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft entwickeln: Umweltschützer, Friedensgruppen, Mieterinitiativen, Frauenhausvereine¹⁾. Auch beim Blick in die Vergangenheit bewegt sich das Wurzelwerk: Mit dem Anspruch, „Geschichte von unten“ zu betreiben, schließen

sich in Städten und Dörfern historisch Interessierte und Historiker zu „Geschichtswerkstätten“ zusammen. Für den Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann repräsentieren Geschichtswerkstätten „derzeit vermutlich den am schnellsten wachsenden Bereich kultureller Tätigkeit“²⁾ — eine bemerkenswerte Beobachtung, wenn man bedenkt, daß noch vor zehn Jahren solche Initiativen gänzlich unbekannt waren.

I. Geschichtswerkstätten: Kulturinitiativen und Bildungsmaßnahmen

Erste Ansätze zur Gründung von Geschichtswerkstätten waren Ende der siebziger Jahre zu verzeichnen. In Konstanz gründeten rund 20 historisch Interessierte und Historiker im Januar 1979 den „Arbeitskreis Regionalgeschichte“. Den Anstoß dazu hatte die Projektgruppe „Regionale Sozialgeschichte“ an der Universität Konstanz gegeben. Diese Gruppe hatte im Jahr zuvor eine umfangreiche Studie über die Industrialisierung der Region vorgelegt³⁾. Obwohl sie mit diesem Buch gezielt in die Diskussion über die heutige politische und wirtschaftliche Entwicklung der Region eingreifen wollte, nahm kaum jemand von der Arbeit Notiz. Die Historiker überdachten daraufhin die Formen, mit denen Geschichte vermittelt wird. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß Bücher allein nicht ausreichen, um historische Forschungsergebnisse zu verbreiten. Deshalb gründeten sie den Arbeitskreis, der sozialgeschichtliche Stadtführungen anbietet, Broschüren herausgibt und Ausstellungen veranstaltet. Neben den Wissenschaftlern schlossen sich dem Ar-

beitskreis, der heute etwa 100 Mitglieder hat, Lehrer, Archivare und andere historisch Interessierte, vor allem aus den Bildungs- und Sozialberufen, an⁴⁾.

Aus dem Interesse an „einer nicht an den akademischen Wissenschaftsbetrieb gebundenen Arbeitsweise“ heraus gründete eine sozial und altersmäßig gemischte Gruppe im Herbst 1980 die „Berliner Geschichtswerkstatt“, die sich zunächst in dem vor allem von Alternativprojekten genutzten Mehringhof niederließ. Seit Oktober 1982 betreibt die Gruppe einen eigenen Laden in Schöneberg. Die Berliner Geschichtswerkstatt hat mittlerweile 110 Mitglieder und einen aktiven Kern von 20 bis 30 Leuten. Die Gruppe ist aus der alternativen Bewegung und Wissenschaftskritik hervorgegangen. Die Mitglieder erforschen Stadtteilgeschichte, sammeln Materialien alternativer Bewegungen und arbeiten in einigen Heimatmuseen in den Berliner

1) Zum Begriff „Graswurzeln“ vgl. Manuel Castells, *The City and the Grassroots*, London 1983.

2) Hilmar Hoffmann, Was kommt nach der „Spurensicherung“? Geschichtswerkstätten und kommunale Kulturpolitik, in: Ursula A. J. Becher/Klaus Bergmann (Hrsg.), *Geschichte — Nutzen oder Nachteil für das Leben?*, Düsseldorf 1986, S. 86—90; hier S. 86, S. 90.

3) Gert Zang (Hrsg.), *Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt 1978.*

4) Zur theoretischen Position der Gruppe vgl. Arbeitsgruppe des Projekts *Regionale Sozialgeschichte (Konstanz)*, *Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse?*, in: *Das Argument*, (1981) 126, S. 239—252 und dies., *Regionalgeschichte: Neue Chancen für Gesellschaftsanalyse*, in: ebd., (1982) 131, S. 55—67; Gert Zang, *Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte*, Konstanz 1985; zur praktischen Tätigkeit vgl. Alfred G. Frei, *Alltag-Region-Politik. Anmerkungen zur „neuen Geschichtsbewegung“*, in: *Geschichtsdidaktik*, (1984) 2, S. 107—120; hier: S. 115f.

Bezirken mit. Im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 hat die Geschichtswerkstatt drei Ausstellungen zur Stadtteilgeschichte durchgeführt⁵⁾.

In Hamburg sind eine ganze Reihe von Geschichtsrgruppen aktiv. Bereits im Frühjahr 1980 wurde das Stadtteilarchiv Ottensen als „Sammelstelle für Geschichte und Geschichten“ gegründet⁶⁾. Diese größte und aktivste Hamburger Gruppe hat im vergangenen Jahr mit Unterstützung des Hamburger Senats eine ehemalige Nagelfabrik gekauft, die sie zu einem Zentrum historischer Kulturarbeit ausbauen möchte. Die Hamburger Kulturbehörde hatte 1983 ihre Stadtteilkulturaktion unter das Motto „Lebendige Stadtteilgeschichte“ gestellt und damit die Geschichtsarbeit in den Stadtteilen gefördert. An dieser Aktion hatten sich über 15 Gruppen beteiligt⁷⁾.

In Hannover schlossen sich 1984 schon länger aktive historische Arbeitskreise aus den Arbeiter-Freizeitheimen mit Arbeitsgruppen und Wissenschaftlern der Universität zur „Geschichtswerkstatt Hannover“ zusammen, die sich als Dachverband der verschiedenen Projekte versteht.

Viele weitere solcher Beispiele lassen sich aufzählen. Geschichtswerkstätten arbeiten in Marbach und in Solingen, in Darmstadt, Göttingen und Regensburg, ja, selbst in kleinen Landgemeinden wie etwa im niedersächsischen Wustrow (Kreis Lüchow-Dannenberg) hat man intensiv mit der Aufarbeitung der lokalen wie regionalen Wirtschafts- und Sozialgeschichte begonnen. In rund 50 Städten und Gemeinden bestehen derartige Geschichtsgruppen, die sich oft auch themenzentriert gebildet haben, wie beispielsweise der „Verein zur Geschichte der

Glasindustrie und ihrer Arbeiter in Oldenburg“ oder der „Förderverein Historische Spinnerei Gartetal“ (bei Göttingen), der eine alte Spinnerei als aktives Museum in Betrieb nehmen möchte⁸⁾.

Neben diesen Kulturinitiativen gibt es seit Mitte der achtziger Jahre in einer Reihe von Städten Geschichtswerkstätten, die als *Bildungsmaßnahmen* von Volkshochschulen, Kulturämtern und anderen Bildungseinrichtungen ins Leben gerufen wurden. Oft betreut von Mitgliedern der Kulturinitiativen, erforschen hier vor allem ältere Menschen die Geschichte ihres Stadtteils oder ihres Dorfes. Sie betreiben mit diesen sehr konkreten Erkundungen so etwas wie Werkstattarbeit. So erforschten beispielsweise in Singen (Hohentwiel) 1987 Geschichtswerkstätten die Geschichte zweier dörflicher Stadtteile, eine weitere Geschichtswerkstatt erkundete die Geschichte der Arbeiter in einem früheren Arbeiterviertel und gestaltete einige Tafeln für den neu angelegten „Singener Geschichtspfad“⁹⁾.

Zwei dieser „Bildungsmaßnahmen“ im Ruhrgebiet sind in letzter Zeit durch bemerkenswerte Bücher hervorgetreten: Eine auf Initiative von Kulturamt und Volkshochschule in Recklinghausen entstandene Gruppe von Bergarbeitern legte einen großen Bildband zur Geschichte ihrer Zechensiedlung Hochlarmark vor. Bezeichnender Titel des Bandes: „Kohle war nicht alles“ — es geht also um die Verbindung von Arbeitsleben, Haushalt und Freizeit. Gleichfalls über die Geschichte ihrer Zeche Gneisenau und der dazu gehörenden Siedlung arbeitete eine Gruppe der Volkshochschule Dortmund: „Leben mit Gneisenau, hundert Jahre . . .“ heißt ihr 1986 erschienenes Buch¹⁰⁾.

⁵⁾ Thomas Lindenberger, Werkstattgeflüster. Überlegungen zu Selbstverständnis und Praxis radikaldemokratischer Geschichtsforschung aus der Berliner Geschichtswerkstatt, in: Franz-Mehring-Gesellschaft (Hrsg.), Demokratie- und Arbeitergeschichte, Jahrbuch 3, Stuttgart 1983, S. 23–27. Verzeichnisse über Kataloge und andere Veröffentlichungen sowie Informationen zur laufenden Arbeit sind erhältlich bei der Berliner Geschichtswerkstatt, Goltzstr. 49, 1000 Berlin 30.

⁶⁾ Zum Stadtteilarchiv Ottensen vgl. Elisabeth v. Dücker, Das Stadtteilarchiv Ottensen: Sammelstelle für Geschichte und Geschichten. Historische Spurensicherung als ein Beitrag zur politischen Kultur eines Hamburger Stadtteils, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), Die andere Geschichte. Geschichte von unten, Spurensicherung, ökologische Geschichte, Geschichtswerkstätten, Köln 1986, S. 191–202; Informationen und Verzeichnisse beim Stadtteilarchiv Ottensen, Am Born 6, 2000 Hamburg 50.

⁷⁾ Dazu ist eine Dokumentation der Kulturbehörde erschienen: Lebendige Stadtteilgeschichte. Stadtteilkulturaktion Hamburg 1983, hrsg. von der Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Abt. Stadtteilkultur und Freizeitpolitik, Hamburg 1984 (Ms.).

⁸⁾ Informationen über diese Gruppen erscheinen laufend in der Zeitschrift „Geschichtswerkstatt“, hrsg. von der Geschichtswerkstatt e. V. (ergebnisse-Verlag, Abendrothsweg 58, 2000 Hamburg 20).

⁹⁾ Alfred G. Frei/Detlef Stender, Geschichte anders entdecken. Auf der Suche nach neuen Wegen der Geschichtsarbeit, in: Alfred G. Frei (Hrsg.), Habermus und Suppenwürze. Singens Weg vom Bauerndorf zur Industriestadt, Konstanz 1987, S. 219–252.

¹⁰⁾ Hochlarmarker Lesebuch. Kohle war nicht alles: 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte. Bergarbeiter und ihre Frauen aus Recklinghausen-Hochlarmark haben in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Stadtteilkulturreferat ihre Geschichte aufgeschrieben. Hrsg. von der Stadt Recklinghausen, Oberhausen 1981; Museum für Kunst und Kulturgeschichte (Hrsg.), Leben mit Gneisenau, hundert Jahre . . . Eine Zeche zwischen Dortmund und Lünen. Begleitbuch zur Ausstellung der VHS Dortmund im Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund vom 12. 9.–26. 10. 1986. Essen 1986; zum Hochlarmarker Projekt vgl. auch Adolf Noll/Helmut Blumbach/Margarete Goldmann, Wie man kleine Netze baut: Ein Handbuch stadtteilorientierter Kultur- und Bildungsarbeit, Gelsenkirchen 1984, S. 115 ff.

In den beiden Zechensiedlungen ist aus der Bildungsmaßnahme eine Kulturinitiative entstanden: Die Mitglieder der Geschichtsgruppe in Hochlar-mark berichten, daß sie nach der Arbeit an dem Bildband und der damit verbundenen Ausstellung im Stadtteil „ihre Siedlung mit anderen, bewußteren Augen sehen“ und sich stärker mit Fragen der künftigen Entwicklung beschäftigen. In Dortmund entstand aus der Volkshochschulgruppe eine Initiative, die sich dafür einsetzt, die inzwischen geschlossene Zeche in ein Museum umzuwandeln.

Bei den Bildungsmaßnahmen von Volkshochschulen und Kulturrätern treffen wir eher ältere Leute an. Aus dem Thema und aus der Sozialstruktur des Ortes ergibt sich die soziale Zusammensetzung: In der Geschichtswerkstatt der Zechensiedlung über-

wiegen Bergleute bzw. ehemalige Bergleute. Bei den Kulturinitiativen machen hingegen vor allem jüngere Leute mit: Studenten, junge Wissenschaftler, Angehörige freier Berufe, arbeitslose Akademiker, Angestellte im öffentlichen Dienst und in Sozialberufen; gewerbliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hingegen eher selten. Damit ähneln die Geschichtswerkstätten in ihrer sozialen Zusammensetzung den anderen Initiativen und „Graswurzeln“: den neuen sozialen Bewegungen¹¹⁾.

Sind die „Bildungsmaßnahmen“ in der Regel nur auf ein örtliches Thema konzentriert und oft zeitlich begrenzt, so haben sich die Kulturinitiativen schon 1983 zu einem lockeren überregionalen Verbund, der Geschichtswerkstatt e. V., zusammengeschlossen.

II. Die bundesweite Geschichtswerkstatt e. V.

Anfang 1981 wandte sich eine Gruppe von Historikerinnen und Historikern aus Hannover an befreundete Wissenschaftler anderer Universitäten. Die Gruppe wollte eine neue Zeitschrift gründen, um neueren Ansätzen in der Geschichtswissenschaft wie Alltagsgeschichte, mündliche Geschichtsforschung oder der Geschichte der Psyche stärker Gehör zu verschaffen. Von Wissenschaftlern aus Konstanz und aus Göttingen erhielt die Gruppe zur Antwort, daß man grundsätzlich zwar an einem neuen Diskussionsforum interessiert sei, dieses aber seine Grundlage in örtlichen Geschichtsinitiativen haben müsse. Bei einem Treffen im November 1982 in Göttingen einigten sich die 70 Historikerinnen und Historiker darauf, baldmöglichst einen überregionalen Zusammenschluß von Geschichtsinitiativen und Wissenschaftlern, die „Geschichtswerkstatt e. V.“ zu gründen. Diese Gründung erfolgte im Mai 1983 bei einem zweiten Treffen in Bochum¹²⁾.

Die neu gegründete Geschichtswerkstatt e. V. organisiert von diesem Zeitpunkt an jährlich bundesweite Treffen, auf denen praktischer Erfahrungsaustausch, theoretische Diskussion und gemein-

same kulturelle Aktivität ermöglicht werden sollen. Diese Treffen werden „Geschichtsfeste“ genannt, um damit den über klassische Tagungen hinausreichenden kulturellen Anspruch der Werkstätten zu verdeutlichen. Das erste Geschichtsfest fand Ende Mai 1984 in Berlin statt. 300 Teilnehmer wurden erwartet, fast 1 000 kamen¹³⁾. Die nächsten Geschichtsfeste fanden in Hamburg, in Dortmund und 1987 in kleinerem Umfang in Konstanz statt. Das Geschichtsfest 1988 wird Anfang Juni in Hannover durchgeführt.

Die Geschichtswerkstatt e. V. gibt dreimal im Jahr ein Mitteilungsheft mit dem Namen „Geschichtswerkstatt“ heraus, das im Wechsel von den lokalen Gruppen redigiert wird. Zum Erstaunen vieler Skeptiker gelang das basisdemokratische Experiment wechselnder Redaktionen. Das Heft erscheint regelmäßig und hat sich inzwischen zu einer stattlichen Zeitschrift gemausert, in der sich Berichte von örtlichen Gruppen und Projekten neben theoretischen und methodischen Diskussionsbeiträgen finden¹⁴⁾. Die Idee der Hannoveraner Gruppe, eine Zeitschrift zu gründen, ist so in veränderter Form Wirklichkeit geworden.

Die Geschichtswerkstatt e. V. möchte die lokalen Initiativen vernetzen, Diskussionsmöglichkeiten schaffen und die Bildung neuer Gruppen unterstützen. Dem Vergleich zwischen den erforschten Städten und Regionen sowie dem Erfahrungs- und Meinungsaustausch dienen neben den jährlichen

¹¹⁾ Karl-W. Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1984, S. 34f., 244; vgl. ferner Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 252, Bonn 1987.

¹²⁾ Dieter Schott, Bundesweite Tagung der Geschichtswerkstatt e. V. zum Thema „Widerstand“ in Bochum, 28./29. Mai 1983, in: SPW, (1983) 20, S. 383–386, Kontaktadresse der Geschichtswerkstatt e. V.: Marianne Koerner, Hauptstraße 43, 3400 Göttingen-Geismar.

¹³⁾ Alfred G. Frei, Spannungsfelder, Geschichtsfest Berlin, in: Journal für Geschichte, (1984) 4, S. 4–7.

¹⁴⁾ Vgl. Anm. 8.

Geschichtsfesten überregionale Arbeitsgruppen, die sich bislang beispielsweise mit Themen der frühen Neuzeit, zum Widerstand, zur Nachkriegsgeschichte, zur Museumsarbeit und zum „Historiker-

Streit“ befaßten. In den Geschichtswerkstätten geht es also hinter dem ‚lokalen Horizont‘ durchaus noch weiter.

III. Hintergründe: Geschichte im Aufwind

Geschichtsarbeit besonderer Art soll ausgerechnet in der Atomruine Zwentendorf geleistet werden. Hier möchte ein erfolgreicher Kärntner Bauunternehmer das erste „History-Land“ der Welt errichten. In der kleinen niederösterreichischen Gemeinde soll ein Erlebnispark mitteleuropäische Geschichte als spannendes Abenteuer vermitteln. Bis eine Volksabstimmung im Jahr 1978 den Betrieb des bereits fertiggestellten Atommeilers in Zwentendorf untersagte, stand der Name der Gemeinde in der Nähe Wiens für den atomaren Fortschritt. Jetzt sollen dort mit Geschichte Geschäfte gemacht werden¹⁵).

Auch ohne dieses symbolträchtige Beispiel zu strapazieren, zeigt ein Blick in Fernsehprogramme, Verlagsprospekte und selbst Kneipeneinrichtungen, daß sich die Geschichte im Aufwind befindet¹⁶). „Im Kontext von Modernisierungskrise und Postmoderne, Fortschrittsszweifel und Zivilisationskritik werden Aspekte und Ursachen dieses Klimawandels diskutiert“, schreibt Jürgen Kocka¹⁷), und Jörn Rüsen meint, daß „die neue Zuwendung zur Vergangenheit . . . in einem problematischen Verhältnis zu Zukunftsängsten“ stehe¹⁸).

Das Thema ‚Angst‘ ist dem „Spiegel“ im Herbst 1987 zwei große Artikel wert gewesen — Angst vor der drohenden Wirtschaftskrise, Angst vor atoma-

ren Katastrophen, Angst vor AIDS¹⁹). Angst hat sich in den letzten 20 Jahren über den Blick in die Zukunft gelegt: „Während die Zukunftsbilder der späten 60er Jahre Utopien waren, geraten solche Bilder heute zu Apokalypsen. Die weitgreifenden Reformentwürfe von damals sind Szenarien des drohenden Untergangs gewichen“, meint der Psychologe Jörg Bopp in einem Aufsatz über „Angst vor der Endzeit“²⁰). Angst stellt Fortschrittsoptimismus in Frage — wer im Blick nach vorne keine Sicherheit mehr findet, möchte sich wenigstens in der Geschichte seiner selbst vergewissern oder mit Hilfe der Geschichte Lösungen für die Probleme der Gegenwart finden.

Die tieferliegenden Hintergründe dieser Ängste beschrieb Alexander Mitscherlich als Entfremdung in der Arbeitswelt und als „Spaltungsvorgang sozialen Lebens“. Unsere Gesellschaft hätte bisher von der Substanz an Sicherheit und Geborgenheit gelebt, die in den relativ gleichbleibenden sozialen Erfahrungen vor der Industrialisierung angesammelt worden sei²¹). Diese Substanz ist jetzt aufgezehrt. „Risiken und Unsicherheiten bestimmen heute das Lebensgefühl vieler“, stellen Joachim Hirsch und Roland Roth in ihrer Studie über das „neue Gesicht des Kapitalismus“ fest. Die „Erschütterung traditionsgeleiteter Sicherheiten“ konnte „in Zeiten beschleunigten Wachstums durch individuelle und kollektive Sicherungssysteme (von der Privatversicherung bis zum Sozialstaat) sowie gesteigerte Zuwachserwartungen kompensiert werden“. Dies sei in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Struktur-

¹⁵) Wochenpresse (Wien) vom 4. 12. 1987, S. 36 f.

¹⁶) Ursula A. J. Becher/Klaus Bergmann, Zeitgemäße Betrachtungen über den Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, in: dies. (Anm. 2), S. 7—9; hier S. 7; zum gestiegenen Geschichtsinteresse vgl. auch Geschichte in der Kulturarbeit der Städte. Hinweise des Deutschen Städtetags, Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, Heft 13, Köln 1982 und Kulturpolitische Grundsatzempfehlungen: Kultur und Freizeit. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags 11.—13. 6. 1985, in: Stadt und Kultur, Arbeitshilfen des Deutschen Städtetags zur städtischen Kulturpolitik. Bearb. v. Jürgen Grabbe, Stuttgart-Köln 1986, S. 126—141; hier S. 126—129, 138.

¹⁷) Jürgen Kocka, Kritik und Identität, in: A. J. Becher/K. Bergmann (Anm. 2), S. 52—54; hier S. 53.

¹⁸) Jörn Rüsen, Aktuelle Herausforderungen an Theorie und Didaktik der Geschichte, in: A. J. Becher/K. Bergmann (Anm. 2), S. 123—127; hier S. 123.

¹⁹) Der Spiegel, (1987) 44: „Nach dem Börsenkrach wächst die Angst vor der Wirtschaftskrise“ (S. 134 f.); Der Spiegel, (1987) 47: „Angst: Weltwirtschaftskrise — Börsenkrach — Dollarsturz — Millionen Arbeitslose“ (Titel).

²⁰) Jörg Bopp, Angst vor der Endzeit, in: Universitas, (1987) 11, S. 1150—1157; hier S. 1150; zum Begriff „Angst“ vgl. Hermann J. Liebel/Andreas G. Hableib, Zur Genese der Angst. Ätiologie und Diagnostik, in: ebd., S. 1104—1118.

²¹) Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1965, S. 80.

krise nicht mehr möglich²²), Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, aber auch der spürbarer werdende Nord-Süd-Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern sowie die Angst vor zunehmender staatlicher Überwachung und sozialer Kontrolle vergrößern die Unsicherheiten, welche die Warenbeziehungen in der Alltagswelt, das anonyme Leben in den Großstädten und entfremdete Berufsarbeit ohnehin mit sich bringen. Aus Unsicherheiten und Zukunftsängsten heraus wächst das Interesse an Geschichte.

Die Folgen dieses gestiegenen Interesses sind unterschiedlich. Sie reichen von der Nostalgie im Alltag über den Neohistorismus in der Architektur²³ bis zu nationalen Gedenkstätten und Nationalmuseen. „Für Werkstätten anstelle von Gedenkstätten“ plädieren Hilmar Hoffmann und der Frankfurter Kulturwissenschaftler Dieter Kramer. Sie haben dabei die Geschichtswerkstätten im Auge, aus denen Werkstätten für eine humane Zukunft werden sollen²⁴.

Das Entstehen der Geschichtswerkstätten läßt sich jedoch genausowenig wie die anderen Tendenzen linear aus den skizzierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tendenzen ableiten. Gegen eine solche unmittelbare Ableitung spricht beispielsweise, daß in der DDR mit ihrer anders organisierten Wirtschaft ähnliche Erscheinungen zu beobach-

ten sind: Auch dort nimmt das Interesse an der Geschichte allgemein und besonders an lokaler Alltagsgeschichte spürbar zu. Das äußert sich vor allem in den Ortsgruppen der 1979 innerhalb des „Kulturbunds der DDR“ gegründeten „Gesellschaft für Heimatgeschichte“. Als Hintergrund werden aber auch dort Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung angegeben, so beispielsweise die „Anforderungen an die Individuen, die die innere Dynamik des Sozialismus, der Übergang zu intensiven Entwicklungsmodellen stellt“. Wie in der Bundesrepublik trifft auch in der DDR das neue Geschichtsinteresse zusammen mit einer wachsenden „Sensibilität für ökologische Gefahren“. Desgleichen ist eine kritische kultur- und gesellschaftspolitische Stoßrichtung vorhanden: Als Bezugspunkt wird „eine vom Sozialismus als Weltanschauung und sozialer Praxis getragene Kritik an empirisch-konstatierbaren Kultur- und Lebensformen“ angegeben. „Der Rückgriff auf das Erbe dient als Reflexions- und Problematisierungsmedium zeitgenössischer Kulturzustände.“²⁵)

In beiden Ländern entdecken wir also gesellschaftliche Hintergründe des gewachsenen Geschichtsinteresses. In der Bundesrepublik führten einige besondere wissenschaftliche und politische Anstöße dazu, daß die Geschichtswerkstätten-Bewegung als eine der vielfältigen Reaktionen auf dieses Interesse entstanden ist.

IV. Wissenschaftliche und politische Anstöße der „neuen Sozialgeschichte“

Politische Anstöße für den neuen Zugang zur Geschichte ergaben sich daraus, daß die Hoffnungen der siebziger Jahre, die Gesellschaft grundlegend zu verändern, gescheitert sind. Die sozialliberale Reformeuphorie erstarb im wirtschaftlichen Gegen-

wind der Mitte der siebziger Jahre einsetzenden weltweiten Krise. Ebenso erwiesen sich die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen reformerischen und revolutionären Hoffnungen als unrealistisch. Dieses Scheitern machte auch die Theorien, von denen die politische Praxis der Reformen und der Revolutionäre ausgegangen war, fragwürdig. Das in der Modernisierungstheorie angelegte Vertrauen auf eine kontinuierlich fortschreitende Reform der Gesellschaft schwand. Der orthodoxe Marxismus-Leninismus, der beanspruchte, den gesetzmäßigen Gang der Geschichte schon vorab zu kennen, verlor nach einer kurzen Blüte wieder viele seiner Anhänger²⁶).

Man entdeckte, daß — wie auch Jürgen Habermas einräumt — „in die Entwicklung der Moderne

²²) Joachim Hirsch/Roland Roth. Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986, S. 197.

²³) Wolfgang Schäche. Nur „historisch“ muß es sein . . . , in: Bauwelt, (1987) 28/29, S. 1056—1062.

²⁴) Hilmar Hoffmann/Dieter Kramer, Akzeptanz-Produktion durch Geschichte? Ein Plädoyer für Werkstätten anstelle von Gedenkstätten, in: L '80. Zeitschrift für Literatur und Politik, (1986) 39, S. 22—26.

²⁵) Thomas Koch, Kulturarbeit und Regionalität. Literatur und Kommentar zum Umgang mit dem Erbe regionaler und lokaler Kultur in der DDR, Berlin 1986 (= Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Nr. 16), S. 45, 37, 41; vgl. auch Anneliese Neef/Horst W. Rohls, Zum Sammeln von Arbeiterlebenserinnerungen, in: Blätter für Heimatgeschichte, 3 (1985), S. 1—10.

²⁶) Th. Lindenberger (Anm. 5), S. 23.

strukturelle Selbstgefährdungen eingebaut sind“. Um der „Komplexität und Ambivalenz“ des Modernisierungsprozesses (Habermas)²⁷⁾ auf die Spur zu kommen, interessierten sich Alltagshistoriker und Geschichtswerkstätten daher genauso für Maschinenstürmer wie für die Modernisierer. Sie fragten nicht mehr nur nach Klassen und objektiven Strukturen, sondern auch nach den subjektiven Erfahrungen und Mentalitäten. Diesen Versuch, Strukturen und Erfahrungen, positive und negative Folgen der Modernisierung zu erforschen, hat Roger Fletcher als „new social history“ (neue Sozialgeschichte) bezeichnet²⁸⁾.

In der Wissenschaft konnten solche Fragen jedoch erst gestellt werden, nachdem die Vertreter

eines Konzepts von *Geschichte als historischer Sozialwissenschaft* den Blickwinkel der deutschen Historiker hin zu Wirtschaft und Gesellschaft erweitert hatten – Bereiche, die in der traditionell staats- und politikfixierten deutschen Geschichtswissenschaft bis in die sechziger Jahre hinein unterbelichtet geblieben waren²⁹⁾. Was führte nun dazu, daß diese aus der historischen Sozialwissenschaft und der seit Anfang der achtziger Jahre aufkeimenden Alltagsgeschichte hervorgegangene „neue Historie“ (Becher/Bergmann) mehr Menschen dazu gebracht hat, „sich selbsttätig mit der für sie wichtigen Vergangenheit auseinanderzusetzen als je eine andere Historie in Deutschland“?³⁰⁾

V. Geschichte aus den Graswurzeln

1973 wurde auf Anregung des Bundespräsidenten Gustav Heinemann der Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte“ ins Leben gerufen. Heinemann wollte damit die Erforschung der verschütteten und oft verdrängten demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte fördern. Seither haben sich mehrere tausend Schulklassen aufgemacht, um diesen demokratischen Traditionen nachzuspüren. In den letzten Jahren ging es vor allem um die Geschichte des Alltags: Alltag im Nachkriegsdeutschland, die Veränderungen von Feierabend und Freizeit oder Wohnen im Wandel³¹⁾. Aus dieser breiten Basisbewegung heraus entstanden etliche der Geschichtswerkstätten. Bestehende Arbeitskreise, wie beispielsweise in Konstanz, arbeiten mit den Schülergruppen zusammen, veröffentlichen deren Ergebnisse und ermuntern zur Teilnahme an diesem Wettbewerb.

Vor dem beschriebenen Hintergrund gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Krisenerscheinungen bildeten sich auch in Parteien und Gewerkschaften zahlreiche Geschichtsarbeitskreise. Gerade als der

Stern der Sozialdemokratie wieder zu sinken begann, sollte die Beschäftigung mit der Geschichte Kraft für die aktuellen Auseinandersetzungen bringen. Waren über Jahre hinweg in der praktischen Politik scheinbar nur noch geringe Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Konservativen festzustellen, so sollte das Herausarbeiten historischer Traditionslinien den Mitgliedern und Anhängern der SPD die Identität verschaffen, die sie aus der sozialdemokratischen Regierungspolitik und aus der „sozialpartnerschaftlichen“ Orientierung der Gewerkschaften nicht mehr beziehen konnten. In der Krise dieser „alten“ sozialen Bewegungen wurde die Geschichtsarbeit eher noch verstärkt. Man hatte sie als Kraftquelle entdeckt und festgestellt, daß das historische Interesse in der Mitglieder- und Anhängerschaft zunimmt. Geschichte soll auch dazu beitragen, die Fragen und Probleme der gegenwärtigen Politik zu lösen³²⁾.

Auch aus den „Graswurzeln“ heraus floß Kraft in die historische Kulturarbeit: Angefangen von der Volkshochschule im Wyhler Wald, über Frauen-

²⁷⁾ Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt 1987, S. 67.

²⁸⁾ Roger Fletcher, Recent Developments in West German Historiography: The Bielefeld School and Its Critics, in: German Studies Review, (1984) 3, S. 451–480; hier S. 475, 478. Die Kritik an der Bielefelder Schule bezeichnet Fletcher als „grassroots revisionism“ (S. 478).

²⁹⁾ Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Begriff, Entwicklung, Probleme, Göttingen 1977 (2. erw. Aufl. 1986).

³⁰⁾ U. A. J. Becher/K. Bergmann (Anm. 16), S. 8.

³¹⁾ Gerhard Schneider, Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte, in: Hannes Heer/Volker Ullrich, Geschichte ent-

decken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek 1985, S. 391–395.

³²⁾ Vgl. Klaus Lohnstein, „Damit die nicht machen, was sie wollen“. Die IG-Metall-Verwaltungsstelle Wetzlar auf den Spuren der örtlichen Arbeiterbewegung, in: G. Paul/B. Schoßig (Anm. 6), S. 108–116; Peter Scherer, Aus der Geschichte lernen – die eigene Geschichte erforschen, in: Der Gewerkschafter, (1982) 2, S. 46f.; Horst Schmidt, Geschichte entdecken im SPD-Ortsverein, in: G. Paul/B. Schoßig (Anm. 6), S. 87–95.

gruppen bis hin zur Friedensbewegung verbreiterte sich das Interesse an früheren „Graswurzel“-Protesten, Widerstandsformen und Selbsthilfeinitiativen. Die eigene Bewegung, die oft unter dem Verdacht politischer Kurzlebigkeit steht, soll mit Hilfe des Nachweises langer historischer Kontinuitäten an Stabilität gewinnen. Viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschichtswerkstätten sind selber in den neuen sozialen Bewegungen aktiv – sei es bei Umweltschützern, Frauengruppen, in der Friedensbewegung, in Alternativprojekten oder in Jugendhausinitiativen. Mit ihrer Geschichtsarbeit wollen sie dazu beitragen, die Ziele dieser Bewegungen zu erreichen³³⁾.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Geschichtslehrern, Historikern und anderen Sozialwissenschaftlern trug dazu bei, daß ein ausgebildetes Potential für die Geschichtswerkstättenarbeit bereitstand. Arbeitslose Historiker können darauf hoffen, mit Hilfe der Geschichtswerkstätten Projekte von Städten und Verbänden zu realisieren, mit denen sie auch ihre eigene Existenz wenigstens kurzfristig sichern. Dabei bleiben sie im erlernten Berufsfeld tätig und qualifizieren sich durch Praxiserfahrungen weiter. Allerdings können sich dabei Probleme ergeben, wenn sich der aufklärerische Ansatz der Geschichtswerkstätten-Arbeit nicht mit

den Zielen der Auftraggeber in Einklang bringen läßt³⁴⁾.

Die bundesdeutschen Geschichtsinitiativen brauchen mit ihrer Tätigkeit nicht bei Null anzufangen. Ähnliche Bewegungen arbeiten bereits seit einiger Zeit erfolgreich in Großbritannien und in Schweden. In Großbritannien gibt es seit Anfang der siebziger Jahre in vielen Städten „History Workshops“³⁵⁾, in Schweden haben sich, angeregt durch das Beispiel des Schriftstellers Sven Lindquist, etwa 1 600 „Grabe-wo-Du-stehst-Gruppen“ gebildet, in denen Arbeiter und Angestellte die Geschichte ihres Betriebes oder ihres Stadtteils erforschen³⁶⁾. Die Geschichtsgruppen in Großbritannien und in Schweden sind eng mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verbunden. Ihr Einfluß in Wissenschaft und Gesellschaft ist deshalb bislang stärker als in der Bundesrepublik.

Aus diesen Anstößen heraus entwickelte sich die historische regionale wie örtliche Kulturarbeit in der Bundesrepublik zu einer Art Graswurzel-Bewegung, die eine Herausforderung für die akademische Geschichtswissenschaft darstellt, auch wenn sie dieser zahlreiche Mitglieder und Ideen zu verdanken hat.

VI. Die Praxis der Geschichtswerkstätten

Bei ihren Methoden bemühen sich die Geschichtswerkstätten um eine möglichst breite Vielfalt. Unverzichtbar in der Arbeit der meisten Werkstätten ist die *mündliche Geschichtsforschung*. Mit der Befragung von Zeitzeugen will man der Geschichte des Alltags und der sozialen Auseinandersetzungen

auf die Spur kommen und dem Blickwinkel „von oben“ in den überlieferten amtlichen Akten die Erinnerungen „von unten“ gegenüberstellen. Für Bevölkerungsgruppen, in denen keine Memoiren geschrieben werden, ist dies oft die einzige Möglichkeit, ihre Geschichtserfahrung festzuhalten. So wird die Quellenbasis verbreitert und ein Stück weit demokratisiert³⁷⁾.

Die mündliche Geschichtsforschung erfordert allerdings eine besonders intensive Quellenkritik, da die historischen Erinnerungen durch spätere Erfahrun-

³³⁾ Hannes Heer/Volker Ullrich. Die „neue Geschichtsbewegung“ in der Bundesrepublik. Antriebskräfte. Selbstverständnis. Perspektiven, in: dies. (Anm. 31), S. 9–36; hier S. 11–16.

³⁴⁾ Dieses Problem „Feiern und Trauern in der Geschichte“ ist Schwerpunktthema der Geschichtswerkstatt Nr. 14 (Frühjahr 1988. Anm. 8).

³⁵⁾ Richard J. Evans. Die „History-Workshop“-Bewegung in England, in: H. Heer/V. Ullrich (Anm. 31), S. 37–45.

³⁶⁾ Sven Lindquist. Grabe, wo Du stehst. Die „Barfußhistoriker“ in Schweden, in: Demokratie und Arbeitergeschichte. Jahrbuch 3, Weingarten 1983, S. 9–13; Wolfgang Jüttner. Sich der eigenen Spuren versichern. Möglichkeiten und Grenzen der Aufarbeitung der Geschichte durch die Betroffenen selber, in: Die Neue Gesellschaft. 30 (1983) 4, S. 338–342.

³⁷⁾ Alexander v. Plato. Wer schoß auf Robert R., oder: Was kann Oral History leisten, in: H. Heer/V. Ullrich (Anm. 31), S. 266–280; Annette Kuhn, Oral History – feministisch, in: ebd., S. 165–173; Margarete Lorinser/Gert Zang. Beim Flickern der Löcher in den Netzen der kollektiven Erinnerung. Ein Werktag der Konstanzer Regionalhistoriker, in: Demokratie- und Arbeitergeschichte, Jahrbuch 3 (Anm. 5), S. 14–22.

gen geformt und oft verformt sind. Auch die „kleinen Leute“, denen das Interesse der Geschichtswerkstätten und der mündlichen Geschichtsforscher zumeist gilt, waren in der Regel keine Helden. Ihr Bewußtsein ist genauso wie das der Herrschenden von Widersprüchen und Brüchen durchzogen. Weil Geschichtswerkstätten oft Zeitzeugen befragen, unterstellen ihnen Kritiker, „Liebhaber des kleinen Mannes“ zu sein³⁸⁾. Dieser Kritik fehlt es jedoch an aussagekräftigen Belegen: Eine Idealisierung der „kleinen Leute“ hat bislang selten zwischen zwei Buchdeckeln oder auf Ausstellungstafeln der Geschichtswerkstätten Platz gefunden. Die Gefahr, daß dies geschehen könnte, wiegt nicht den Nutzen dieser Methode auf, nämlich den Quellenkanon zu erweitern und subjektive Erinnerung nicht bloß den Memoirenschreibern vorzubehalten. Das beste Mittel, Idealisierungen zu verhindern, ist die vergleichende Diskussion zwischen den Werkstätten und der Austausch zwischen Wissenschaftlern und Basisinitiativen, wie ihn die Geschichtswerkstatt e. V. anstrebt.

Intensiv beziehen die Geschichtswerkstätten auch weitere Quellen in ihre Arbeit ein: etwa die staatlichen Akten, die – wie alle Quellen – ebenfalls von Meinungen und Standpunkten geprägt sind. Daneben werden Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet, aus denen die Vielfalt gesellschaftlichen und politischen Lebens hervorgeht³⁹⁾. Haushaltsbücher, Fotoalben und Briefe sollen die scheinbar privaten Seiten des Alltagslebens beleuchten. Die Auswertung von Bild- und Sachquellen wird in den Geschichtswerkstätten oft gefordert, allerdings, zumindest was die Sachquellen betrifft, noch wenig praktiziert⁴⁰⁾. Bei der Vermittlung von Geschichte treten neben Büchern und Broschüren fast gleichwertig historische Ausstellungen⁴¹⁾; Stadtführungen sollen Geschichte vor Ort anschaulich machen. So wurden die historischen Dampferfahrten der Berliner Geschichtswerkstatt geradezu zu Publikumsrennern. Von dem fast vergessenen Netz der Wasserwege aus erklärt die Geschichtswerkstatt hier die Sozial- und Alltagsgeschichte der Stadt⁴²⁾.

VII. Themen und Theorien

Die Themen von Kulturinitiativen und Bildungsmaßnahmen sind zumeist regional und lokal. Die Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts steht im Vordergrund. Sehr viele Geschichtswerkstätten beschäftigen sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus. So hat die Solinger Geschichtswerkstatt 1983 eine Ausstellung über die Geschichte der Fremdarbeiter in Solingen von 1939 bis 1945 erarbeitet. Der Arbeitskreis Regionalgeschichte Neustadt am Rübenberge hat ein Buch über die Betei-

ligung des Fliegerhorsts Wunstorf an der Zerstörung Guernicas herausgegeben⁴³⁾. Die Konstanzer Regionalhistoriker haben in zwei Broschüren die Verfolgung der Juden in den südbadischen Gemeinden Tiengen und Gailingen dargestellt⁴⁴⁾. Eine ganze Reihe von Geschichtswerkstätten entstand aus der Erforschung des Nationalsozialismus vor Ort. Der 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 und der 40. Jahrestag des Kriegsendes 1945 verstärkten in den achtziger Jah-

³⁸⁾ Ernst Köhler, Der kleine Mann und seine Liebhaber, in: Freibeuter, (1985) 24, S. 88–99. Ausführlicher zu der von Köhler und anderen vorgetragenen Kritik vgl. Alfred G. Frei/Michael Wildt, Hirsebrei und Seifenblasen. Die Geschichtswerkstätten und ihre Kritiker, in: L '80. Zeitschrift für Literatur und Politik, (1986) 39, S. 64–72.

³⁹⁾ Peter Stein/Klaus Wernecke, Zeitungen, in: H. Heer/V. Ullrich (Anm. 31), S. 337–344.

⁴⁰⁾ Joachim Radkau, Industriearchäologie, in: ebd., S. 296–303; Diethart Kerbs, Mit Fotos arbeiten, in: ebd., S. 323–330.

⁴¹⁾ Udo Gößwald, Ausstellungen – Orte rekonstruierter Sinnlichkeit, in: ebd., S. 304–309; Andreas Ludwig, Gesucht, gesammelt, gepflegt, geforscht, geputzt und schließlich? Utopien für ein anderes Museum, in: Geschichtswerkstatt Berlin (Hrsg.), Die Nation als Ausstellungstück. Planungen, Kritik und Utopien zu den Museumsgründungen in

Bonn und Berlin (= Geschichtswerkstatt Nr. 11), Hamburg 1987, S. 124–128.

⁴²⁾ Dampfergruppe der Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), Landgang in Berlin. Stadtgeschichte an Landwehrkanal und Spree, Berlin 1987.

⁴³⁾ Arbeitskreis Regionalgeschichte Neustadt a. R., Fliegerhorst Wunstorf 1933–1939, Neustadt 1984 (Bezug bei H. Dettinger, Am Schießstande 17, 3057 Neustadt 1).

⁴⁴⁾ Eckhardt Friedrich/Dagmar Schmieder-Friedrich, Die Gailingen Juden. Materialien zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Gailingen aus ihrer Blütezeit und den Jahren der gewaltsamen Auflösung, Konstanz 1981; Dieter Petri, Die Tiengener Juden, Konstanz 1982 (beide Bücher sind zu beziehen beim Arbeitskreis Regionalgeschichte, Marktstraße 22, 7750 Konstanz); weitere Beispiele bei Dieter Emig/Alfred G. Frei/Michael Wildt, Querlagen. Befund und Perspektiven der Geschichtswerkstätten, in: Neue Politische Literatur, Beiheft 3/1987: Alltagsgeschichte.

ren das Interesse an der Zeitgeschichte. Schon bestehende Geschichtswerkstätten nahmen dieses verstärkte Interesse zum Anlaß, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und kommunalpolitisch Forderungen nach der Aufarbeitung von Widerstand und Verfolgung einzubringen. „Antifaschistische Stadtrundfahrten“ zeigen, wo und wie die Nationalsozialisten in der eigenen Stadt, in der Gemeinde oder im Stadtteil gewirkt hatten⁴⁵).

Die Arbeit der Geschichtswerkstätten ist in dieser Hinsicht konfliktträchtiger als die der akademischen Geschichtswissenschaft oder der klassischen historischen Vereine. Dies liegt daran, daß die Geschichtswerkstätten ihre Forschungen in der Regel in die aktuelle gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung hineintragen. Anschaulichkeit und Aktualität machen betroffen. Deshalb erweist sich die Aufarbeitung des Nationalsozialismus vor Ort oft als höchst kontroverse Angelegenheit. So wurde in Velbert eine Ausstellung über die NS-Zeit nach einem heftigen Konflikt stark zensiert. In einer Ausstellung der Dortmunder Geschichtswerkstatt über Zensur hängten Mitarbeiter des städtischen Jugendamts einige Tafeln wieder ab, weil sie ihnen inhaltlich nicht zusagten⁴⁶).

Daneben stehen alltagsgeschichtliche Themen wie Wohnen, Lernen, Arbeiten oder Feiern im Mittelpunkt der Geschichtswerkstättenarbeit. Stärker als die politische Geschichte von Institutionen interessiert die Geschichte sozialer Gruppen und Vereine. In größeren Geschichtswerkstätten und Initiativen bestehen Arbeitskreise zur Frauengeschichte. Minderheiten wie Sinti und Roma, Hugenotten, Juden, Fremdarbeiter, Auswanderer, Flüchtlinge und Vertriebene interessieren vor allem die freien Kulturinitiativen. In der angestrebten „Geschichte von unten“ finden sie ihren Platz neben der historischen Erforschung der großen sozialen Gruppen wie der Arbeiter, Bauern und Handwerker⁴⁷).

Nach der Grundsatzerklärung, auf die sich die örtlichen Geschichtsgruppen und die Wissenschaftler bei der Gründung der Geschichtswerkstatt e. V.

geeignet haben, möchten die Mitglieder dieses Zusammenschlusses „insbesondere die Geschichte der Ausgeschlossenen, Unterdrückten und Beherrschten erforschen und dabei die Zusammenhänge von Herrschaft, Unterdrückung und Widerstand“ zeigen. Die Geschichtswerkstätten wollen damit „dem Bild entgegenarbeiten, daß Politik nur jenseits des individuellen Lebens stattfindet, der Alltag und die Menschen aber immer gleich bleiben“. Lokale Geschichte soll auch auf allgemeine Entwicklungen und Strukturen bezogen werden.

Zumindest programmatisch wird daneben „das Erforschen und Vermitteln fremder Geschichte und die Überwindung des Eurozentrismus“ gefordert. Auf dem Geschichtsfest in Berlin wurden von Geschichtsgruppen aus München und Hannover beispielsweise Ausstellungen über den deutschen Kolonialismus in Ostafrika und über die Sklaverei gezeigt.

Wichtig ist die Aussage des Grundsatzpapiers, daß die Geschichtswerkstätten „durch die Erforschung und Darstellung von Geschichte in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen unserer Zeit eingreifen“ wollen⁴⁸). Dies findet beispielsweise in Berlin oder in Konstanz durch kommunalpolitische Initiativen gegen die Verdrängung der Geschichte des Nationalsozialismus statt. Weiter beziehen sich einige Geschichtswerkstätten mit ihrer Arbeit auf kommunale Auseinandersetzungen wie Sanierungsmaßnahmen oder Hausbesetzungen. Geschichtsarbeitskreise in Gewerkschaften und Parteien greifen Fragen wie Arbeitszeitverkürzung, Rüstungsproduktion oder Betriebsschließungen in historischer Dimension auf⁴⁹). Dieser Bezug auf aktuelle Probleme erklärt zu einem Teil den Erfolg der Geschichtswerkstätten auf der einen Seite und die Stagnation der traditionellen historischen Vereine auf der anderen Seite. Diese historischen Vereine waren erfolgreich, als auch sie in ihrer Gründungs- und Anfangsphase sich als Bestandteil politischer Projekte verstanden — sei es im Sinne der bürgerlichen Emanzipation oder gegenläufig zur Unterstützung restaurativer Tendenzen⁵⁰). Das Interesse, auf das die Geschichtswerkstätten gerade bei jungen Leuten stoßen, erklärt sich vielleicht aber auch aus der Absicht, „kooperative und soli-

⁴⁵) Vgl. z. B. Gerhard Paul, Saarbrücken alternativ. Antifaschistische Stadtrundfahrten in der Saarmetropole, in: G. Paul/B. Schoßig (Anm. 6), S. 48–67.

⁴⁶) Die beiden Fälle sind dokumentiert in Geschichtswerkstatt Nr. 6 (1985), S. 114–118 und S. 124.

⁴⁷) Vgl. dazu die Beiträge in H. Heer/V. Ullrich (Anm., 31), S. 174–265. und in G. Paul/B. Schoßig (Anm. 6) sowie die laufenden Projektberichte in der Zeitschrift Geschichtswerkstatt (Anm. 8).

⁴⁸) Geschichtswerkstatt e. V., Selbstverständnispapier, in: Geschichtswerkstatt Nr. 10 (1986), S. 66 (eine frühere Fassung ist abgedruckt in: Geschichtsdidaktik, (1984) 2, S. 193 f.).

⁴⁹) Vgl. Anm. 47.

⁵⁰) Hermann Heimpel, Geschichtsvereine einst und jetzt, Göttingen 1963.

darische Arbeitsformen“ zu erproben. Laut Grundsatzpapier sollen „arbeitshemmende, hierarchische Rituale“⁵¹⁾ in Frage gestellt werden.

Weder bei der bundesweiten Geschichtswerkstatt e. V. noch bei den einzelnen Werkstätten und Arbeitskreisen gibt es ein verbindliches Theoriegebäude. Vermittelt über die Wissenschaftler, die in den Geschichtswerkstätten mitarbeiten, finden jedoch einige wissenschaftlich fundierte Theorien ihren Niederschlag. Ausgehend von dem Ansatz der historischen Sozialwissenschaft wird Gesellschaftsgeschichte nicht nur beschrieben, sondern auch theoretisch gedeutet. Mit Hilfe britischer, amerikanischer und französischer Forschungsarbeiten werden u. a. undogmatische marxistische Theorien – wie beispielsweise die von Antonio Gramsci – verarbeitet. Hierbei ist vor allem ein erweiterter Kulturbegriff interessant, der kulturelle Erschei-

nungen in ihrer Wechselwirkung zur sozial-wirtschaftlichen Entwicklung untersucht und sie nicht nur aus der Ökonomie ableitet⁵²⁾. Die Horizonterweiterung zur Alltagsgeschichte hin stützt sich ferner in vielen Fällen auf Methoden und Theorien der Volkskunde und der Völkerkunde⁵³⁾. Frauengeschichtsprojekte verarbeiten feministische Theorien⁵⁴⁾.

Die Kritik an staatlicher Politik und an vom Staat betriebener Modernisierung geht oft von den Theorien Michel Foucaults aus, die allerdings in den anderen westlichen Ländern – ähnlich wie die oben benannten theoretischen Ansätze – bereits Bestandteil auch der akademischen Geschichtswissenschaft sind⁵⁵⁾. Insofern zeichnen sich die Geschichtswerkstätten, wo sie aktiv theoretische Arbeit betreiben, durch eine besondere Hellhörigkeit aus.

VIII. Perspektiven: aufklärerische Alternativen zur „nationalen Identität“?

Die Geschichtswerkstätten nehmen einen Kerngedanken der Aufklärung auf: Sie streben an, daß möglichst viele Menschen ihren Verstand frei gebrauchen und ihn auch zum Erforschen der eigenen Geschichte anwenden. Vor diesem Ziel bauen sie keine Hürden auf, sondern versuchen, das Wissen und die Methodik der Geschichtswissenschaft zu verallgemeinern. Ausgerechnet von den „Historischen Sozialwissenschaftlern“ der Bielefelder Schule, ohne deren Horizonterweiterung der Geschichtswissenschaft hin zu Wirtschaft und Gesellschaft die Geschichtswerkstätten nicht denkbar sind, kam jedoch der massive Einwand, die Geschichtswerkstätten würden vom aufklärerischen

Gedankengut des Abendlands abrücken⁵⁶⁾. Wie Thomas Lindenberger in seinem „Plädoyer für einen rationalen Dialog“ deutlich gemacht hat, findet dies in der Praxis der Geschichtswerkstätten keine Begründung⁵⁷⁾. Es scheint eher so, daß sich die „Historischen Sozialwissenschaftler“ in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfinden: Sie haben den sozialwissenschaftlichen Methoden Eingang in die Geschichtswissenschaft verschafft und sind nun verblüfft, wenn diese Methoden – wie in den anderen Sozialwissenschaften – aufklärerisch und aktivierend wirken. Dabei müßte doch die Tatsache, daß sich das Prinzip der Aktionsforschung mit Betroffenen mit Hilfe der Geschichtswerkstätten nun auch in der Geschichtsforschung ausbreitet, eigentlich als Erfolg ihres Ansatzes verstanden werden⁵⁸⁾.

Beispiele aus dem Ruhrgebiet zeigen, daß der Austausch zwischen Sozialhistorikern und Geschichtsinitiativen durchaus fruchtbar sein kann. So haben Mitarbeiter des von Lutz Niethammer geleiteten Projekts „Lebensgeschichte und Sozialkultur im

⁵¹⁾ Vgl. Selbstverständnispapier (Anm. 48).

⁵²⁾ R. Fletcher (Anm. 28), S. 471 ff.; H. Heer/V. Ullrich (Anm. 31), S. 18 f.; D. Emig u. a. (Anm. 44); Raphael Samuel, *People's History and Socialist Theory*, London 1981; zur Fruchtbarkeit der Theorie Antonio Gramscis (1891–1937) für die historische Forschung vgl. T. J. Jackson Lears, *The Concept of Cultural Hegemony. Problems and Possibilities*, in: *The American Historical Review*, 90 (1985) 3, S. 567–593.

⁵³⁾ Hans Medick, „Missionare im Ruderboot“? Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (1984) 10, S. 295–319.

⁵⁴⁾ Helga Grubitzsch, *Frauen machen Geschichte. Aspekte einer feministischen Geschichtsforschung*, in: H. Heer/V. Ullrich (Anm. 31), S. 150–164.

⁵⁵⁾ Allan Megill, *The Reception of Foucault by Historians*, in: *Journal of the History of Ideas*, 48, S. 117–141.

⁵⁶⁾ Hans-Ulrich Wehler, *Geschichte – von unten gesehen*, in: *Die Zeit* v. 3, 5, 85.

⁵⁷⁾ Thomas Lindenberger, *Wer hat Angst vor den Barfußhistorikern? Plädoyer für einen rationalen Dialog*, in: *Geschichtsdidaktik*, (1986) 1, S. 17–20.

⁵⁸⁾ Dieter Emig/Alfred G. Frei, *Geschichtswerkstätten und außerschulische Bildung*, in: U. A. J. Becher/K. Bergmann (Anm. 2), S. 153–155.

Ruhrgebiet 1930–1960“ zahlreiche Anstöße für die Arbeit von Geschichtsgruppen und Geschichtswerkstätten – wie z. B. im bereits erwähnten Hochlarmark – gegeben, während die Projektgruppe in der eigenen Arbeit wieder von Anregungen und Kontakten aus dieser Aktionsforschung profitiert hat⁵⁹). Diesen Erfahrungsaustausch, verbunden mit theoretischer und methodischer Diskussion, möchte die bundesweite Geschichtswerkstatt e. V. herstellen und damit den Vergleich zwischen den verschiedenen orts- und regionalgeschichtlichen Projekten ermöglichen. Die Wissenschaftler innerhalb des Zusammenschlusses bemühen sich darum, theoretische und methodische Ergebnisse ihrer Arbeit in die Geschichtswerkstätten einzubringen, um andererseits wieder von der Praxiserfahrung der örtlichen Gruppen zu lernen.

Wer jedoch wie Hans-Ulrich Wehler fordert, „zwischen den wissenschaftlich geschulten, sozialgeschichtlich, wirtschaftsgeschichtlich, politikgeschichtlich oder auch ethnologisch orientierten Historikern und den alternativkulturellen ‚Barfuß-Historikern‘ scharf zu unterscheiden“⁶⁰), trägt dazu bei, diesen durchaus auch im Interesse der Geschichtswissenschaft sinnvollen Austausch zwischen „Theoretikern“ und „Praktikern“ zu unterbinden. Dabei hatte gerade Wehler selber noch vor nicht allzu langer Zeit die Folgen solcher Ausgrenzungsversuche erfahren. Zurecht kritisierte er damals eine „Kollektivmentalität, die mit Hilfe effektiver Zulassungs- und Verteidigungsmechanismen Andersdenkende aus der ‚Zunft‘ fernhielt und ihnen dann ein ‚wissenschaftliches‘ Geschichtsbild absprach“⁶¹). In letzter Zeit jedoch hat die Gesprächsbereitschaft der „Historischen Sozialwissenschaftler“ deutlich zugenommen, wie die letzten Diskussionsbeiträge von Jürgen Kocka und auch von Wehler selbst zeigen⁶²).

Dies erklärt sich auch daraus, daß die Meinungsunterschiede zwischen Geschichtswerkstätten und Alltagshistorikern auf der einen Seite und „Historischen Sozialwissenschaftlern“ auf der anderen Seite geringfügig erscheinen im Vergleich zu den großen derzeitigen Kontroversen: Der „Historiker-Streit“ und die Auseinandersetzungen um die Museumsprojekte der Deutschen Bundesregierung, deren Umsetzung und Ausgestaltung zentrale kulturpolitische Weichenstellungen darstellen⁶³). In diesen Kontroversen finden sich „Historische Sozialwissenschaftler“ und Geschichtswerkstätten auf der gleichen Seite wieder.

Gerade beim „Historiker-Streit“ geht es um Kernfragen der Deutung deutscher Geschichte⁶⁴). Einige Historiker, angeführt von Michael Stürmer, entdecken die „Nation als sinnstiftende Kraft“ wieder. Sinnstiftung und nationale Identität sollen die von diesen Historikern durchaus eingeräumten negativen Folgen der wirtschaftlich-technischen Entwicklung kompensieren⁶⁵). Wenn die materielle historische Überlieferung – wie alte Stadtbilder oder Naturlandschaften – vielerorts ‚Modernisierungserfordernissen‘ wie Straßenbau, Energieversorgung oder innerstädtischen Sanierungen weichen müssen; wenn traditionelle familiäre und örtliche Bindungen in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit zerschnitten werden, weil die Menschen ‚mobil‘ sein und dorthin ziehen sollen, wo es Arbeit gibt; wenn klassische Wirtschaftssektoren wie Stahl, Textil oder die Landwirtschaft der ‚freien‘ Weltmarktkonkurrenz oder den EG-Reglementierungen geopfert werden – dann steht zu befürchten, daß Geschichte *ideologisch* die daraus resultierenden Desorientierungen und Unsicherheiten auffangen soll.

Mit dem Rückgriff auf die deutsche Geschichte ergeben sich dabei jedoch besondere Probleme. Kann

⁵⁹) Vgl. die drei Bände „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1950: Lutz Niethammer (Hrsg.). „Die Jahre weiß man nicht, wo man die hinsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn–Berlin 1983; ders. (Hrsg.). „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin–Bonn 1983; ders./Alexander von Plato (Hrsg.). „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin–Bonn 1985.

⁶⁰) Vgl. Anm. 56.

⁶¹) Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918. Göttingen. 1. Aufl. 1973. 5. Aufl. 1983 (= Deutsche Geschichte, hrsg. v. J. Leuschner, Bd. 9), S. 16.

⁶²) Vgl. z. B. die Aussagen Wehlers in der Diskussion des Bayerischen Rundfunks, 3. Fernsehprogramm, „Im Gespräch: Geschichte ganz unten“ am 16. 7. 1987.

⁶³) Geschichtswerkstatt Berlin, Die Nation als Ausstellungsstück (Anm. 41).

⁶⁴) In den Geschichtswerkstätten wurde zum „Historiker-Streit“ eine Dokumentation herausgegeben; vgl. Frank Sygusch (Red.), Vergangenheit, die nicht vergehen will. Ein notwendiger Pressespiegel, hrsg. von der Geschichtswerkstatt Gießen/Wetzlar 1987, Gießener Pforte 43. 6307 Linden. Im April 1987 wurde in Essen eine Arbeitstagung zu diesem Thema durchgeführt, deren Ergebnisse veröffentlicht sind in Heide Gerstenberger/ Dorothea Schmid (Hrsg.), Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, Münster 1987.

⁶⁵) Michael Stürmer, Nationalstaat und Klassengesellschaft im Zeitalter des Bürgers – ein Versuch, in: Merkur, (1981), S. 465–477; ders., Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München 1986.

die Geschichte einer Nation, deren letzte Phase nationaler Einheit im Massenmord endete, positive Identität stiften?

„Den wirkungsvollsten Gegenpart“ zur nationalen Identitätsstiftung, „zu den glättenden konservativen Interpretationen“ bieten nach Meinung der Historikerin Ingrid Laurien die lokalen und regionalen Geschichtswerkstätten. Sie weist darauf hin, daß Geschichtswerkstätten und „Historische Sozialwissenschaftler“ das gleiche erkenntnisleitende Interesse hätten, „nämlich das Interesse an den ‚underdogs‘ der Geschichte, den Unterschichten, den ausgebeuteten Klassen, an denjenigen, die im historischen Prozeß immer nur die Opfer waren und zum Schweigen verurteilt wurden. In der Erforschung ihrer Lebensumstände und deren Wandlungen können sich Strukturhistoriker und die neuen Geschichtsbewegungen sinnvoll ergänzen. Hier wirkt sich aus, daß die neuen Bewegungen die moralische Triebkraft, die einst die ‚linken‘ Historiker geleitet hatte, übernommen haben.“⁶⁶⁾

Daraus ergeben sich Perspektiven für die neuen Kulturinitiativen: Sie können zum einen bei der Suche nach dezentralen und demokratischen Antworten auf die unleugbaren Bedürfnisse nach historischer Orientierung und Spurensicherung helfen, um diese Bedürfnisse nicht zum Ausgangspunkt eines neuen Nationalismus werden zu lassen. Und sie können des weiteren soziale Basisbewegungen bei deren Versuch unterstützen, die Lösung von Problemen der Gegenwart umfassender anzugehen. Denn diese Bewegungen sollten, wie Joachim Raschke schreibt, aus der Geschichte „ein Bewußtsein beziehen vom hohen Zeitbedarf struktureller Veränderungen und vom langen Atem, ohne den kollektive Aktion bald endet“⁶⁷⁾.

⁶⁶⁾ Ingrid Laurien, Flucht aus der Geschichte in die Geschichte?, in: L '80. Zeitschrift für Literatur und Politik, (1986) 39. S. 75–84; hier S. 78.

⁶⁷⁾ Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt 1987, S. 446.

Horst Möller: Zeitgeschichte — Fragestellungen, Interpretationen, Kontroversen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/88, S. 3–16

Zeitgeschichte gibt es nicht erst seit dem 20. Jahrhundert, sondern sie ist so alt wie historisches Denken überhaupt. Zeitgenossenschaft und fundamentale Erschütterungen, beispielsweise Revolutionen, konstituieren Zeitgeschichte. Das kollektive Gedächtnis einer Nation — und damit die Entwicklung spezifisch zeitgeschichtlichen Bewußtseins — differiert national, so daß der Beginn der ‚Zeitgeschichte‘ in den einzelnen Staaten unterschiedlich sein kann.

Der Beitrag skizziert die Bedeutung der Epochenjahre 1917 und 1945 sowie die Rolle der NS-Diktatur für das zeitgeschichtliche Verständnis in Deutschland und diskutiert einige methodologische Konsequenzen. Eine Fixierung des Beginns ist für die Zeitgeschichte ebenso charakteristisch wie ein offenes Ende, eine Verschiebung von Fragestellungen ebenso wie die Veränderung und extreme Erweiterung des Quellenmaterials. Auch Zeitgeschichte altert. Außer einem Überblick über die Forschungskontroversen zur NS-Diktatur setzt sich der Beitrag kritisch mit einigen Interpretationskategorien für die historische Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auseinander, vor allem mit der These einer ‚Restauration‘ nach 1945. Dieser Einschätzung werden innen- und außenpolitische Fundamentalentscheidungen sowie vorgegebene Entwicklungen gegenübergestellt, die die Radikalität des Neubeginns nach 1945 über manche Kontinuitäten hinweg beleuchten. Berücksichtigt werden überdies spezifische Perzeptionsprobleme der zeitgeschichtlichen Forschung und ihre politische Wirkung.

Christoph Stözl/Verena Tafel: Das Deutsche Historische Museum in Berlin. Perspektiven und Ziele, Entwicklung und gegenwärtiger Stand

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/88, S. 17–26

Das Deutsche Historische Museum (DHM) steht nicht erst seit seiner Gründung im Scheinwerferlicht der öffentlichen Meinung. Bereits im Vorfeld entzündete sich an dem Vorhaben eine leidenschaftlich geführte Kontroverse. Inzwischen befindet sich das DHM in der Situation, vornehmlich als ein Streitobjekt bekannt zu sein. Doch der wirkliche Inhalt des Projektes wie seine Vorgeschichte sind weitgehend unbekannt.

Die Ursache der außerordentlich vehement geführten Auseinandersetzung um das geplante Museum liegt in dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte. Die Fragen „Woher kommen wir? Wer sind wir? Wohin gehen wir?“ lassen und ließen sich weder von den Zeitgenossen noch von den Vorfahren eindeutig beantworten. Insofern ist die Debatte um das DHM in ihrer Widersprüchlichkeit auch die Fortführung eines historischen Prozesses. Die Stichworte „Kontinuität“ und „Brüche“, die das Ausstellungsprogramm entscheidend prägen sollen, kommen bereits — und das ist Charakteristikum wie Symbol — in der Vorlaufphase zum Ausdruck.

Basis für die Institution ist die von 1985 bis 1987 von 16 unabhängigen Historikern, Kunsthistorikern und Museumsfachleuten ausgearbeitete Konzeption. Darin wurden neben inhaltlichen Vorgaben auch Raumvorstellungen entwickelt, die als Grundlage für den noch bis zum März 1988 offenen Architekturwettbewerb dienen. Die ständige Ausstellung des zukünftigen Museums verbindet chronologisch wie strukturell geordnete Themenstellungen. Auf diese Statik antwortet die Dynamik der Wechsellausstellungen. Zusammen mit Workshops und Veranstaltungen wird das DHM dadurch zu einem Forum von Diskussion und Auseinandersetzung. Die Räume und Möglichkeiten des DHM werden allen offen stehen, die fachkundig etwas zu sagen haben: „Gastregisseuren“, freien Gruppen und Autoren, anderen Museen oder auch Nachbarländern. Das Museum ist als modernes multifunktionales Zentrum geplant, das dem Besucher eine Mischung aus Information, Anschauung und Unterhaltung bietet. „Das Museum soll Ort der Besinnung und der Erkenntnis durch historische Erinnerung sein . . . Es soll zur kritischen Auseinandersetzung anregen, aber auch Verstehen ermöglichen und Identifikationsmöglichkeiten bieten“, heißt die Zielsetzungsformulierung in der Konzeption.

Hermann Schäfer: Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Strukturgeschichtliche Darstellung im Museum

Aus Politik- und Zeitgeschichte, B 2/88, Seite 27—34

Den entscheidenden Anstoß für die Realisierung des bereits Ende der siebziger Jahre diskutierten Projektes „Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ gab Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982. Eine Sachverständigenkommission erarbeitete 1983 die konzeptionelle Grundlage des Projektes; diese wurde nach öffentlichen Anhörungen und konstruktiven Diskussionen überarbeitet, 1984 veröffentlicht und 1985 vom Bundeskabinett gebilligt.

Im Regierungsviertel soll das Haus der Geschichte als lebendiges Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum bis 1992/93 entstehen. Es soll in anschaulicher Weise Kenntnisse über die jüngere Geschichte unseres Staates im geteilten Deutschland vermitteln und zu fruchtbarer Auseinandersetzung mit ihr anregen.

Der Bundesbauminister wurde beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für die Errichtung des Hauses der Geschichte zu schaffen. Bis zur Verabschiedung des Stiftungsgesetzes durch den Bundestag und Bundesrat arbeitet das Haus der Geschichte auf der Grundlage eines Erlasses vom März 1986. Der Beitrag skizziert die bisherige Entstehungsgeschichte des Hauses sowie Zielsetzungen, Aufgaben, Pläne und den Stand der Arbeiten.

Alfred Georg Frei: Geschichte aus den „Graswurzeln“? Geschichtswerkstätten in der historischen Kulturarbeit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/88, S. 35—46

Seit Anfang der achtziger Jahre sind in der Bundesrepublik Geschichtswerkstätten aktiv. Diese Zusammenschlüsse aus historisch Interessierten und Historikern beschäftigen sich vorwiegend mit lokaler und regionaler Alltags- und Sozialgeschichte. Dabei lassen sich Kulturinitiativen, die sich auf eigenen Antrieb gebildet haben, von Gruppen unterscheiden, die als Bildungsmaßnahmen von Volkshochschulen oder Kulturämtern eingerichtet werden. Die Kulturinitiativen haben sich 1983 zur bundesweiten Geschichtswerkstatt e. V. zusammengeschlossen. In dieser Vereinigung und in den einzelnen Geschichtswerkstätten arbeiten auch zahlreiche Wissenschaftler mit.

Die Geschichtswerkstätten sind Ausdruck eines allgemein verstärkten Interesses an der Geschichte, das in unterschiedlichen Formen seinen Ausdruck findet. Dieses gewachsene Interesse hat gesellschaftliche Hintergründe: Wirtschaftliche und ökologische Probleme sowie der rasche gesellschaftliche Wandel führen dazu, daß viele Menschen im Blick auf die Vergangenheit die Sicherheit und Geborgenheit suchen, die sie in der Zukunft nicht mehr sehen. Andererseits sollen Erkenntnisse aus der Geschichte dazu beitragen, Probleme der Gegenwart zu lösen.

Anstöße für die Herausbildung von Geschichtswerkstätten kamen von der Horizonterweiterung der deutschen Geschichtswissenschaft hin zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Weiter trug der vom früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann ins Leben gerufene Schülerwettbewerb dazu bei, das Interesse gerade an der Geschichte demokratischer Traditionen zu verbreitern. Als Vorbilder dienten ähnliche Bewegungen in Großbritannien und in Schweden.

Methodisch bedienen sich die Geschichtswerkstätten vor allem der mündlichen Geschichtsforschung, sie werten aber auch staatliche Akten aus sowie Zeitungen, Zeitschriften und andere Sach- und Bildquellen. Sie beschäftigen sich vor allem mit der neueren Geschichte; zahlreiche Geschichtswerkstätten befassen sich dabei mit der Zeit des Nationalsozialismus. Ferner stößt die Geschichte sozialer Gruppen, von Unterschichten und von Minderheiten auf großes Interesse.